

# Preussische Allgemeine



Nr. 49 · 6. Dezember 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



## Verdeckte Gefahren

Jüngste Vorfälle in der Ostsee und im Mittelmeer offenbaren die Anfälligkeit der deutschen und europäischen kritischen Infrastrukturen Seite 2



Essay Die Herrschaft der Woken und selbsternannt Progressiven Seite 3



Austausch Das Präsidium des BdV traf Ministerpräsident Söder Seite 11

FOTOS: SHUTTERSTOCK/CHRISTOPH BURGSTEDT; BAYERISCHE STAATSKANZLEI; PA/FLORIAN GAERTNER

VON RENÉ NEHRING

POLITISCHE KULTUR

## Die deutschen Leitmedien steigen in den Wahlkampf ein

Im Vorfeld der Neuwahl zum Bundestag betätigen sich zahlreiche Redaktionen mehr als parteiische Aktivisten denn als neutrale Berichterstatter

Es muss man den – mehrheitlich links ausgerichteten – deutschen Leitmedien lassen: Wenn es ernst wird, wissen sie noch immer, was sie zu tun haben. Und Wahlkämpfe wie der gegenwärtig an Fahrt zunehmende sind solch ernste Zeiten; zumal dann, wenn die favorisierten Parteien SPD, Grüne, Linke und BSW in Umfragen zusammen nur etwas stärker abschneiden als die bürgerliche Union allein. In Situationen wie diesen werden die im Alltag ohnehin stark tendenziösen Beiträge zum politischen Geschehen noch einmal deutlich mehr auf das große Ziel des Wahlsiegs des eigenen Lagers ausgerichtet – und jegliche journalistische Ausgeglichenheit endgültig links liegengelassen.

Geradezu ein Musterbeispiel für dieses Verhalten ist seit einigen Tagen der Umgang mit der „D-Day“-Affäre der FDP. Seit ein internes Strategiepapier bekannt geworden ist, in dem liberale Politiker „Ablaufszensarien und Maßnahmen“ für das seit Monaten absehbare Ende der Ampelregierung durchspielten und dabei für den Stichtag das Codewort der alliierten Landung in der Normandie von 1944 verwendeten, transportieren „Spiegel“, „Zeit“, „stern“, „tagesschau“, „heute“-Sendung und viele andere ausführlich die Botschaften von SPD und Grünen von der „systematischen Sabotage“ der Regierung Scholz durch die FDP, die das vorzeitige Aus der Koalition „von langer Hand geplant“ habe.

### Auf dem linken Auge blind

Durchgehend nicht erinnert wird von den Kollegen daran, dass sich auch die Sozialdemokraten auf das erwartbare Aus der Ampel vorbereitet hatten – und auf dieses sogar gezielt hingewirkt haben. So hatte Kanzler Olaf Scholz Tage vor dem Bruch der Koalition zu einem Wirtschaftsgipfel ins Kanzleramt geladen und dabei seine Regierungspartner ausdrücklich außen vor gelassen – was wohl kaum ein Kabi-

nettschef tut, der am Fortbestand seines „Ladens“ interessiert ist. Auch dass Scholz am Abend des Koalitionsbruchs auffallend gut vorbereitet war, einschließlich einer ausführlichen, vom Teleprompter abgelesenen Abrechnung mit seinem vormaligen liberalen Koalitionspartner, findet in den Tagen des vermeintlichen FDP-Skandals keine Erwähnung.

Die Absicht hinter diesem Verhalten, das weniger mit Journalismus denn mit rot-grüner Öffentlichkeitsarbeit zu tun hat, ist offensichtlich. Es gilt, die Liberalen dafür abzustrafen, dass sie nach Jahren des Mitwirkens an links-grünen Projekten wie der Energiewende und dem Gleichstellungsgesetz am Ende doch noch die Kraft fanden, eine Regierung zu verlassen, deren Handeln zahlreichen Grundsätzen freiheitlicher Politik zuwiderläuft. Und es gilt auch, darauf hinzuwirken, dass die FDP im neu zu wählenden Bundestag nicht mehr vertreten ist – womit die bestehende nicht-linke Mehrheit im Wahlvolk kaum noch in einer parlamentarischen Mehrheit ihre Entsprechung finden könnte.

Ähnlich wie den Liberalen ergeht es in diesen Tagen auch der Union und ihrem Frontmann Friedrich Merz. Seit dieser zusammen mit seinem Generalsekretär Carsten Linnemann daran gegangen ist, die CDU wieder in Richtung ihres alten Kurses zu führen, schallen den Christdemokraten aus den Reihen der oben genannten Leitmedien in Serie Vorwürfe

entgegen, „kalthertzig“ zu sein oder auch gegen Asylbewerber „zu pöbeln“. Und nachdem die CDU zuvor fast zwanzig Jahre lang von einer Frau geführt worden ist, halten „Spiegel“, „Zeit“, „stern“ & Co. der Partei nun vor, unter der neuen Führung zu einem „Männerladen“ geworden zu sein. Besonders scharf achten sie jedoch darauf, dass die „Brandmauer“ der Union zur Lachnummer auf dem diplomatischen Parkett geworden ist und in der großen, weiten Welt kaum noch ernst genommen wird? Und wo bleibt die Auseinandersetzung damit, dass der Kanzler zur Neuwahl einfach wiederantritt, obwohl er nicht nur für den Niedergang der letzten Jahre die

### Aktionismus statt Journalismus

Dass der mediale Umgang mit den bürgerlichen Parteien durchaus System hat, wird erst recht erkennbar, wenn man das Verhalten der Redaktionen gegenüber SPD und Grünen betrachtet. Wo bleibt, zum Beispiel, die kritische Aufarbeitung dessen, dass die amtierende Regierung bei ihrem Start „mehr Fortschritt“ versprochen, tatsächlich jedoch einen beispiellosen ökonomischen Niedergang herbeigeführt hat? Wo bleibt die kritische Befassung damit, dass Deutschland unter dem Stichwort „Feministische Außenpolitik“ zur Lachnummer auf dem diplomatischen Parkett geworden ist und in der großen, weiten Welt kaum noch ernst genommen wird? Und wo bleibt die Auseinandersetzung damit, dass der Kanzler zur Neuwahl einfach wiederantritt, obwohl er nicht nur für den Niedergang der letzten Jahre die

Gesamtverantwortung trägt, sondern in den beiden größten Finanzskandalen der jüngeren Vergangenheit – Cum-Ex-Affäre und Wirecard-Bankrott – an herausragender Stelle eine fragwürdige Rolle spielt?

Niemand in den Reihen der selbsternannten Qualitätsmedien hinterfragt, warum die Deutschen noch einmal Politikern vertrauen sollen, die ihnen nach drei Jahren an der Macht kaum mehr hinterlassen als Höchststände bei Energiekosten und Verbraucherpreisen, ein Selbstbestimmungsrecht, dank dem sie nun jährlich ihr Geschlecht wechseln können, sowie die Möglichkeit, legal eine Droge erwerben zu können, für die sich jenseits des grün-linken Milieus kaum jemand interessiert.

Geradezu albern wird der mediale Aktionismus, wenn dieser Tage SPD und Grünen attestiert wird, in den wöchentlichen Umfragen „deutlich“ zuzulegen beziehungsweise sogar eine spannende „Aufholjagd“ hinzulegen. Tatsächlich verzeichneten beide Parteien – für jedermann im Internet einsehbar – zuletzt gerade einmal ein bis zwei Prozentpunkte Zuwachs – nach monatelangem demoskopischem Niedergang zuvor.

Der Trost für die von den Medien ignorierte stille Mehrheit im Lande ist indes, dass „Spiegel“, „Zeit“, „stern“ und der öffentlich-rechtliche Rundfunk bei Weitem nicht mehr die einzigen Informationsquellen und Wege zur politischen Willensbildung sind.

IN DIESER AUSGABE

### Politik

Wie Freie Wähler und Linke durch ein Schlupfloch in den Bundestag einziehen wollen Seite 4

### Kultur

Mit Ostfriesenkrimis durch lange und kalte Winternächte Seite 9

### Das Ostpreußenblatt

Die Modernisierung des Feuerwehresens im Raum Allenstein Seite 13

### Lebensstil

Sachsens Schlösser und Burgen als festliche Kulisse für Weihnachtsmärkte Seite 21



### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Beschädigte Unterseekabel** sind eine Gefahr für die nationale Sicherheit – Doch was nach Sabotage aussieht, kann auch harmlose oder natürliche Gründe haben – Geheimdienste haben kaum Interesse an mehr Kabelschutz

## Der Feind hört mit

Unterwasserdatenkabel als kritische Infrastruktur sind ungesichert und daher anfällig für Spionage

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 17. und 18. November kam es zum Ausfall zweier Unterwasserdatenkabel für den Internetverkehr auf dem Grund der Ostsee. Zum Ersten war das Kabel C-Lion 1 des staatlichen finnischen Telekommunikationskonzerns Cinia betroffen, welches 1173 Kilometer lang ist und von Helsinki bis nach Rostock reicht, und zum Zweiten die Leitung BCS East-West Interlink zwischen Katthammarsvik auf der schwedischen Insel Gotland und Sventoji in Litauen, die 218 Kilometer lang ist und dem schwedischen Unternehmen Arclion gehört.

Weil der chinesische Massengutfrachter „Yi Peng 3“ der Reederei Ningbo Yipeng Shipping die mutmaßlichen Schadensstellen passiert und dort angeblich „ungewöhnliche Manöver“ durchgeführt hat, war alsbald von „Sabotage“ oder gar „hybrider Kriegsführung“ die Rede, wobei der Verdacht aber nicht nur auf Peking, sondern ebenso auf Moskau gelenkt wurde.

Allerdings kann bei genauer Betrachtung der Schaden aus noch vielen weiteren Ursachen resultieren. Weltweit gibt es jedes Jahr bis zu 200 Defekte an Unterwasserdatenkabeln, wofür in einem Drittel aller Fälle die Grundschleppnetze von Fischern verantwortlich sind. Des Weiteren sorgen neben Schiffsankern auch unterseeische Strömungen, Erdbeben und vulkanische Eruptionen für etliche Kabelbrüche. Dazu kommt der natürliche Verschleiß. Immerhin ist auch das BCS East-West Interlink mittlerweile 27 Jahre alt.

### Schutz wird vernachlässigt

Die ersten Glasfaserkabel für den Datenverkehr wurden sogar schon 1988 auf dem Meeresgrund verlegt. In der Zeit danach entwickelten sich die maximal armdicken Lichtwellenleitungen zu Lebensadern der modernen Industriegesellschaft. Derzeit existieren weltweit 534 Unterwasserdatenkabel von insgesamt rund 1,5 Millionen Kilometern Länge – außerdem sind 74 weitere fest geplant.

Dabei beteiligen sich neuerdings neben Telekommunikationsfirmen auch US-amerikanische IT-Konzerne wie Microsoft, Apple, Google, Meta und Amazon am Ausbau des Netzes. Infolgedessen stehen bereits zehn der 13 Hauptserver für das

Internet in den Vereinigten Staaten. Aktuell verlaufen rund 98 Prozent des weltweiten Datenverkehrs über Unterwasserkabel, weshalb diese als Kritische Infrastruktur gelten, deren Ausfall unabsehbare Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft haben würde. Insofern ist es von äußerster Wichtigkeit, die Kabel zu schützen, was aber momentan noch eindeutig vernachlässigt wird. Dieses Versäumnis resultiert aus dem Umstand, dass die Vielzahl der Leitungen auf dem Meeresgrund für Redundanzen sorgt, so wie auch im Falle der beiden beschädigten Kabel in der Ostsee. Die Daten fließen dann eben durch andere Verbindungen. Allerdings drohen beim Ausfall mehrerer Kabel schnell fatale Kapazitätsengpässe.

Angesichts dessen raten Fachleute zu verschiedenen Sicherheitsvorkehrungen. Hierzu zählen stabilere Ummantelungen der Leitungen sowie deren Verlegung abseits von Fischfanggründen und viel befahrenen Schifffahrtsrouten – also beispielsweise durch Naturschutzgebiete.

Darüber hinaus sollten Sensoren an den Kabeln Sabotageangriffe anzeigen und spezielle Unterwasser-Eingreifteams alarmieren. Diese müssten aber erst noch aufgestellt werden und die entsprechende Tauchtechnik erhalten. Ebenso braucht es deutlich mehr Reparaturkapazitäten. Zwar existieren einige Schiffe zum Austausch defekter Kabelsegmente auf See, aber deren Zahl reicht nicht aus, wenn größere Schäden auftreten.

### Beliebte Daten-Zapfanlage für Geheimdienste vieler Nationen

Ansonsten wird erwogen, eine alternative Infrastruktur für den Datenverkehr aufzubauen. So besteht beispielsweise die Möglichkeit, die Daten per Satellit oder mit Kabeln zu übertragen, welche übers Festland führen. Das alles würde natürlich deutlich höhere Kosten verursachen als die bisher veranschlagten zwei Milliarden US-Dollar, die derzeit pro Jahr in den Ausbau des Netzes von Unterwasserdatenkabeln fließen.

Normalerweise müssten die Geheimdienste Vorreiter beim Schutz der Unterseekabel sein. Doch diese agieren zurückhaltend, weil sie vom derzeitigen Zustand eher profitieren. Durch Whistleblower Edward Snowden ist seit 2013 bekannt, wie intensiv sich die US-amerikanische National Security Agency (NSA) Zugriff auf die Unterwasserdatenkabel verschafft. Vor allem durch das Anzapfen der Glasfaserleitungen mit Hilfe spezieller U-Boote wie der „USS Jimmy Carter“ (SSN-23).

Ebenso flog nun auf, dass das britische Pendant zur NSA, das Government Communications Headquarter (GCHQ), an der zyprischen Yeroskipos Submarine Cable Station große Teile des globalen Nachrichtenverkehrs über das Kabel South-East Asia – Middle East – Western Europe 3 überwacht.

Und natürlich nicht zu vergessen, die Gier von Russlands militärischem Geheimdienst GRU nach Daten aus dem Westen, die ebenso an solchen U-Kabeln abgezapft werden.



Die Unterwasserdatenkabel sind zwar ab dem Verlegen gut geschützt, aber immer noch nicht sicher genug – über den Meeresboden schleifende Anker können schwere Schäden an den zur kritischen Infrastruktur zählenden Datenleitungen verursachen

FOTO: SHUTTERSTOCK\_AI-GENERATOR

### ZU RISKANT

## Windpark-Aus für nationale Sicherheit

Das Königreich Schweden verfolgt ehrgeizige Klimaziele und will verstärkt alternative Energiequellen nutzen. Daher plante es auch den Bau von 14 großen Offshore-Windkraftanlagen an der Ostseeküste mit mehr als 1500 Turbinen, die über 130 Terawattstunden Strom pro Jahr erzeugen sollten. Doch nun wurden 13 der Windparks an der schwedischen Ost- und Südküste zwischen den Åland-Inseln und dem Öresund gestrichen. Als Grund hierfür nannte Verteidigungsminister Pål Jonson von der Moderaten Sammlungspartei „inakzeptable“ Risiken auf militärischem Gebiet.

Die schwedischen Streitkräfte hätten davor gewarnt, dass derartige Windparks die Arbeit der Radaranlagen entlang der Küste auf „unannehmbare Weise“ beeinträchtigen würden. Die Folge wäre unter anderem eine zu späte Entdeckung von anfliegenden Kampfflugzeugen, Raketen oder Marschflugkörpern mit allen entsprechenden Konsequenzen. Ebenso beständen durch den Turbinenlärm kaum noch Möglichkeiten, gegnerische U-Boote zu orten oder verdächtige akustische Signale vom Meeresgrund aufzufangen. All dies sei angesichts der aktuellen und künftigen Bedrohungslage für Schweden und die NATO nicht zu verantworten.

Dass das Verteidigungsministerium in Stockholm „keine Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen“ in weiten Bereichen der schwedischen Küste mehr sieht, wurde von der liberalen Umwelt- und Klimaministerin Romina Pourmokhtari und auch von der christdemokratischen Energie- und Wirtschaftsministerin Ebba Busch akzeptiert. Die Entscheidung für den Verzicht auf die 13 Windparks sei hart, aber im Interesse der nationalen Sicherheit nötig.

Perspektivisch muss Schweden nun zwischen zwei Alternativen wählen: Entweder sucht es nach Ausweichstandorten für die Anlagen im In- und Ausland, oder es verabschiedet sich von seiner derzeitigen Energiestrategie, in der die Erneuerbaren Energien Vorrang genießen. W.K.

### JEMEN

## Im Visier islamischer Huthi-Terroristen

In nur 100 Metern Tiefe verbinden Unterwasserkabel Afrika und Europa – Der Datenaustausch ist leicht zu unterbrechen

Die schiitisch-islamistische Bewegung Ansar Allah (Helfer Gottes), welche über rund 350.000 Kämpfer verfügt und vom Iran mit Waffen versorgt wird, führt einen Zweifrontenkrieg gegen die sunnitische Regierung des Jemen und das „zionistische“ Israel. In diesem Zusammenhang attackierte die auch unter dem Namen ihres 2004 getöteten Gründers Hussein Badreddin al-Huthi agierende Miliz seit Oktober 2023 immer wieder Handelsschiffe im Roten Meer, die angeblich Güter für Israel transportieren.

Darüber hinaus veröffentlichte sie im Dezember vorigen Jahres einen Lageplan der Unterwasserdatenkabel zwischen Europa, Afrika und Asien, von denen viele

durch das Rote Meer führen, dessen südlicher Eingang von der 27 Kilometer breiten Meerenge Bab al-Mandab zwischen der Küste des Jemen und dem Horn von Afrika gebildet wird. Darunter stand die unmissverständliche Drohung: „Die globalen Internetkabel in der Bab al-Mandab sind in unserer Hand.“

Und tatsächlich laufen 17 Prozent des weltweiten Datenverkehrs durch das sogenannte „Tor der Tränen“, wobei die Leitungen oft in nur 100 Metern Wassertiefe liegen. Allerdings hielten viele Experten es für unmöglich, dass die Huthi diese Kabel beschädigen. Daher folgte ein böses Erwachen, als die Miliz den unter der Flagge von Belize fahrenden Massengut-

frachter „Rubymar“ im Februar 2024 mit einer Rakete beschoss, woraufhin dieser am 2. März in der Bab al-Mandab sank. Zuvor trieb das Schiff 70 Kilometer führerlos dahin, während sein auf dem Meeresgrund schleifender Anker dabei mehrere Unterwasserkabel beschädigte.

Deswegen brach am 24. Februar der Internetverkehr durch das Rote Meer zum Teil zusammen, weil vier der 16 vorhandenen Leitungen keine Daten mehr weitergaben. Hierbei handelte es sich um das Asia-Africa-Europe-1-Kabel, welches 25.000 Kilometer lang ist und seit 2017 von Hongkong bis nach Frankreich führt und auch den deutschen Internetknoten DE-CIX Frankfurt versorgt, das 15.000 Ki-

„Die globalen Internetkabel in der Meerenge Bab al-Mandab sind in unserer Hand“

Huthi-Milizen im Jemen – so drohen die mit dem Iran verbündeten Terroristen vor allem Israel und Europa

lometer lange Europe-India-Gateway-Kabel zwischen Mumbai und dem südwestenglischen Bude, das über 13.700 Kilometer verlaufende SEACOM-Kabel, welches Süd- und Ostafrika mit Europa und Süd-asien verbindet, sowie das TGN-Gulf-Kabel, also die 4031 Kilometer lange submarine Datenleitung rund um die Arabische Halbinsel.

Die Netzbetreiber kompensierten den Ausfall durch die Umlenkung des Internetverkehrs über andere Kabel. Dennoch kam es zu erheblichen Beeinträchtigungen. In Reaktion auf dieses Ereignis verstärkten die westlichen Staaten ihre See-raumüberwachung vor der Küste des Huthi-Machtbereiches. W.K.

# Die Herrschaft des Mittelmaßes

Bei den Woken und selbst ernannt Progressiven unserer Gesellschaft haben ideologische Verbohrtheiten und das Erklimmen der Macht zu einem intellektuellen Niedergang geführt. Wo früher der Geist zu Hause war, regieren heute Arroganz und Einfalt

VON HOLGER FUSS

**Z**u den fatalen Fehlern im Umgang mit dem Bösen gehört es, die Dummheit zu unterschätzen. Denn auch die Dummheit ist eine Form der Gewalttätigkeit. Seit wir es mit einem aggressiv auftretenden Wokismus zu tun haben, wissen wir, dass die Abwesenheit von Intelligenz die Bosheit exponentiell ansteigen lassen kann. Markiert das vorzeitige Ende der Ampel-Koalition womöglich auch das Scheitern des rotgrünen Anspruchs, Gralshüter von Vernunft und Aufklärung zu sein?

Ein Exempel für ideologisch getriebene Torheit haben wir in der Bundestagsdebatte am 17. Februar 2022 erleben können. In einer Rede zum Weltfrauentag erreichte sich die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion, Beatrix von Storch, festzustellen, dass es zur „Privatsache“ ihres Kollegen Markus Ganserer gehöre, wenn dieser „Rock, Lippenstift, Hackenschuhe trägt“. Schon an dieser Stelle vermerkt das Plenarprotokoll den Zuruf aus Ganserers Grünen-Fraktion: „Halten Sie Ihre Presse!“ Storch blieb unbeirrt: „Biologisch und juristisch ist und bleibt er ein Mann. Und wenn er als solcher über die grüne Frauenquote in den Bundestag einzieht und hier als Frau geführt wird, dann ist das schlicht rechtswidrig.“

## Ideologisch getriebene Torheiten

Ganserer ist Forstwirt, 47 Jahre alt, verheiratet und Vater zweier Kinder. Er machte 2018 öffentlich, dass er sich als Frau fühle, sich als solche zu kleiden gedenke und fortan mit „Tessa“ angesprochen zu werden wünsche. Bis zu jener Bundestagssitzung hatte er weder sein Geschlecht operativ angleichen lassen noch seinen Personenstand geändert. Als Frau ließ er sich erst 2024 amtlich eintragen. In der Sache war Storchs Aussage also völlig korrekt. Trotzdem brüllten Abgeordnete aller Fraktionen außer der AfD bisweilen unflätig auf die Rednerin ein, die Grünen-Fraktionschefin Britta Hasselmann nannte Storchs Aussagen in einer „Kurzintervention“ unter allgemeinem Beifall „niederträchtig, bodenlos, homophob und zutiefst menschenverachtend“. Auch die Pressemeldungen sprachen anschließend mehrheitlich von beleidigenden, diffamierenden und empörenden Äußerungen Storchs.

Wer diese Szene am Fernsehschirm verfolgte, wurde unwillkürlich vom Gefühl ereilt, dass wir von Politikern regiert werden, die sich parallel zur Realität bewegen. Auch wenn sich die Unionsfraktion an diesem Parlamentsspek aus reinem Zeitgeist-Opportunismus beteiligt haben dürfte, wurden wir hier Zeugen, wie der intellektuelle Verfall im grünlinken Milieu die Dummheit gleichsam institutionalisierte. Mit dem Selbstbestimmungsgesetz inklusive bußgeldbewehrtem Offenbarungsverbot hat dieser Irrsinn derweil Gesetzesgewalt wider die Wirklichkeit erlangt.

Denn Dummheit ist ja nichts anderes als das Unvermögen, der Wirklichkeit gewachsen zu sein. Ein Mangel an Realitätstüchtigkeit, geboren aus politischer Borniertheit, frisst sich derzeit wie Salzsäure durchs Land. Der Mainstream, links und grün orchestriert, stellt unweigerlich die Intelligenzfrage.

Zu den Klassikern einschlägiger Narrheiten gehört zweifellos das unvergessliche Diktum von Katrin Göring-Eckardt, die im Herbst 2015 ob der einsetzenden unkontrollierten Masseneinwanderung in Verückung zu geraten schien: „Wir kriegen jetzt plötzlich Menschen geschenkt“, jubelte die damalige grüne Fraktionschefin. „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“ Noch nach den islamistischen Anschlägen in Paris im November 2015 schwadronierte sie: „Willkommenskultur ist der beste Schutz vor Terroristen.“



Exponenten eines Fortschritts, der vor allem Inszenierung ist, in der Praxis jedoch zu einem beispiellosen Niedergang unseres Landes führte: Wirtschaftsminister Robert Habeck (l.) und Bundeskanzler Olaf Scholz  
Foto: pa/Florian Gaertner

Als eine weitere verlässliche Lieferantin inkompetenter Aussagen kann Annalena Baerbock gelten, die nach den Messermorden von Solingen erklärte: „Terrorismus bekämpft man nicht mit Hysterie, sondern mit einer gemeinsamen vielfältigen Gesellschaft.“ Überhaupt verstopft Baerbock als Außenministerin häufig ihre internationalen Auftritte. So bezeichnete sie Chinas Präsidenten Xi Jinping als „Diktator“ und plapperte beim Europarat: „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander.“ Wegen solcher Peinlichkeiten wird Baerbock auf dem diplomatischen Parkett immer seltener ernst genommen.

## Missverhältnis zwischen eigenen Ansprüchen und Fähigkeiten

Dass der grün-linke Irrsinn keineswegs nur auf Deutschland beschränkt ist, zeigt der längst legendäre Vorschlag des grünen Bundespräsidenten Österreichs, Alexander van der Bellen, gegen die „um sich greifende Islamophobie“ von 2017: Es werde „noch der Tag kommen, wo wir alle Frauen bitten müssen, ein Kopftuch zu tragen, als Solidarität gegenüber jenen, die es aus religiösen Gründen tun.“ Dass im Iran Frauen gegen die Kopftuchpflicht kämpfen und dies mitunter mit ihrem Leben bezahlen, hatte sich wohl noch nicht bis zu ihm herumgesprochen.

Wohin wir auch schauen, erblicken wir rotgrüne Politikerfiguren, die das Missverhältnis zwischen ihrer Anmaßung, die Welt transformieren zu wollen, und der Begrenztheit ihrer persönlichen Fähigkeiten auf karikaturhafte Weise verkörpern. Ein emotional erstarrender Kanzler, dem die Unfähigkeit, sich seinem Volk zu vermitteln, den Spitznamen „Scholz-o-Mat“ eingebracht hat. Ein Bundeswirtschaftsminister Habeck, der mit jedem seiner Statements den unbehaglichen Eindruck verbreitet, dass er kaum weiß, wovon er redet. Eine SPD-Chefin, die schon von Parteifreunden aufgefordert wurde, nicht mehr in Talkshows aufzutreten, weil ihr Geschwätz der Partei schade. Und in Kiel wollte jüngst

die grüne Mobilitätsdezernentin das Rückwärts-ein-und-ausparken in Grundstückseinfahrten verbieten – aus Sicherheitsgründen.

Früher wehte der Geist eher links. Nach dem Zweiten Weltkrieg verschlug es die intellektuell Begabten tendenziell auf die Seite des gesellschaftlichen Fortschritts oder sie träumten gleich von der Revolution. Brillante Köpfe mit konservativer Gesinnung waren Ausnahmereisende. Unüberschaubar zitterte die Erfahrung mit den geistfeindlichen Nationalsozialisten nach, die Bücher verbrannt und unliebsame Autoren verfolgt hatten.

Doch schon die Studentenrevolte von 1968, die der Kulturhistoriker Philipp Felsch einen „langen Sommer der Theorie“ nannte, führte nicht zu einer gesamtgesellschaftlichen Erleuchtung, sondern, wie es Jürgen Habermas formulierte, zu einer „Fundamentalliberalisierung“ sämtlicher Lebensbereiche. Der Marsch durch die Institutionen, den Rudi Dutschke 1967 ausrief, führte die Gesellschaft nicht in den Kommunismus, sondern in den Konsumismus. Die Individualisierung schritt voran, zwischenmenschliche Bande erlahmten, übrig blieb der Verbrauch von Dingen als letztem Ansprechpartner des vereinzelt Menschen. Der Alt-Achtundsechziger Peter Sloterdijk resümierte denn auch: „Man hat mehr Demokratie gewagt, um mehr Konsum zu wagen. Alle Wege von 68 führen letzten Endes in den Supermarkt.“

## Von der Avantgarde zur Denkfaulheit

Wer nur verbraucht, verliert an schöpferischer Spannkraft und wird denkfaul. Das sozialdemokratisch wie grün durchtönte Jahrhundert, das hinter uns liegt, geprägt von Wohlstand und Wohlfahrt, von Traditionsbrüchen und Fortschrittshalluzinationen, ließ das Land nach kulturell links rücken. Dabei regierten gut dreißig Jahre lang Kanzler der Union. Aber Helmut Kohl konnte die Entwicklung nicht aufhalten, und Angela Merkel hat sie sogar aktiv befördert. Modernisierung und Strukturereformen waren die Zauberworte, unter deren Schirm nicht nur Sitten und

Bräuche, sondern auch geistige Überlieferungen abgeräumt wurden.

Augenfällig machte diesen kulturellen Verfall schon der sogenannte PISA-Schock von 2001, als einschlägige OECD-Studien Deutschland ein bitteres Zeugnis ausstellten. Viele Schüler beherrschen weder Rechtschreibung noch Grundrechenarten und sind für die berufliche Praxis nicht hinreichend ausdrucksfähig. Bis heute müssen Unternehmen ihre Lehrlinge mitunter nachschulen, damit sie ausbildungsfähig sind. Stattdessen blühen indes an Schulen wie Universitäten woke Gedankenkonstrukte, mit denen Heranwachsende mal offener, mal subtiler infiltriert werden. Ergebnis ist eine wehleidige Generation Z, die mehr an Work-Life-Balance als an Leistungsfreude orientiert ist. Dass an den Hochschulen wieder Judenhass aufgeflammt ist, ist da nicht verwunderlich: Im Kern ist Antisemitismus die Verachtung von Intelligenz. Schon die christlichen Analphabeten des Mittelalters beneideten die am Talmud geschulten Juden um ihren Scharfsinn.

Unser Gehirn ist ein plastisches Organ, das, ähnlich wie die Muskulatur, nur durch den steten Gebrauch in sein Optimum gelangt. Entsprechend besagt die Lebenserfahrung, dass Menschen, die sich überwiegend in der analogen Wirklichkeit bewegen, wacher und tatkräftiger wirken als Menschen, die allzu viel Zeit am Smartphone und Computerschirm verbringen. So praktisch das Internet als Informationsmedium ist, wirkt es in der Breite ihrer Nutzer doch eher als Verblödungsmaschinerie.

## Der Exodus unabhängiger vormals linker Geister ins bürgerliche Lager

Solche Zusammenhänge sind zu bedenken, wenn wir verstehen wollen, dass sich fortschrittlich wählende Zeitgenossen als gedanklich erstaunlich durchschnittlich erweisen. Nicht zuletzt dieses Phänomen ist es, weshalb es in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem Exodus zahlreicher Altlinker ins liberale und konservative Lager gekommen ist. Ein Kabarettist wie Dieter Nuhr steht *pars pro toto* für die Flucht eines aufgeweckten Milieus vor der intellektuellen Windstille bei den Progressiven.

Die Verdummung der Grün-Linken hat zweifellos mit dem Einzug von sozialdemokratischen und grünen Ideen in die Zentren der Macht zu tun. Schon in den 80er Jahren waren sozialdemokratische Forderungen weitgehend salonfähig, danach begann eine Talfahrt der SPD, die heute in Olaf Scholz ihren vorläufigen Tiefpunkt erreicht hat. In den Merkel-Jahren gewannen die Grünen die Diskurshegemonie, in der Ampel vollendete sich einstweilen ihre Macht-hegemonie. Und Macht macht eben nur den Klugen schlauer, den Mittelmaßigen eher dümmer.

In den Führungszirkeln der SPD wird seit Langem darauf geachtet, dass kein Neuzugang den Durchschnitts-IQ der Anwesenden überragt. Nur durch verschworene Immunität gegen Brillanz war es einer Saskia Esken oder einem Olaf Scholz möglich, in oberste Parteietagen zu gelangen. Ähnlich geht es bei den Grünen zu. Da wurde lieber eine überforderte Ricarda Lang zur Bundeschefin gewählt und ein erfahrenes Politiktalent wie Boris Palmer aus der Partei gedrängt.

Ob der machtpolitische Autismus eines Verlegenheitskanzlerkandidaten Scholz oder die selbstgestrickte Pulloverästhetik eines Küchentischwahlkämpfers Habeck – auch auf dem Weg zu den bevorstehenden Neuwahlen scheint der Magnetismus der Dummheit so machtvoll wie die Schwerkraft.

● **Holger Fuß** ist freier Autor und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und Zeitgeschichte. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt“ (FinanzBuch Verlag).

—  
Seit wir es mit einem aggressiv auftretenden Wokismus zu tun haben, wissen wir, dass die Abwesenheit von Intelligenz die Bosheit exponentiell ansteigen lassen kann

## ● MELDUNGEN

## Feminismus auf dem Rückzug

Leipzig – Forscher des von Oliver Decker geleiteten „Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung“ an der Universität Leipzig haben von auffälligen „Retraditionalisierungstendenzen“ in den fünf neuen Bundesländern berichtet. Dabei beriefen sie sich auf aktuelle Wortmeldungen im Internet und eine repräsentative Umfrage, der zufolge der Feminismus im Osten der Republik von 35 Prozent der Bevölkerung abgelehnt werde. Außerdem hätte auch fast ein Drittel der Deutschen zwischen dem Fichtelberg und Kap Arkona geäußert, dass Frauen sich „wieder mehr auf ihre Rolle als Ehefrau und Mutter“ besinnen sollten. Im Westen lagen die entsprechenden Werte nur bei 20 beziehungsweise 25 Prozent. Die Vorsitzende des sächsischen Landesfrauenrates, Jessica Bock, erklärte das Ganze sogleich folgendermaßen: „Die rechten Kräfte und Parteien wie die AfD sind erstarkt. Sie propagieren das traditionelle Frauenbild.“ W.K.

## Zuwendung an VDK ist stabil

Berlin – Laut der Bundesregierung soll im kommenden Jahr die Zuwendung an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) trotz eines sinkenden Haushalts des Auswärtigen Amtes mit 19,38 Millionen Euro stabil bleiben. So bleiben der Erhalt und die Pflege der Kriegsgräber in 46 Ländern von Kürzungen ausgenommen. Seit den 1960er Jahren gehören Pflege, Erhalt und die Hilfe der Gräbersuche für Angehörige für Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft zu den Aufgaben des Volksbunds. Derzeit pflegt der VDK die Gräber von 2,7 Millionen Kriegstoten auf insgesamt 826 Kriegsgräberstätten. Bei 330 von diesen gibt es einen Instandhaltungsrückstau von schätzungsweise 21 Millionen Euro. Den Rückstau für alle 826 Kriegsgräberstätten hat die Bundesregierung auf 50 Millionen Euro hochgerechnet. MRK

## Burschenschaft überfallen

Jena – Etwa zwanzig maskierte Personen haben am Abend des 21. November in der thüringischen Universitätsstadt Jena die Burschenschaft „Germania“ überfallen. Nach Angaben der Polizei waren die Vermummten zunächst vor dem Gebäude der Verbindung aufgetaucht. Ein Eindringen der Angreifer konnte von den Burschenschaftlern zunächst abgewehrt werden. Als Burschenschaftler vor die Tür gingen, entwickelte sich eine Schlägerei mit den vermummten Angreifern. Nach einem Rückzug der Farbenstudenten ins Haus gelang es den Vermummten schließlich, die Tür einzudrücken. Im Innern des Gebäudes zerstörten die Täter die Einrichtung und schlugen auf die Verbindungsstudenten ein. Im Stadtrat von Jena verurteilten die Fraktionen von CDU und FDP den Angriff als inakzeptabel und als Angriff auf die Grundwerte der Demokratie. Der Attacke auf die Burschenschaft sind in den vergangenen Jahren bereits ähnliche Gewalttaten vorausgegangen. H.M.



Bartsch, Ramelow und Gysi – die linke Rentnertruppe auf der Suche nach freien Plätzen im Bundestag durch Direktmandate

## WAHLRECHT

## Rettung per Direktmandat

Freie Wähler und Linkspartei wollen durch ein Schlupfloch in den Bundestag

VON PETER ENTINGER

Noch vor gut einem Jahr konnte Hubert Aiwanger vor Kraft kaum gehen. Nach seinen gut 16 Prozent bei der bayerischen Landtagswahl wählte sich der Bundes- und Landesvorsitzende der Freien Wähler (FW) bereits kurz vor dem Durchbruch. „Erst Bayern, dann Brüssel, dann Berlin“, hatte der bayerische Wirtschaftsminister damals angekündigt. Man gewann immerhin ein drittes weiteres Mandat bei der Europawahl dazu. Das ging an den Rheinland-Pfälzer Joachim Streit, der wohl profilierteste Politiker der FW außerhalb Bayerns. Auf dem langjährigen Landrat des „Eifelkreises“ Bitburg-Prüm ruhten große Hoffnungen, als es den Freien Wählern 2021 gelang, neben Bayern in einen weiteren Landtag eines westdeutschen Flächenlandes einzuziehen. Doch Streit strebte schnell nach höheren, kandidierte für das EU-Parlament und hinter-

ließ einen Scherbenhaufen. Die Fraktion in der Heimat zerfiel nur wenige Monate nach seinem Abschied.

## Trotz neuen Wahlrechts

Und in Brandenburg flogen die Wählervereinigungen, die mit der FW-Bundespartei kooperierten, unlängst aus dem Parlament. Aiwangers Ankündigung, von Bayern ausgehend einen Siegeszug durch die bevölkerungsreichsten Westländer anzutreten, ist bereits ausgeträumt. Lediglich zwei Prozent würden derzeit die „Freien“ wählen. Doch abgeschrieben hat er seinen Parlamentssitz im Berliner Reichstag noch nicht. „Wir werden über drei bayerische Direktmandate das Feld aufrollen“, kündigte er erst kürzlich an.

Auch 2021 hatte die Linkspartei den Einzug in den Bundestag doch noch geschafft, obwohl sie unter der Fünfprozenthürde geblieben war. Die sogenannte Grundmandatsklausel bleibt im Wahlrecht auch nach seiner Neufassung be-

stehen. Das Bundesverfassungsgericht erklärte diesen Teil der Wahlrechtsreform für nicht verfassungskonform. Aiwanger

„Nicht ausgeschlossen, aber auch nicht unwahrscheinlich ...“

so das Urteil der lokalen Presse nach Aiwangers Ankündigung, über drei Direktmandate in den Berliner Reichstag einzuziehen

gewann bei der Landtagswahl seinen Wahlkreis in Landshut, nun wird er im benachbarten Rottal-Inn antreten. Seine Chancen? „Nicht ausgeschlossen, aber

auch nicht sehr wahrscheinlich“, urteilt die lokale Presse. Bundestagswahlen seien anders zu bewerten als Landtagswahlen. 2021 kamen die Freien Wähler dort auf 16,7 Prozent. Es war ihr bestes Erststimmen-Ergebnis. Doch der siegreiche CSU-Kandidat war mehr als doppelt so stark. Im Oberallgäu tritt die Landrätin Indra Baier-Müller an, im Kreis Landshut der Landrat Peter Dreier, der 2016 einen Bus mit Asylbewerbern nach Berlin vor das Kanzleramt schickte.

Es sind Kandidaten mit Lokalkolorit, aber taugen sich auch für die bundesweite Bühne? Noch sucht Aiwanger „Leute mit Profil“ für Kandidaturen außerhalb Bayerns. Doch in Brandenburg ging unlängst das einzige Direktmandat verloren, und in Rheinland-Pfalz herrscht ohne Streit Dauer-Streit. Der neue EU-Parlamentarier hat dem Vernehmen nach wenig Lust auf eine Wahlkampf tour durch die heimische Eifel. Das Beispiel von Joachim Streit verdeutlicht das Dilemma der „Freien“. Als Landrat wurde er teilweise mit über 80 Prozent gewählt. Doch bei überregionalen Wahlen schnitten die FW in der Eifel zwar gut ab, waren aber weit von der Spitze entfernt. Auch, weil der Zuschnitt der Wahlkreise ein anderer ist.

## Linke Hilfe durch Senioren-Trio

Deutlich mehr Erfahrung hat beim Unterfangen „Umweg nach Berlin“ die marodierende Linke. Mit der „Mission Silberlocke“ wollen die Linken-Urgesteine Bodo Ramelow, Gregor Gysi und Dietmar Bartsch bei der Bundestagswahl Direktmandate für ihre Partei holen. Vor allem Ramelow werden in seinem Wahlkreis in Erfurt und Gysi in Berlin-Köpenick gute Chancen eingeräumt. 2021 hatten Gysi, Gesine Löttsch und Sören Pellmann den Bundestags-Einzug gesichert.

Löttsch tritt nicht wieder an, Pellmann dagegen schon. Er könnte ein weiteres Mandat in Leipzig gewinnen. Die neue Linken-Vorsitzende Ines Schwerdtner bewirbt sich um die Löttsch-Nachfolge in Berlin-Lichtenberg. Obwohl Löttsch jünger als Bartsch, Gysi und Ramelow ist, hat sie auf eine neue Kandidatur verzichtet. Im Wahlkampf helfen will sie aber schon. Löttsch hatte den Wahlkreis zuletzt mit rund 25 Prozent der Stimmen gewonnen, bei den Zweitstimmen schnitt die Linke deutlich schlechter ab. Das ist ein Beleg, dass es für viele Menschen eine reine Personenwahl war.

Der neue Co-Vorsitzende Jan van Aken zeigt sich indes überzeugt, dass das Vorhaben erfolgreich wird: „Wir werden ganz sicher drei, wenn nicht vier Direktmandate gewinnen. Eine Garantie, dass wir im nächsten Bundestag sein werden.“

## AUSSENPOLITIK

## Union will „Weimarer Dreieck“ wiederbeleben

Herbstkonferenz der CDU/CSU-Fraktionsspitzen aus Bundestag, Landtagen und EU-Parlament in Warschau

Erstmals haben sich die Fraktionsspitzen der CDU/CSU aus Bundestag, Landtagen und EU-Parlament zu ihrer Herbstkonferenz in der polnischen Hauptstadt Warschau getroffen. Außerhalb Deutschlands gab es eine solche Herbstkonferenz bislang nur in Brüssel. Traditionell nutzen die Unionsfraktionen diese alljährlichen Treffen zur Abstimmung und Koordination ihrer Arbeit in den Parlamenten.

Beim diesjährigen Herbsttreffen am 22. und 23. November in Warschau standen zudem auch die deutsch-polnischen Beziehungen auf der Tagesordnung der Parlamentarier. Ein Ergebnis der Tagung ist die Idee, die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen nicht nur auf Regierungsebene auszubauen, sondern auch zwischen den Regionen der drei Ländern. Entstehen soll nach den Vorstellungen der CDU/CSU ein „Weimarer Dreieck der Regionen“.

Angelehnt ist der Begriff an das Format des sogenannten Weimarer Dreiecks, das 1991 die damaligen Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens ins Leben gerufen haben. Bislang besteht das „Weimarer Dreieck“ nur in Form von Treffen zwischen den jeweiligen Staats- und Regierungschefs. Es hat sich zudem allerdings nicht – wie anfangs erhofft – zu einer wichtigen Machtbasis in Europa entwickelt.

Die CDU hatte sich bereits im Dezember vergangenen Jahres, kurz nach der Parlamentswahl in Polen, für eine Wiederbelebung des „Weimarer Dreiecks“ ausgesprochen. Die Regierung von Olaf Scholz hatte versprochen, das Gesprächsforum wieder zu beleben und die Beziehungen mit Polen enger werden zu lassen. Dies ist der inzwischen gescheiterten rot-grün-gelben Regierungskoalition nicht gelungen.

Aus Sicht von Manuel Hagel, dem CDU-Fraktionschef in Baden-Württemberg und Vorsitzender der diesjährigen Unions-Herbstkonferenz in Warschau, hat die Ampel-Koalition die Beziehungen zu Polen und Frankreich sogar massiv beschädigt. Hagel kritisiert: „Damit wurde von der Ampel und insbesondere Frau Baerbock die deutsche Führungsrolle in Europa verspielt.“

## Neues Goethe-Institut in Polen

Das Abschlusspapier der Unions-Fraktionsspitzen zu ihrer Warschauer Herbstkonferenz nennt konkrete Maßnahmen, um die Beziehungen zu den beiden Nachbarländern auch unterhalb der Regierungsebene enger werden zu lassen. Nach den Vorstellungen der Unionspolitiker sollen etwa die Schnellzugverbindungen zwischen Frankreich, Deutschland und Polen weiterentwickelt werden. Zudem

soll „das Erlernen der französischen und polnischen Sprache in Deutschland an unseren Schulen mehr Relevanz entfalten genauso wie das Erlernen von Deutsch in Frankreich und Polen stärker gefördert werden“.

Die Fraktionsspitzen der Union sprechen sich zudem für den Erhalt der Goethe-Institute aus, die im Ausland Sprachkurse anbieten und deutschen Kultur vermitteln. Die Ampelkoalition hatte vergangenes Jahr beschlossen, die Mittel für die Goethe-Institute um zehn Prozent zu kürzen. Als Konsequenz plant die Münchner Zentrale die Schließung mehrerer Goethe-Institute. Stark betroffen vom Sparkurs sind vor allem Angebote in Frankreich und Italien. In Polen plant das Goethe-Institut dagegen neben den Standorten in Warschau und Krakau eine weitere Präsenz zu eröffnen. Hagen Ritter (Siehe auch Kommentar auf Seite 8.)

## BRANDENBURG-KOALITION

## Pflegeleicht – aber auch verlässlich?

SPD setzt sich bei Verhandlungen mit BSW weitgehend durch – Doch der Partner zeigt bereits Risse

VON HERMANN MÜLLER

Die Kenia-Koalition, die Brandenburg seit 2019 regiert hat, ist mit einem beispiellosen Eklat zu Ende gegangen. Kurz vor einer Abstimmung über Karl Lauterbachs Krankenhausreform händigte Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) der bisherigen Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher auf einem Flur des Bundesrats ihre Entlassungspapiere aus. Verhindern wollte Woidke damit, dass die Grünen-Politikerin das Krankenhausgesetz im Bundesrat passieren lässt. Brandenburgs Grüne warfen Woidke daraufhin vor, er hätte mit der Entlassung der Ministerin seine „Macht sichern“ und sich „für eine künftige Koalition mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht anbieten wollen“.

Seit dem 27. November liegt in Brandenburg nun ein 67-seitiger Entwurf eines Koalitionsvertrages zwischen der SPD und dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) vor. Das Papier erweckt nicht den Eindruck, als wenn sich Woidkes Sozialdemokraten beim BSW hätten anbieten müssen. Gemessen an den Aussagen im Wahlkampf ist es vor allem das BSW, das offenbar zurückstecken musste.

## Kein Streit um Raketen

In der Präambel des Vertragsentwurfs gehen beide Seiten mit einigen Formulierungen auf den Ukrainekrieg ein. Angesichts der Unverbindlichkeit der Formulierungen dürfte dies der SPD allerdings keine allzu große Überwindung gekostet haben. So heißt es im Papier, man nehme die Sorge der Bürger ernst, dass sich der Krieg in der Ukraine ausweite. Auch erklären beide Seiten, der Krieg könne nicht durch weitere Waffenlieferungen beendet werden. Die geplante Stationierung von Mittelstrecken- und Hyperschallraketen sehen die Verhandlungspartner „kritisch“. Ebenso heißt es im Entwurf aber, dass „die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes von großer Bedeutung“ sei und die „Fähigkeit der Bundeswehr zur Verteidigung gestärkt werden muss“.

Parteigründerin Wagenknecht verteidigte im Interview mit dem „Spiegel“ mittlerweile sogar die Stationierung von Arrow-3-Raketen auf dem Bundes-



Verhaltene Freude: Ministerpräsident Woidke (SPD) mit BSW-Landeschef Crumbach

Foto: picture alliance/dpa/Michael Bahlo

wehrstützpunkt Holzendorf an der Landesgrenze zwischen Brandenburg und Sachsen-Anhalt. „Arrow 3 sind keine Angriffsraketen“, so Wagenknecht. Zudem wies sie darauf hin, die Raketen würden vom Bund finanziert, man solle deshalb nicht die neue Koalition in Potsdam torpedieren.

Angetreten war die Wagenknecht-Partei bei der Landtagswahl in Brandenburg mit dem Anspruch, ein „Weiter so“ zu verhindern. Zufrieden konnte Woidke bei der Präsentation des Koalitionsvertrages deshalb verkünden, die neue Koalition bringe „Stabilität und Sicherheit“. Mehr noch: Die Sozialdemokraten bekommen mit dem Regierungspartner BSW die Chance, ihre Politik unverfälschter umzusetzen, als dies mit den früheren Koalitionspartnern CDU und Grüne der Fall war.

Durchgesetzt haben die Sozialdemokraten sogar, dass trotz massiver Probleme im Schulsystem das Bildungsministerium weiter in der Hand der SPD bleibt. Beim BSW hatte es Hoffnungen gegeben,

in der Bildungspolitik Akzente setzen zu können. Stattdessen erhält das BSW das Vorschlagsrecht für das Finanzministerium und die Ressorts Infrastruktur und Soziales/Gesundheit. Alle anderen Ministerien bleiben in der Hand der SPD. BSW-Landeschef Robert Crumbach, ursprünglich selbst jahrzehntelang SPD-Mitglied, verwies darauf, dass die Ressortaufteilung auch das Wahlergebnis widerspiegeln. Das BSW hatte 13,5 Prozent bekommen, die SPD lag bei mehr als 30 Prozent.

## BSW-Mann will Woidke nicht wählen

Abstriche machen musste das BSW bei seiner Forderung eines Handyverbots an Grundschulen. Im Koalitionsvertrag heißt es nun lediglich, in den ersten vier Schuljahren sollte vor allem mit analogen Medien gearbeitet werden. Auch die vom BSW kritisierte Überprüfung von Beamten auf Verfassungstreue bleibt zunächst erhalten. Vereinbart haben SPD und BSW eine Überprüfung nach einem Jahr. Vom Tisch ist offenbar zudem eine Verkleine-

rung des Verfassungsschutzes in Brandenburg, wie es das BSW gefordert hatte.

Trotz der kräftigen Handschrift der SPD im Koalitionsvertrag kann für Woidke das Regieren mit dem BSW zu einem Problem werden. Die rot-lila Koalition hat im Landtag nämlich nur eine Mehrheit von zwei Stimmen, faktisch ist die Mehrheit sogar auf eine einzige Stimme geschrumpft. Der BSW-Landtagsabgeordnete Sven Hornauf hat nämlich mitgeteilt, wegen der Stationierung von Arrow-3-Raketen wolle Woidke am 11. Dezember nicht zum Ministerpräsidenten wählen zu wollen.

Obendrein erklärte der Abgeordnete aus Frankfurt (Oder), er werde im Landtag künftig auch Anträgen der AfD-Fraktion zustimmen, wenn er diese für sinnvoll halte. Als Reaktion forderte BSW-Landes- und Fraktionschef Crumbach den Abgeordneten auf, sein Mandat zurückzugeben. Hornauf lehnt dies ab und erwägt stattdessen den Austritt aus der BSW-Fraktion.

## ADVENTSZEIT

## Auf Streifzug durch Berlins Weihnachtsmärkte

An 60 Orten locken Anbieter die Hauptstadtler – mit teils gepfefferten Preisen

Mit der Adventszeit sind auch die populären Weihnachtsmärkte wieder da. In Berlin werben 60 Veranstaltungsplätze um Besucher und den Inhalt der Geldbörsen. Am Alexanderplatz am Neptunbrunnen lockt der größte und wohl auch der teuerste. Andere große Weihnachtsmärkte finden sich vor dem Schloss Charlottenburg oder im ehemaligen C&A-Gebäude in Neukölln. Der kleinste ist im Hinterhof der Kolonnenstraße 62 am S-Bahnhof Julius-Leber-Brücke zu finden. Ein Weinlobbyist hat eine Auswahl aus zehn deutschen Gewinner-Glühweinen zusammengestellt, die dort angeboten werden.

Die Preise schwanken zwischen moderat und happig: Am Schloss Charlottenburg kostet ein Pappbecher Glühwein fünf Euro, beim Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz werden sogar sechs bis acht Euro fällig. Wenn der Glühwein in

Tassen ausgeschänkt wird, werden noch mal fünf Euro Pfand fällig. Aber nicht nur beim Glühwein schlagen manche Veranstalter kräftig zu. Am Alexanderplatz wird auch das Naschen zum teuren Vergnügen. Fünf Schokoerdbeeren am Spieß kosten stolze 7,50 Euro, eine kleine Schale Champignons mit Knoblauch- oder Kräutersoße gibt es für sieben Euro, eine Boulette für sechs. Eine Portion Flammhachs kostet 15 Euro – und damit fast so viel wie in einem Restaurant. Der Mixteller mit Geflügelleber, Grünkohl und Champignons ist mit satten 20 Euro wohl eines der teuersten Gerichte auf dem Markt.

## Leider auch politische Belehrung

Wenig weihnachtlich geht es auf dem „Berliner Wintertraum“ in Niederschöneweide (Treptow) zu. Der Rummel bietet Karussells wie einen 40 Meter hohen

„Kettenflieger“, Bungee-Trampoline und Achterbahnen, Autoscooter und eine Geisterbahn an und soll die Volksfestfans anlocken. Für Familien mit Kindern dürfte der Weihnachtsmarkt auf der Domäne Dahlem gut geeignet sein. Neben den Marktständen mit Kunsthandwerk überzeugt ein vielfältiges weihnachtliches Programm für Kinder, mit Theateraufführungen, einem Kinderkarussell und Bastelmöglichkeiten, beispielsweise für das Bemalen von Glaskugeln. Höhepunkt sind die winterlichen Traktorfahrten auf dem Landgut.

Das Tierheim in Berlin-Lichtenberg veranstaltet ein Weihnachtsfest der Tiere. Einige Tiere hoffen darauf, auf dieser Veranstaltung ein neues Herrchen zu finden. Sämtliche Erlöse kommen den Schützlingen zugute. Der Lucia-Weihnachtsmarkt in der Kulturbrauerei am Prenzlauer Berg

versucht eine nordisch-romantische Atmosphäre zu verbreiten. Glögg statt Glühwein, Flammhachs und Rentierwurst als Leckerbissen mit skandinavischer Note. Lästigerweise versucht auch die politisch korrekte Gesellschaft die Weihnachtszeit dafür zu nutzen, dem Rest der Bevölkerung ihre Anliegen nahezubringen.

Am Nollendorfplatz finden die LGTBQIA-Winterdays statt. CDU-Bürgermeister Kai Wegner kommentierte: „Mit der Christmas Avenue zeigt unsere Stadt einmal mehr, wie offen und bunt sie ist.“ Den Glühwein gibt es in Rot, Weiß und Pink. Auch der „elitäre Kreis“ der veganen Ernährung kommt nicht zu kurz. Am Fehrbelliner Platz in Wilmersdorf können Berliner und Besucher an den Adventswochenenden vegane Leckereien und Geschenke erwerben. Highlight sind die pflanzliche Grillwürstchen. Frank Bückner

## KOLUMNE

## Kennzeichen!

VON THEO MAASS

Eine Umfrage unter den Lesern einer Berliner Boulevardzeitung hat zutage gefördert, dass fast die Hälfte der Befragten (42 Prozent) Radfahrer als das Hauptproblem im Straßenverkehr ansehen. Für weitere zwölf Prozent sind die E-Roller-Fahrer diejenigen, die sich am wenigsten rücksichtsvoll verhalten. Zwar werden auch Autofahrer von 44 Prozent als problematisch angesehen, aber Rad- und E-Rollerfahrer scheinen zusammengenommen für noch mehr Verdruss zu sorgen. Fußgänger werden nur von einem Prozent der Befragten als rücksichtslos wahrgenommen.

Radfahrer führen keine Kennzeichen und verschwinden beispielsweise bei Missachtung einer roten Ampel einfach im Verkehrsgewühl. Sie werden dafür so gut wie nie zur Rechenschaft gezogen. Bis Mitte November gab es 47 Verkehrstote in Berlin. Darunter befanden sich 20 Fußgänger. Wenn man konsequent etwas für die Verkehrssicherheit machen will, sollte, was die Ermittlung der Täterschaft angeht, Gleichheit zu Autofahrern hergestellt werden. Also Kennzeichspflicht für Radfahrer.

Sofern Radfahrer keine Kennzeichen tragen oder tragen wollen, haben sie nichts auf der Straße verloren. Der bislang letzte verkehrstote Radfahrer in Berlin war ein 17-Jähriger, der mit seinem unbeleuchteten Fahrrad vom Gehweg auf die Fahrbahn fuhr. Der Autofahrer konnte nicht mehr rechtzeitig bremsen und erfasste ihn. In Paragraph 1 der Straßenverkehrsordnung heißt es immer noch: „Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht. Wer am Verkehr teilnimmt, hat sich so zu verhalten, dass kein anderer geschädigt, gefährdet oder ... behindert oder belästigt wird.“ Die Verkehrspolizei täte gut daran, die Radfahrer mehr ins Auge zu nehmen, einerseits treten sie als Gefährder auf, andererseits sind sie selbst gefährdet. Die Verbesserung der Verkehrssicherheit wird nicht durch immer weitere Sonderrechte für Radfahrer erreicht.

## MELDUNG

## Wolfsalarm in Cottbus

Cottbus – Im Tierpark von Cottbus hat ein Wolf, möglicherweise waren es auch mehrere, zwei Rentiere gerissen. Laut dem Wolfsbeauftragten für Cottbus und den Kreis Spree-Neiße sind im Tierpark und im angrenzenden Spreepark Kadaver gefunden worden, die auf Wolfsrisse zurückzuführen seien. Nach Angaben der Stadt geht es neben Rentieren im Tierpark auch um tote Rehe, die auf einem Sportplatz gefunden wurden. Als einen Grund für vermehrte Sichtungen von Wölfen im Stadtgebiet von Cottbus nannte ein Vertreter des Umweltamts die im Herbst und Winter früher einsetzende Dunkelheit. Eine Rolle sollen nach Angaben des Amtes auch die kilometerlangen Wildzäune spielen, die in Südbrandenburg gegen die Verbreitung der Afrikanischen Schweinepest errichtet wurden. Demnach haben die Zäune Routen der Wölfe abgeschnitten, sodass sich die Tiere nun Wege suchen, die auch durch das Stadtgebiet von Cottbus führen. H.M.

## ● MELDUNGEN

Überseehäfen  
im Visier

**Peking** – Die Volksrepublik China ist Anteilseigner von 129 Überseehäfen. 14 davon befinden sich in Europa, darunter wichtige Knotenpunkte des Welthandels wie Rotterdam, Antwerpen, Valencia, Genua, Marseille, Piräus und Hamburg. Die neueste Erwerbung Pekings ist eine Mehrheitsbeteiligung am Hafen von Chancay nördlich der peruanischen Hauptstadt Lima. Für die nächsten 30 Jahre gehören 60 Prozent des Hafens dem Reich der Mitte. Umgerechnet dreieinhalb Milliarden US-Dollar sollen in den Bau der Hafenanlage investiert werden. Ein ähnlicher Coup gelang in Angola: Dort bauten chinesische Firmen den Hafen von Lobito für 1,2 Milliarden Dollar aus und errichteten eine neue Eisenbahnstrecke, über die Kupfer und Kobalt aus Sambia und dem Kongo nach Lobito gelangen kann. W.K.

Neue Raketen-  
Basis in Polen

**Warschau** – Am 13. November fand auf dem polnischen Militärflughafen Stolp-Reitz [Ślupsk-Redzikowo] in der Woiwodschaft Pommern die offizielle Einweihung der „Naval Support Facility Redzikowo“ der US-Marine statt. Auf dieser Militärbasis befindet sich ein Aegis-Kampfsystem mit drei achtzelligen Flugkörperstartanlagen vom Typ Mk 41 Vertical Launching System, das sowohl anfliegende feindliche ballistische Raketen attackieren als auch eigene Angriffswaffen wie Marschflugkörper abfeuern kann. Ursprünglich hieß es aus Washington, der Stützpunkt solle der Neutralisierung der Bedrohung der NATO durch den Iran dienen, doch mittlerweile machen Polen und die USA keinen Hehl mehr daraus, dass das bereits 2016 in Angriff genommene Projekt in erster Linie gegen Russland gerichtet ist. Deshalb protestierte Moskau auch gegen die Basis und kündigte an, sie ab sofort ins Visier russischer Hyperschallraketen zu nehmen. W.K.

Kein Uran  
an die USA

**Moskau** – Seit dem 15. November liefert Russland kein angereichertes Uran mehr in die USA. Das von der russischen Regierung verhängte Verbot betrifft sowohl Lieferungen in die Vereinigten Staaten als auch an Unternehmen mit Sitz in den USA. Uran-Exporte bedürfen einer Sondergenehmigung des russischen Föderalen Dienstes für technische und Exportkontrollen, die dem Verteidigungsministerium unterstellt ist. Wladimir Putin persönlich soll die Anweisung zu dieser Maßnahme gegeben haben, die er als Gegensanktion gegen ein kürzlich von den USA erlassenes Gesetz eingeführt hat. Laut US-Gesetz sind Uranimporte aus Russland untersagt, jedoch kann das US-Energieministerium bis Ende 2027 in Ausnahmefällen weiterhin russisches Uran importieren, wenn etwa die Versorgung amerikanischer Atomreaktoren gefährdet ist. Im Mai dieses Jahres lieferte Russland angereichertes Uran im Wert von knapp 210 Millionen US-Dollar an die USA. Damit war Russland nach China und Frankreich der drittgrößte Uranlieferant für die USA. MRK

## ASYLFLUT

## Polen wird zur neuen „Balkanroute“

Polizei nimmt Mutter und Sohn als kriminelles Schleuser-Duo in der Bundesrepublik fest

VON BODO BOST

Seit mehreren Jahren kommen immer mehr irreguläre Migranten über Balkanroute und Polen nach Deutschland. Die deutschen Behörden haben gerade eine Gruppe zerschlagen, die an illegalen Schleusungen beteiligt war und in der polnische Staatsbürger die Hauptrolle spielten: eine Mutter und ihr 19-jähriger Sohn.

Nach den Erkenntnissen der Ermittler zahlten die Zuwanderer ihnen bis zu 7000 Euro für den Transport. Die Gruppe war in Polen, Ungarn, der Slowakei und Deutschland tätig. Die Festnahme von zweitausend Migranten, die über die Slowakei nach Polen einreisen wollten, schreckt jetzt andere ab. Deshalb hat der Druck von der Balkanroute etwas nachgelassen, aber Russland und Weißrussland bereiten mittlerweile schon wieder heimlich neue Routen vor.

Die Mitglieder der kriminellen Schleuserbanden hatten genau festgelegte Aufgaben. Einige lieferten Informationen

über Orte in Rumänien, Bulgarien oder Kroatien, an denen es große Konzentrationen von Asylsuchern gibt, die nach Westeuropa übersetzen wollen. Andere waren für die Suche und Organisation von Unterkünften und Transportmitteln zu-

7000

Euro müssen Migranten maximal an Schleuser zahlen, um illegal in die EU transportiert zu werden

ständig. Und wieder andere waren für den Transport der Menschen selbst verantwortlich.

Die Reise erfolgte in mehreren Etappen, wobei die Migranten einige Teile der Strecke – beispielsweise die illegale Überquerung der ungarisch-österreichischen

Grenze – zu Fuß zurücklegen mussten. An Orten, an denen vorübergehende Grenzkontrollen wieder eingeführt wurden, ließen die Ausländer ihre Autos stehen und überquerten die Grenze zu Fuß, um dann von nachfolgenden Kurieren abgeholt und weiter in westeuropäische Länder transportiert zu werden, erklärte ein Sprecher der schlesischen Polizei.

Die Preise, um in die EU zu gelangen, variierten. In der Regel zahlten die Einwanderer zwischen 2500 und 7000 Euro für den gesamten Transport. Die Grenzschutzbeamten leiteten gegen insgesamt elf Mitglieder der Schleuserbande Anklage ein. Hauptorganisator war der 19-jährige Dominik J., seine Mutter Anna J. kümmerte sich um die Rekrutierung der Fahrer. Sie lebten beide bisher in Deutschland. Die Frau und der Mann wurden inhaftiert.

Ihnen wird nun in der Anklage vorgeworfen, illegale Migration organisiert zu haben, mit der sie sich eine regelmäßige Einnahmequelle verschaffen wollten, und zudem sollen sie Mitglieder einer organi-

sierten kriminellen Vereinigung gewesen zu sein. In den polnischen Medien wird immer mehr über die Migrationspolitik der EU, darunter auch Deutschlands, diskutiert. Auch das Thema der Rückführung von Migranten aus Deutschland nach Polen gehört dazu. Denn Polen war bislang mehr ein Transit- als ein Aufnahmeland für Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika, um die es hauptsächlich geht.

Am 5. November hatte der Unterstaatssekretär im Ministerium für Inneres und Verwaltung, Maciej Duszczyc, eine Antwort auf die parlamentarische Anfrage Nr. 5119 über die Aufnahme von illegalen Migranten, die aus EU-Ländern nach Polen zurückgeschickt werden, an die Sejm Abgeordnete Joanna Borowiak gegeben.

## Polen nennt erstmals Zahlen von Rücküberstellungen in 2024

Gemäß den Bestimmungen können Ausländer, die während ihres Aufenthalts in Polen internationalen Schutz beantragen und dann trotzdem in ein anderes Land, zum Beispiel Deutschland, ausgereist sind, zurücküberstellt werden. In diesem Fall muss Polen nach bestimmten Kriterien die Rechtmäßigkeit des von dem anderen Staat an Polen gerichteten Antrags anerkennen und damit seine Verantwortung für die Prüfung des Antrags anerkennen. Die Regierung der Republik Polen wird jedoch einer Umsiedlung von Ausländern im Rahmen des Gesetzes nicht zustimmen, da es gemäß Gesetz eine „freiwilligen Umsiedlung“ sein soll.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 13. Oktober 2024 wurden, so die polnische Regierung, 620 Ausländer im Rahmen des Dublin-III-Verfahrens und 380 Ausländer im Rahmen der Rückübernahme in Polen aufgenommen. Von diesen wurden 245 Ausländer im Rahmen des Dublin-III-Verfahrens von Deutschland nach Polen überstellt, und 337 Ausländer im Rahmen des Rückübernahmeabkommens mit anderen Staaten. Aber lediglich 245 Asylsucher sind eine äußerst magere Bilanz für ein ganzes Jahr Grenzkontrollen, die in Deutschland bereits als Lösung der Migrationskrise angepriesen wurde.

Zum Vergleich: Im Jahr 2024 werden in Deutschland 250.000 neue Asylsucher erwartet.



Sie lassen sich auch von Stacheldraht nicht aufhalten: Asylsucher auf der Balkanroute

Foto: picture alliance/dpa/Sandor Ujvari

## UKRAINEKRIEG

## Von der westlichen Abwehr kaum zu stoppen

Moskau schockt Kiew und den Westen mit dem Einsatz der Hyperschallrakete Oreschnik

Am 19. November attackierte die Ukraine erstmals Ziele in Russland mit von den USA gelieferten operativ-taktischen ATACMS-Raketen. Die Antwort Moskaus hierauf erfolgte zwei Tage später. Da schlugen nämlich insgesamt sechs einzeln steuerbare Sprengköpfe einer Mittelstreckenrakete des Typs Oreschnik (Haselstrauch) auf dem Werksgelände des ukrainischen Rüstungsunternehmens Piwdenmasch in der Stadt Dnipro ein. Bis dahin hatten weder die Ukraine noch der Westen etwas von der Existenz dieses neuen russischen Raketentyps gewusst.

Erst nach und nach werden nun dessen technische Daten bekannt. Die Oreschnik kam aus dem 800 Kilometer entfernten Astrachan, besitzt aber eine maximale Reichweite von 5500 Kilometern. Sie flog mit zehnfacher Schallgeschwindigkeit, das heißt mit über drei Kilometern pro Sekunde und konnte dadurch problemlos die ukrainische Raketenabwehr überwinden.

Der Einsatz der Oreschnik war als Warnung an die Adresse sowohl Kiews als auch des Westens gedacht. Das zeigte eine achtminütige Ansprache des russischen Präsidenten Wladimir Putin am Abend des 21. November, in deren Verlauf er sagte: „Wir halten uns für berechtigt, unsere Waffen gegen Militäreinrichtungen derjenigen Länder einzusetzen, die es zulassen, ihre Waffen gegen unsere Einrichtungen einzusetzen, und im Falle einer Eskalation aggressiver Handlungen werden wir entschlossen und spiegelbildlich reagieren. Ich empfehle den herrschenden Eliten der Länder, die Pläne für den Einsatz ihrer Militärkontingente gegen Russland ausbrüten, dies ernsthaft in Erwägung zu ziehen.“

Einen Tag später legte Putin noch einmal nach und verkündete neben dem Serienbau der Oreschnik auch die bevorstehende Einführung einer „ganzen Reihe“ weiterer neuer Raketensysteme „kurzer

und mittlerer Reichweite“. Danach folgte wie fast immer in derartigen Situationen eine Wortmeldung des früheren russischen Präsidenten und derzeitigen stellvertretenden Leiters des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, via X. Unter Bildern vom Einschlag der Oreschnik schrieb der Putin-Vertraute: „Das wolltet ihr doch, oder? Da habt ihr's, verdammt nochmal. Einen Angriff mit einer Hyperschallrakete.“ Und die Moskauer Nachrichtenagentur TASS veröffentlichte einen sarkastischen Artikel mit dem Titel: „Das russische Verteidigungsministerium warnt: Eine Haselnussallergie ist unheilbar und tödlich.“

In der Tat sitzt der Schock in Kiew und den westlichen Hauptstädten ziemlich tief. Denn die Oreschnik stellt nun eine weitere Bedrohung dar. Bis Berlin würde die Rakete, die es den vorhandenen Abwehrsystemen ausnehmend schwer machen dürfte, eine Viertelstunde benötigen

und bis London oder Paris lediglich fünf Minuten mehr. Bei der ukrainischen Führung schien sogar Panik auszubrechen, wie der australische Fernsehsender ABC berichtete.

Die dramatischste Reaktion kam allerdings vom Chefredakteur des ukrainischen Militärnachrichtenportals Defence Express, Oleg Katkow: „Russlands Einsatz einer ballistischen ... Rakete könnte eine Generalprobe für einen Atomschlag gegen die Ukraine sein. Denn die Attacke simulierte einen Angriff ... mit einem Atomsprenghkopf.“ Das ist insofern richtig, als die sechs Gefechtsköpfe der Oreschnik keinen Sprengstoff enthielten, was nahelegt, dass der Abschuss der Rakete weniger dem Zweck diente, in Dnipro Schaden anzurichten, als eine Botschaft zu vermitteln. Auf jeden Fall scheint die Atomkriegsgefahr in Europa durch die Existenz der neuen Waffe nun größer geworden. Wolfgang Kaufmann

VON HERMANN MÜLLER

Als der EU-Rat Anfang Oktober für die Einführung von Strafzöllen auf chinesische Elektroautos stimmte, war dies eine Niederlage für den deutschen Bundeskanzler und ein Sieg für Frankreichs Präsident Macron. Olaf Scholz hatte die Zölle mit Blick auf die Handelsbeziehungen mit China eigentlich verhindern wollen.

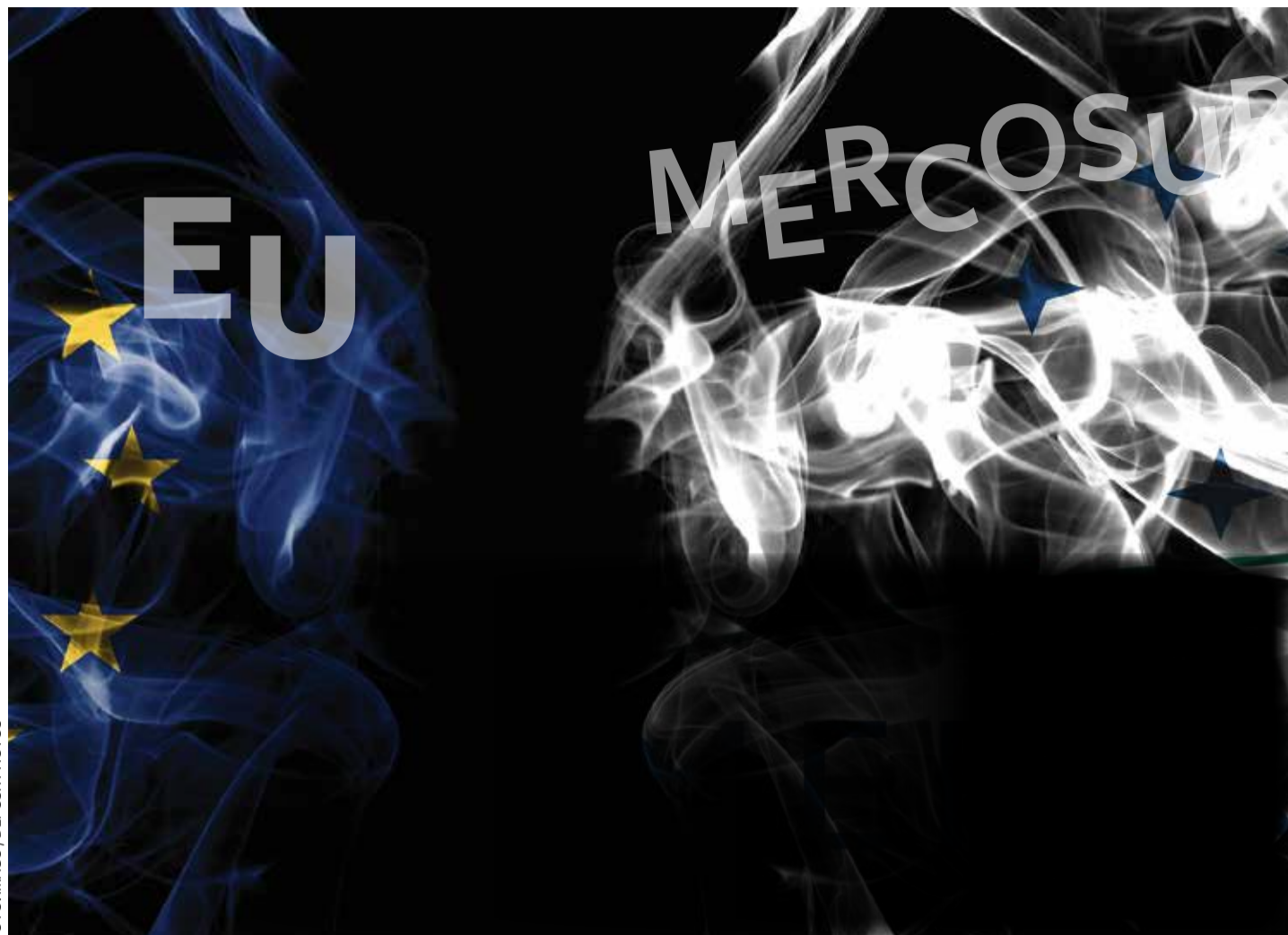
Beim EU-Freihandelsvertrag mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten droht nun allerdings Frankreichs Präsident eine Niederlage. Die EU hat seit 1999 über den Handelsvertrag mit den Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay, Bolivien und Uruguay verhandelt. Mittlerweile sind die Gespräche in der Schlussphase. Im Erfolgsfall entsteht eine Freihandelszone mit rund 750 Millionen Menschen. Seit Ende November versuchen Unterhändler der EU letzte Details des Abkommens zu klären. In Brüssel erwarten Beobachter, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den ausgehandelten Vertrag auf dem EU-Ratstreffen vom 18. bis 20. Dezember präsentieren wird.

Aber selbst mit ihrer Unterschrift ist der Vertrag dann noch immer nicht in trockenen Tüchern. Damit die europäisch-südamerikanische Freihandelszone tatsächlich starten kann, muss der EU-Rat der Staats- und Regierungschefs noch mit qualifizierter Mehrheit dem Vertrag zustimmen. Dazu sind die Ja-Stimme von mindestens 15 Staaten notwendig, die mindestens 65 Prozent der Bevölkerung in der EU repräsentieren.

Frankreichs Präsident Macron bemüht sich seit Monaten intensiv darum, eine Sperrminorität zu organisieren. Macron steht dabei unter massivem innenpolitischen Druck. Die Ablehnung des EU-Mercosur-Abkommens war bei den massiven Bauernprotesten zum Jahresanfang eine Kernforderung. Befürchtung der französischen Landwirte ist ein flächendeckendes Hofsterben, wenn ohne Zollschranken vor allem Rindfleisch aus Argentinien und Brasilien auf den europäischen Markt kommt. Kann der innenpolitisch angeschlagene Macron den Vertrag nicht stoppen oder Änderungen durchsetzen, kann dies aus Sicht vieler Beobachter vor allem Marine Le Pens Rassemblement National weiteren Aufwind verschaffen.

#### Klare Anti-Positionen

Bei seinem Vorhaben, den Handelsvertrag im EU-Rat zu stoppen, kann Macron auf Österreich und Polen zählen. Als größter Geflügelproduzent fürchtet Polen überwiegend negative Folgen durch den Handelsvertrag. Die Tusk-Regierung verabschiedete am 26. November eine Resolu-



Es ist abzuwarten, ob der Handelsvertrag zwischen den Mercosur-Staaten und der EU nur Schall und Rauch bleibt oder nicht

#### FREIHANDEL

## Der EU-Mercosur-Vertrag: ein Abkommen als Spaltpilz

Während Staaten wie Österreich und Polen negative Folgen befürchten, hofft Deutschland auf neue Absatzmärkte und auf den Bezug von Rohstoffen

tion, in der sie sich ganz klar gegen den Vertrag in seiner derzeitigen Form aussprach. In Österreich hatte das Parlament bereits 2019 die Ablehnung des Abkommens beschlossen. Im Frühjahr bestätigte Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig in Brüssel die Ablehnung Österreichs: „Landwirtschaft in Europa durch immer höhere Standards einzuschränken und gleichzeitig aus Übersee Rindfleisch und Zucker zu geringeren Standards zu importieren“, funktioniert nicht. Auch das niederländische Parlament hat eine Ablehnung des EU-Mercosur-Vertrages beschlossen. Zur Allianz der Gegner des Handelsvertrages gehört auch Irland.

Ob die Regierungen in Paris und Warschau das Abkommen im EU-Rat per Sperrminorität stoppen können, hängt stark davon ab, wie sich Italiens Regie-

rung entscheidet. Bislang zeigt sich Rom gespalten. Landwirtschaftsminister Francesco Lollobrigida, Schwager der Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, lehnt das Freihandelsabkommen ab. Vizepremier Tajani (Forza Italia) ist im Grunde für das Abkommen, will aber Nachbesserungen.

#### Abkoppeln von China

Zu den wichtigsten Befürwortern des Abkommens mit den Südamerikanern gehört neben Spanien auch die Bundesregierung. Zwar fordert der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, eine Neuverhandlung des Abkommens, für die Bundesregierung ausschlaggebend dürfte allerdings das Interesse der deutschen Industrie sein, die im Freihandelsvertrag vor allem große Chancen sieht. Dabei geht es um den Bezug von

Rohstoffen, aber auch um Absatzmärkte, etwa für die hiesigen Autobauer. Wichtige Märkte, die bislang deutsche Produkte abgenommen haben, sind weggebrochen oder durch Sanktionen und Handelskriege gefährdet. Der deutsche Handel mit Russland ist regelrecht kollabiert.

Bei den Wirtschaftsbeziehungen mit China drängen die EU-Kommission und die Biden-Administration auf eine immer stärkere Abkoppelung und Verringerung der Abhängigkeiten von China. Nach den Erfahrungen mit der ersten Trump-Ära muss die deutsche Wirtschaft damit rechnen, dass sich dieser Trend weiter verstärkt. Rechnen müssen hiesige Unternehmen in der neuen Trump-Regierungszeit ebenso mit Zollschranken, möglicherweise sogar einem Handelskrieg zwischen der EU und den USA.

#### ERDGAZ

## US-Investor will Nord Stream 2 AG kaufen

Der Trump-Unterstützer Stephen Lynch rechtfertigt seine Kaufabsicht mit den Interessen seines Landes

Obwohl ein Strang der Gasleitung noch benutzt werden könnte, steht die Betriebsgesellschaft für die beiden Nord-Stream-2-Röhren aufgrund der Anschläge gegen die Pipelines derzeit vor dem Konkurs. Da die zu einhundert Prozent dem russischen Gazprom-Konzern gehörende Nord Stream 2 AG ihren offiziellen Firmensitz im schweizerischen Kanton Zug hat, zeichnet das dortige Kantonsgericht für das Insolvenzverfahren zuständig. Dieses gewährte der Gesellschaft mehrfach eine Verlängerung der Frist für ihre Sanierung, doch am 10. Januar läuft sie nun unwiderruflich ab. Weil eine Umschichtung ihrer Schulden unwahrscheinlich ist, dürfte es dann zu einer Versteigerung der Aktiengesellschaft kommen.

Bei dieser Auktion will auch der US-amerikanische Investor Stephen Lynch

mitbieten. Wie das „Wall Street Journal“ berichtete, hat der Unternehmer bereits im Februar einen entsprechenden Antrag beim Office of Foreign Assets Control (OFAC) des Washingtoner Finanzministeriums gestellt, das unter anderem die Durchsetzung der Sanktionen gegen Russland überwacht.

Lynch verfügt über große unternehmerische Erfahrungen in Russland, wo er mit Monte Valle eine eigene Firma besaß und mit der staatlichen Erdölgesellschaft Rosneft zusammenarbeitete. Außerdem erwarb er 2022 die Schweizer Tochter der russischen Sber-Bank.

Über seine Motive sagte der Trump-Unterstützer und selbsternannte „amerikanische Patriot“ gegenüber dem „Wall Street Journal“: „Dies ist eine einmalige Gelegenheit ..., die europäische Energie-

versorgung für den Rest der Ära der fossilen Brennstoffe zu kontrollieren.“ Nach dem von ihm geplanten Kauf und der Umwandlung der Pipeline-AG in ein „amerikanisches Konsortium“ könnte die US-Regierung sicher sein, dass die Gesellschaft fortan nur noch die Interessen der USA verfolge.

Lynch macht keinen Hehl daraus, dass er an der „Derussifizierung“ von Nord Stream 2 persönlich verdienen will. Laut dem „Wall Street Journal“ hofft der Unternehmer, die Pipeline, „welche mit rund elf Milliarden Dollar bewertet wurde, für einen Cent pro Dollar erwerben zu können“. Das läge im Bereich des Möglichen, weil es „die schmackhafteste aller unattraktiven Optionen“ für Gazprom sei.

Ungeachtet der Beteuerungen Lynchs reagierte die Biden-Regierung skeptisch

auf das Kaufvorhaben. So sagte ein Sprecher des Weißen Hauses: „Nichts an einer Wiederbelebung von Nord Stream 2 liegt derzeit im Interesse der USA.“

Allerdings könnte der zukünftige Präsident Donald Trump die Angelegenheit in einem deutlich anderen Licht sehen. Denn er muss dringend Kompromisse mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin schließen, damit die essentiell wichtigen Uran-, Titan- und Nickel-Lieferungen Russlands an die Vereinigten Staaten auch in Zukunft nicht stocken.

In diesem Zusammenhang würde es sich anbieten, die Inbetriebnahme des unbeschädigten Stranges von Nord Stream 2 zu einem Teil der Verhandlungsmasse in den Gesprächen zwischen Washington und Moskau zu machen.

Wolfgang Kaufmann

#### MELDUNGEN

## US-Sanktionen gegen Gazprom

Washington – Das Finanzministerium der USA hat am 21. November ein Sanktionspaket verhängt, das sich gegen mehr als 50 russische Banken, über 40 russische Wertpapierregisterstellen und 15 russische Finanzbeamte richtet. Das Finanzministerium warnte zudem ausdrücklich, dass auch ausländische Finanzinstitute, die Verbindungen zu russischen Banken unterhalten, mit einem „erheblichen Sanktionsrisiko“ rechnen müssen. Von den Sanktionen betroffen sind nun auch die Gazprombank sowie Tochtergesellschaften der Gazprombank in Luxemburg und Zypern. Die Biden-Administration hatte die Gazprombank bislang von Sanktionen ausgenommen, damit europäische Länder für Lieferungen von russischem Gas bezahlen können. Wie das Wirtschaftsmedium Bloomberg berichtet, erhöht sich mit den Sanktionen gegen die Gazprombank das Risiko, dass einige mitteleuropäische Länder von russischen Gaslieferungen abgeschnitten werden. H.M.

## USA erlauben Ausnahmen

Washington – Während sich die meisten EU-Staaten strikt an die gegen Russland verhängten Sanktionen halten, haben die USA Lockerungen im Energiesektor genehmigt. Für Finanztransaktionen in diesem Bereich hat das US-Finanzministerium seine Ausnahmen von den Sanktionen gegen russische Banken bis zum 30. April 2025 verlängert. Sie betreffen sämtliche Transaktionen im Zusammenhang mit der Gewinnung, Produktion, Verarbeitung, Verflüssigung, Vergasung sowie dem Transport von Erdöl und Flüssigerdgas. Von den Sanktionen ausgenommen ist auch der Kauf von Rohstoffen wie Kohle, Holz oder Uran, die zur Energiegewinnung geeignet sind. Demzufolge sind Transaktionen mit der Russischen Zentralbank, der Sberbank, der VTB Bank, der Rosbank, Alfabank, der Vnesheconombank, der Sovcombank und einer Reihe anderer russischer Kreditinstitute erlaubt, die ansonsten den strengen Beschränkungen des Westens unterliegen. MRK

## Kritik aus der Reisebranche

Berlin – Vertreter der Reisebranche haben scharfe Kritik an der „Nationalen Tourismusstrategie“ vorgebracht, die Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck vor drei Jahren vorgestellt hat. Marija Linnhoff, Vorsitzende des Verbandes unabhängiger selbstständiger Reisebüros, erklärte gegenüber dem „Handelsblatt“: „Was da aus dem Wirtschaftsministerium gekommen ist, erscheint völlig planlos.“ Sven Liebert, Generalsekretär des Bundesverbandes der Deutschen Tourismuswirtschaft, spricht davon, dass der „große Wurf“ ausgeblieben sei. Laut einer Zwischenbilanz der Bundesregierung, die Mitte Oktober veröffentlicht wurde, liegt der Fokus der 27 Initiativen der „Nationalen Tourismusstrategie“ vor allem auf umweltpolitischen Maßnahmen. Fördern wollte Habecks Ministerium etwa Ladesäulen für E-Autos und E-Fahrräder, aber auch die ökologische Landwirtschaft. H.M.

## KOMMENTAR

Dreiecksbeziehung  
im Dauer-Clinch

VON HAGEN RITTER

Die Unionsparteien starten den nächsten Versuch, die deutsch-polnischen Beziehungen zu verbessern. Die Fraktionspitzen von CDU und CSU haben ihre routinemäßige Herbstkonferenz in diesem Jahr nach Warschau verlegt. Dort beschlossen die Unionspolitiker eine Erweiterung des Kooperationsformats „Weimarer Dreieck“ auf die Ebene der Länder und Regionen (siehe Seite 4). Möglicherweise gelingt es Landräten, Woiwoden und Bürgermeistern, woran die hohe Politik bislang gescheitert ist: an der nachhaltigen Verbesserung der Beziehungen, insbesondere zwischen Deutschland und Polen.

Als die Außenminister Frankreichs, Polens und Deutschlands Anfang der 90er Jahre das „Weimarer Dreieck“ verabredeten, war das Primärziel, Polen den Weg in NATO und EU zu ebneten. Nachdem diese Ziele erreicht waren, war aus Warschau ein etwas rauerer Ton zu hören. Zunehmend war die Erwartung zu spüren, wie eine europäische Großmacht behandelt zu werden.

Schnell vergessen war, wie stark sich die Bundesrepublik nach dem Fall des Eisernen Vorhangs für den Wiederaufstieg Polens eingesetzt hat. Anfang der 90er Jahre, als das postkommunistische Polen gegenüber westlichen Gläubigern die Zahlungsunfähigkeit eingestehen musste, erließ die Bundesregierung dem Land Schulden in Höhe von über neun Milliarden D-Mark. Schnell vergessen war bei polnischen Politikern auch, dass es Helmut Kohl war, der sich intensiv für eine schnelle Aufnahme Polens in NATO und EU ins Zeug gelegt hatte.

Als 2015 in Warschau die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) an die Macht kam, zog in die deutsch-polnischen Beziehungen sogar eine Eiszeit ein. Statt über eine engere Zusammenarbeit mit Berlin wurde bei der PiS über ein „Zwischeneuropa“ samt polnischer Führungsrolle nachgedacht. Zusätzlich belastet wurden die Beziehungen durch Reparationsforderungen in Höhe von 1,3 Billionen Euro. Nach der Abwahl der PiS Ende 2023 hatten nicht nur Unionspolitiker auf eine grundlegende Besserung der Beziehungen gehofft. Zwar ist der Ton, den Donald Tusk gegenüber

Deutschland anschlägt moderater, in der Sache setzt seine Regierung aber auch auf knallharte Interessenspolitik. Notfalls lässt man es auch auf Streit mit Berlin und eine Brüskierung der deutschen Regierung ankommen.

## Streitpunkt Handelsabkommen

Zu spüren bekommen hat dies kürzlich Annalena Baerbock. Das von ihr geführte Auswärtige Amt sah sich im November offenbar genötigt, Äußerungen des polnischen Außenministers Radosław Sikorski geradezurücken, dass „die fünf größten Länder der EU erstmals europäische Verteidigungsanleihen befürwortet haben“. Zudem sprach er davon, dass er eine Bereitschaft der größten Länder sehe, nach einer möglichen Reduzierung des US-Engagements „die Last der militärischen und finanziellen Unterstützung für die Ukraine zu teilen“. Eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes wies Sikorskis Darstellung mittlerweile deutlich zurück.

Sikorski war es auch, der als Oppositionspolitiker nach dem Anschlag auf die Nord-Stream-Pipeline gewittert hatte: „Thank you, USA!“ Auch Regierungschef Tusk hat sich inzwischen in Sachen Pipeline-Anschlag als wenig zimperlich herausgestellt. Kurz nach Bekanntwerden eines deutschen Haftbefehls gegen einen ukrainischen Tatverdächtigen twitterte Tusk: „An alle Initiatoren und Schirmherren von Nord Stream 1 und 2: Das Einzige, was ihr jetzt tun solltet, ist euch entschuldigen und still sein.“ Im Raum steht seitdem obendrein der Verdacht, dass polnische Behörden den verdächtigen Ukrainer gewarnt und die Flucht in die Ukraine ermöglicht haben.

Aktuell ist es ein drohendes Scheitern des EU-Handelsabkommens mit Südamerika, das zur Belastung für die Dreiecksbeziehung Frankreich-Deutschland-Polen wird. Mit Blick auf seine Landwirte lehnt Tusk das Freihandelsabkommen ebenso ab wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Scheitert das EU-Abkommen am Widerstand von Macron und Tusk, können diese möglicherweise bei ihren Landwirten punkten. Großer Verlierer ist dann aber Deutschlands angeschlagene Industrie, die neue Absatzmärkte in Südamerika gut gebrauchen kann.



Eine Beleidigung nimmt Fahrt auf: Graffiti an einer Münchener S-Bahn

Foto: pa/Jens Niering

## ANALYSE

## Majestät ist beleidigt

ROBERT MÜHLBAUER

In den vergangenen Wochen kam, angestoßen durch die „Schwachkopf-Affäre“, ans Licht der Öffentlichkeit, wie leicht deutsche Politiker zu beleidigen sind. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck schickte die Staatsanwaltschaft los, weil ein Rentner in Franken ihn im Internet mit einer Shampoo-Werbepersiflage als „Schwachkopf Professional“ bezeichnet hatte. Um sechs Uhr morgens klingelte die Polizei am Haus des Rentners und konfiszierte digitale Endgeräte.

Auch Bundeskanzler Olaf Scholz ist offenbar mimosenhaft empfindlich. Einem Mann, der in einer Telegram-Chatgruppe zu Scholz die Worte „Was ein Idiot“ geschrieben hatte, wurde ein Strafbefehl über 1200 Euro zugeschickt. Die Beleidigung würde „das Wirken des Herrn Olaf Scholz als Bundeskanzler erheblich beeinträchtigen“, seine Lauterkeit infrage stellen und „sein Handeln beeinflussen“, schrieb die Staatsanwaltschaft. Eine kurze flapsige Bemerkung in einer Online-Gruppe soll „das Wirken des Bundeskanzlers erheblich beeinträchtigen“?

Es klingt absurd – folgt aber der Logik des Paragrafen 188 des Strafgesetzbuchs

(StGB). Während der Corona-Zeit hat die damalige Große Koalition ein neues Sonderrecht eingeführt, das Politikerbeleidigung extra schwer ahndet. Der Paragraf 188 sieht nun bis zu drei Jahre Gefängnisstrafe oder Geldstrafe vor. Die Strafverfolgungsbehörden ermitteln „von Amts wegen“ – nicht nur auf Antrag des betroffenen Politikers. Zahlreiche Staatsanwal-

800 Strafanträgen. Auch SPD-, FDP- und CDU-Politiker stellen fleißig Strafanträge. Jede Anzeige bürden den ohnehin stark überlasteten Justiz- und Polizeibehörden zusätzliche Arbeit auf.

Keine Frage: Es gibt – gerade im Internet – krasse Beleidigungen und Bedrohungen, die geahndet werden müssen. Aber „Schwachkopf“ oder „Idiot“ sind wohl am untersten Rand der strafbaren Ausdrücke. Die Klagewelle gegen Bürger dient hier nur der Einschüchterung.

Und nun will die SPD-Justizministerin von Niedersachsen den Paragrafen 188 StGB auch noch verschärfen beziehungsweise die Hürde für die Strafverfolgung senken. Die bisherige Bedingung, dass „das öffentliche Wirken“ des Politikers „erheblich erschwert“ wurde, soll wegfallen. Das schafft eine reine Zweiklassen-Justiz: Beleidigungen gegen Politiker wären per se eine andere Kategorie als Beleidigungen gegen „normale“ Bürger.

Nicht wenige Verfassungsrechtler hielten ein solches Sonderrecht für grundgesetzwidrig. Denn ein Kernsatz des Rechtsstaates lautet, dass vor dem Recht alle Bürger gleich sind. Sondergesetze für Politiker erinnern fatal an Strafen wegen „Majestätsbeleidigung“, die in vordemokratischen Zeiten üblich waren.

Die Klagewelle gegen  
Bürger dient nur der  
Einschüchterung

schaften sind nun damit beschäftigt, das Internet nach irgendwelchen mehr oder weniger gravierenden Beleidigungen zu durchforsten.

Die Zahl der Verfahren hat drastisch zugenommen. Wie die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ durch Anfragen bei den Länderjustizministerien recherchierte, haben Politiker seit 2021 weit mehr als 6000 Strafanzeigen gestellt. Anzeigenkönig ist Robert Habeck mit mehr als

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Juli 2024:  
Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 4,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:**  
redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**  
www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

## PORTRÄT

## Ein Elon Musk für die EU?

„Kommissar für Wirtschaftlichkeit und Produktivität sowie Umsetzung und Vereinfachung“ – diese Funktion klingt eher nach EU-typischer Komplizierung statt Vereinfachung. Tatsächlich soll das neu geschaffene Amt des EU-Kommissars eine nebulöse Aufgabe erfüllen: die nach mehr wirtschaftlicher Produktivität sowie gleichzeitig für weniger Bürokratie.

Diese Doppelrolle in der neuen Europäischen Kommission unter Ursula von der Leyen übernimmt der frühere lettische Ministerpräsident Valdis Dombrovskis, der damit unter den Brüsseler Regulierungsbeamten sozusagen zum Elon Musk wird. Denn ähnlich wie beim US-Milliardär sowie visionären Chef des E-Autoherstellers Tesla und des Raumfahrtunternehmens SpaceX, der unter dem künftigen US-Präsidenten Donald Trump für Bürokratieabbau sorgen soll, ist es Dombrovskis zukünftige Aufgabe, das Brüsseler Paragrafen-Monster mit sei-

nen wirren Regeln und Vorschriften ein wenig zu verschlanken.

Man kann sich vorstellen, was dabei unter einem altgedienten Politiker, der seit 2014 im EU-Parlament der Europäischen Volkspartei angehört, herauskommt: wahrscheinlich noch mehr Gesetze, um andere Gesetze abzumildern. Mit seinem Ressort dürften nur zusätzliche Bürokratie und weitere gut bezahlte Jobs für verdiente EU-Mitarbeiter entstehen.



EU-Kommissar Valdis Dombrovskis

Unternehmer können nur darauf hoffen, dass der 53-jährige Lette, der zuvor Kommissar für den Finanzmarkt sowie für den Handel war, den Bürokratie-dschungel lichten kann. Erster Härtestet wird das „Entwaldungsgesetz“ sein, das Anfang 2025 eingeführt werden soll und mit dem Unternehmen verpflichtet werden nachzuweisen, dass für ihre Produkte wie Kautschuk, Rindfleisch oder Kakao keine Regenwälder gerodet wurden. Diese Nachweispflicht würde die Betriebe zeitraubende Ressourcen kosten.

Der von 2009 bis 2013 amtierende lettische Regierungschef hat einen Vorteil: Er ist von Haus aus kein gesetzestwütiger Jurist. Als Physiker – unter anderem war er in den 1990er Jahren Laborassistent an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz – hat er einen anderen Blick auf die Realität. Das könnte ein Hoffnungsschimmer sein, um dem Bürokratie-Kracken der EU einige Arme abzuschlagen. H. Tews



## „ADVENTSKRANZ“

## Eine Münze zum dritten Advent

Im Rahmen der Serie „Weihnachten“ ist in diesem Jahr die 25-Euro-Sammlermünze „Adventskranz“ erschienen. Die Gesamtauflage der Münze beträgt ungefähr 700.000 Stück. Sie ist in der Umlaufqualität „Stempelglanz“ zum Nennwert von 25 Euro in den Filialen der Deutschen Bundesbank sowie bei vielen Banken und Sparkassen erhältlich. Die Ausgabe der Münze in der Sammlerqualität „Spiegelglanz“ erfolgt über die „Münze Deutschland“ ([www.muenze-deutschland.de](http://www.muenze-deutschland.de)).

Die Münze besteht aus Feinsilber und wird als sogenannte Tellerprägung gefertigt. Bei dieser besonderen Prägetechnik weist der Münzgrund – ähnlich einem Teller – eine konkave Vertiefung auf und ermöglicht so eine plastischere Darstellung des Motivs.

Auf der Bildseite ist neben dem umlaufenden Schriftzug „ADVENTSKRANZ“ ein solcher von schräg oben zu sehen. Es handelt sich um einen heute in Deutschland üblichen immergrünen Tannenkranz mit vier Kerzen, von denen passend zum dritten Advent am 15. Dezember drei brennen. Allerdings sind auf der rechten Seite des Kranzes die Tannenzweige durch den entsprechenden Teil eines Wagenrades ersetzt. Damit wird auf die Geschichte des Adventskranzes verwiesen.

Der erste Adventskranz wurde 1839 von dem Theologen, Erzieher, Sozialpädagogen und Gefängnisreformer Johann Hinrich Wichern im „Rauhen Haus“, einer von ihm gegründeten Erziehungsanstalt für verwaiste und verlorne Kinder in Hamburg, aufgehängt. Er bestand aus einem Wagenrad mit 24 Kerzen und sollte den Waisen die Zeit bis Weihnachten verkürzen.

Über dem Adventskranz ist ein Kommet im Universum zu sehen. Damit soll der Brauch vom vorweihnachtlichen Adventskranz mit dem Stern von Bethlehem und der Geburt Jesu verbunden werden.



Bild- und Wertseite der 25-Euro-Sammlermünze „Adventskranz“

Das Motiv der Münze stammt von dem 1955 in Baden-Baden geborenen sowie heute noch in der Stadt lebenden und arbeitenden Medailleur Victor Huster. Der Träger des von der Deutschen Gesellschaft für Medaillenkunst und der Stadt Suhl verliehenen Deutschen Medailleurpreises gestaltete auch die Fünf-D-Mark-Gedenkmünze „10 Jahre Umweltkonferenz der Vereinten Nationen“ aus dem Jahre 1982 sowie die Zehn-Euro-Gedenkmünzen „100 Jahre Deutsches Museum München“ von 2003, „100 Jahre Deutsche Nationalbibliothek“ von 2012 und „300 Jahre Fahrenheit-Skala“ von 2014.

Die Wertseite zeigt einen Adler, den Schriftzug „BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND“, Wertziffer und Wertbezeichnung, das Prägezeichen „F“ der Staatlichen Münzen Baden-Württemberg, Prägestätte Stuttgart, die Jahreszahl 2024 sowie die zwölf Europasterne. PAZ

## KURFÜRST CARL THEODOR

## Durch Erben vereinigte der Wittelsbacher Bayern und die Pfalz

Als „faulen Kerl und Glücksschwein“ bezeichnete Friedrich der Große den vor 300 Jahren auf Schloss Drogenbos bei Brüssel geborenen ersten Landesherrn von Kurpfalz-Bayern

VON JÖRG KOCH

Vor 300 Jahren, am 11. Dezember 1724, wurde Carl Theodor auf dem Schloss Drogenbos bei Brüssel in den Habsburgischen Niederlanden geboren. Schlossherrin war seine Urgroßmutter, die Herzoginwitwe Maria Henrietta von Arenberg geborene del Caretto, Marquise von Grana und Savona, eine Tochter des spanischen Statthalters Otto de Grana. Sein Vater, dessen erster und einziger ehelicher Sohn er war, war Johann Christian von Pfalz-Sulzbach. Dieser entstammte einer unbedeutenden Nebenlinie des Fürstentums Pfalz-Zweibrücken, war Herzog eines kleinen Territoriums von rund 1500 Quadratkilometern, dessen Hauptstadt Sulzbach in der Oberpfalz war. Trotz ihrer zerstreut liegenden Besitztümer entwickelte sich diese Herrscherlinie zu einem der mächtigsten europäischen Fürstentümer im 18. Jahrhundert, da ihre Angehörigen in führende Herrscherhäuser einheirateten, und dank ansehnlicher Erbschaften.

Johann Christian hatte 1722 mit der 13-jährigen Maria Anna Henriette Leopoldine de La Tour d'Auvergne eine gute Partie gemacht. Die Großnichte des französischen Heerführers und Marschalls von Frankreich Henri de La Tour d'Auvergne, Vicomte de Turenne, war eine finanziell lukrative Markgräfin in Holland mit namhaften Vorfahren.

Kurz vor ihrem 20. Geburtstag verstarb sie, und Carl Theodor wurde von seiner Urgroßmutter erzogen. Seine Muttersprache war Französisch. Erst mit sechs Jahren lernte er Deutsch. Es folgten Italienisch, Latein und Englisch. Das heißt, dass er für seine Zeit sehr gebildet war. Erzogen wurde er im katholischen Glauben.

1729 starb Carl Theodors im 35. Lebensjahr stehender Onkel Joseph Karl überraschend an „hitzigem Gallenieber“, wohl Typhus, ohne einen ehelichen Sohn zu hinterlassen. Dessen Nachfolger als Erbprinz von Pfalz-Sulzbach wurde deshalb dessen nächstälterer Bruder, Carl Theodors Vater Johann Christian. Nach der Wittelsbacher Hausunion von 1724 sah es so aus, dass dieser auch Pfalz-Neuburg, Jülich und Berg sowie eines Tages die Kurpfalz erben würde. Das waren höchst unterschiedliche Regionen in den Niederlanden, am Niederrhein, an der Donau und am Oberrhein.

Doch 1733 verstarb Johann Christian und Carl Theodor stellte nun selbst auf dem Heiratsmarkt eine glänzende Partie dar. Um seine Erziehung kümmerte sich nun sein Taufpate, ein entfernter Großonkel, der 1661 geborene Kurfürst Carl III. Philipp von der Pfalz. 1720, mit der Verlegung der Residenz von Heidelberg nach Mannheim, hatte er den Grundstein für das imposante Barockschloss gelegt. Er hatte fünf Töchter, doch keinen legitimen männlichen Erben. Daher bestimmte er den jungen Carl Theodor zu seinem Nachfolger.

## Erbe von Carl Philipp von der Pfalz

Bereits im Jahr zuvor hatte ihn Carl Philipp mit dessen ältester Enkelin, der 1721 geborenen Elisabeth Augusta, verlobt. Die Hochzeit zwischen Cousine und Cousin fand im Januar 1742 statt. Da war Carl Theodor 17 Jahre jung.

Kein Jahr später starb der alte Kurfürst. Neuer Regent wurde Carl Theodor. Er und seine Frau lebten im Luxus. Es mangelte ihnen an nichts – abgesehen von



Geschätzter in der Pfalz als in Bayern: Der „Herr der sieben Länder“ Carl Theodor

gegenseitiger Zuneigung. 19 Jahre nach der Hochzeit kam der ersehnte Stammhalter auf die Welt. Doch er verstarb nach wenigen Stunden. Danach gingen beide ihre eigenen Wege.

Im Sinne der Aufklärung entwickelte sich die Kurpfalz zu einem kulturellen Zentrum am Oberrhein. In diesen Jahren entstanden prachtvolle Barockbauten, Mannheim galt als schönste Stadt Deutschlands. Der Kurfürst, selbst Flötist, schmückte seine Residenz mit einem wahren Musenhof von europäischem Rang. Höchste Bewunderung galt seinen Hofmusikern, die als „Mannheimer Schule“ in die Musikgeschichte eingingen. Gerne wäre Wolfgang Amadeus Mozart hier Hofmusiker geworden, doch der Herrscher lehnte seine Bewerbung ab.

Carl Theodor musste gemäß verschiedener Hausverträge nach dem Tod des kinderlosen Kurfürsten Max III. Joseph von Bayern 1777 nach München übersiedeln und dort die Regentschaft übernehmen. Beim Abschied aus Mannheim meinte er: „Jetzt sind meine guten Tage vorbei.“ Nun war er „Herr der sieben Länder“ (Sulzbach, Bergen op Zoom, Pfalz-Neuburg, Jülich, Berg, Kurpfalz und Bayern). Nicht durch Kriege, sondern durch Erbschaften hatte er sein Territorium vergrößert. Daher soll ihn Friedrich der Große als „faulen Kerl und Glücksschwein“ bezeichnet haben.

Mit der Verlegung seiner Residenz war zwar die pfälzische Kurwürde erloschen, doch der neue Doppelstaat Kurpfalz-Bay-

ern war nun der drittgrößte Länderkomplex innerhalb des Reiches. Für Mannheim bedeutete dieser Machtgewinn das Ende einer jahrzehntelangen Blütezeit. Immerhin bot Carl Theodor seinen Untertanen als Ersatz für die höfischen Veranstaltungen die erste „deutsche Nationalschau Bühne“, aus der das heutige Nationaltheater hervorgegangen ist. Der Spielbetrieb begann dort 1777, und im Januar 1782 wurde Friedrich Schillers Drama „Die Räuber“ uraufgeführt.

## Erbe von Max III. Joseph von Bayern

Außerdem entstand unter Carl Theodor die Sammlung antiker Skulpturen, eine Hebammenschule wurde als Folge des frühen Todes seines Sohnes gegründet und die 1755 gegründete Frankenthaler Porzellanmanufaktur wurde ausgebaut. Die hochwertigen Stücke konnten zu ihrer Zeit mit dem „weißen Gold“ aus Meißel und Berlin (KPM) konkurrieren.

Aufgrund dieser Leistungen wundert es nicht, dass seine Untertanen den Wechsel nach München bedauert haben. Ebenso kann es kaum überraschen, dass die Bayern ihn weniger schätzten, hat er doch – erst wenige Jahre Kurfürst in München – beabsichtigt, ganz Bayern gegen die in der Nähe seiner rheinischen Territorien gelegenen Habsburgischen Niederlande mit der Haupt- beziehungsweise Residenzstadt Brüssel zu tauschen. Er hatte auf ein neues mittel- und niederrheinisches Königreich Burgund gehofft, für das ihm der Habsburgerkaiser Joseph II. den Titel „König von Burgund“ zugesichert hatte. Bei diesem Tauschgeschäft hätte auch Bayerns Nachbar Österreich profitiert, doch der Widerstand anderer Landesherren, nicht zuletzt Friedrichs des Großen, war zu groß, sodass dieses Vorhaben nicht verwirklicht wurde. Damit blieb Bayern-Pfalz weiterhin kein geschlossenes Territorium.

Nach dem Tod seiner Frau Elisabeth Augusta heiratete Carl Theodor 1795 die erst 18-jährige Maria-Leopoldine von Österreich-Este. Die aber lehnte jeden Kontakt zu dem über 50 Jahre älteren Mann ab. Auch diese Ehe blieb kinderlos. Allerdings hatte Carl Theodor aus vier verschiedenen Beziehungen acht uneheliche Nachkommen.

Am 16. Februar 1799 verstarb er mit 74 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls in der Münchner Residenz. Er wurde in der Theatinerkirche beigesetzt. Sein Herz befindet sich in der Gnadenkapelle Altötting.

Nachfolger wurde ein Verwandter des Hauses Pfalz-Birkenfeld: Kurfürst Max IV. Joseph, ab 1806 als Max I. Joseph erster König Bayerns. Mit Carl Theodors Ende war auch die Geschichte der Kurpfalz beendet. Bereits 1798 waren infolge der Französischen Revolution die linksrheinischen Gebiete an Frankreich gefallen, die rechtsrheinischen Teile gingen mehrheitlich an Baden. Mit der territorialen Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress kam die ehemals bayerische Pfalz wieder an Bayern, zunächst bayerischer Rheinkreis genannt, dann Rheinpfalz. Hauptstadt war Speyer.

Die Trennung erfolgte erst mit der Gründung der Bundesländer nach dem Zweiten Weltkrieg. Seit 1946 gehört die Pfalz statt zu Bayern zum neugeschaffenen Bindestrichstaat Rheinland-Pfalz. Doch die Kurpfalz hat als Bezeichnung für die Metropolregion Rhein-Neckar mit den Städten Heidelberg und Mannheim überlebt.

## BIOGRAPHIE

# Der Vater des Ostpreußischen Jagdmuseums

Mit seiner Gründung legte Forstmeister Hans-Ludwig Loeffke die Wurzeln des heutigen Landesmuseums in Lüneburg

VON HORST BUSCHALSKY

Vor 60 Jahren wurde das Ostpreußische Jagdmuseum „Wald, Wild, Pferde“ in Lüneburg von Forstmeister Hans-Ludwig Loeffke gegründet, aus dem das heutige Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung hervorgegangen ist. Loeffke konnte diese positive Entwicklung nicht mehr erleben, denn er starb am 11. Dezember 1974. In einer Gedenkveranstaltung am 6. Dezember würdigt der Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung e.V. die Museumsgründung und ihren Spiritus rector.

Nach Kindheit und Jugend besuchte er am 3. Mai 1906 in Tilsit an der Memel geborene Ostpreuße Loeffke das staatliche Gymnasium seiner Geburtsstadt, an dem er im Jahre 1925 das Zeugnis der Reife erhielt. In seine Schulzeit fallen der Erste Weltkrieg und dessen Folgen.

Nach dem Abitur entschied er sich – anders als sein Vater – nicht für das Jura-Studium, sondern für das der Forstwissenschaften. Hierin drückt sich eine enge, intensive Verbundenheit mit der Natur, dem Leben auf dem Lande sowie Wald und Wild schon damals bei der Berufswahl aus. Er wurde also Forstmann aus Neigung und Berufung.

Obwohl an der Albertina das Forststudium nicht möglich war, schrieb er sich an der Universität der ostpreußischen Hauptstadt ein. Er wählte mit Rechtswissenschaften das Studienfach seines Vaters. Dieses tat er sicherlich auch aus Familien- und Corps-studentischer Tradition und deshalb aus Überzeugung, aber primär, um die für das forstwissenschaftliche Studium notwendigen juristischen Kenntnisse zu erwerben. Dieses geschah im Wintersemester 1925/26.

Nach drei Semestern in Königsberg wechselte er im Sommersemester 1927 in das brandenburgische Eberswalde, um an der dortigen Forstlichen Fakultät der Universität Berlin sein eigentliches Studium, nämlich das der Forstwissenschaften, aufzunehmen. Dieses schloss er vier Jahre später mit dem ersten Staatsexamen ab.

Danach absolvierte Loeffke den forstlichen Vorbereitungsdienst, also die Refe-

rendanzzeit für den höheren preußischen Forstdienst. Hierzu war er unter anderem in Allenstein und Potsdam eingesetzt. Die Große Forstliche Staatsprüfung, das zweite Staatsexamen bestand er 1934 in Berlin. Er wurde danach in den preußischen Staatsdienst übernommen.

## Eröffnung eines Jagdmuseums

Den Zweiten Weltkrieg hat Loeffke von Anbeginn mitgemacht, bis er in britische Kriegsgefangenschaft geriet, aus der er bereits im Juni 1945 nach Lüneburg entlassen worden ist. Dort ist er, der wie alle Vertriebenen nicht in seine angestammte Heimat zurückkehren konnte, dann geblieben.

Nach dem Krieg war es für viele, vor allem jüngere Forstleute im Westen äußerst schwierig Fuß zu fassen, weil es eine personelle Überbesetzung durch die zahlreichen vertriebenen Forstleute aus dem Osten gab. Viele fanden in den neu gegründeten Länderforstverwaltungen keine Anstellung mehr. Die Laufbahn eines preußischen Forstbeamten war mit dem Ende des Krieges beendet, eine Neuanstellung beim niedersächsischen Landesforstamt in Sarstedt bei Hannover schwierig.

Der tiefe Einschnitt, den das Jahr 1945 auch im Leben von Loeffke bedeutete, führte aber letztlich dazu, dass er zum Begründer des Ostpreußenmuseums in Lüneburg wurde. Er fühlte sich unverbrüchlich seiner ostpreußischen Heimat verpflichtet, die er für sich auch niemals abgeschrieben hat. Ihr widmete er sein Lebenswerk, als welches das Ostpreußenmuseum mit Fug und Recht bezeichnet werden kann.

Loeffke engagierte sich aber auch selbstlos für seine Landsleute, die mit ihm zusammen die geliebte Heimat verloren hatten. So gründete er 1948 mit anderen Persönlichkeiten zusammen die Landsmannschaft Ostpreußen auf Bundesebene und in Niedersachsen den Landesverband des Bundes der Vertriebenen. Daneben verfolgte er aber immer mit großer Akribie das „Grüne Ostpreußen“, wie er selbst sagte.

1953 legte er auf dem Treffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Bochum den Keim für sein späteres Ostpreußenmuseum, indem er eine „Ostpreußische Jagdausstellung“ organisierte, die so viel



Vor einem halben Jahrhundert verstorben: Hans-Ludwig Loeffke.

Foto: privat

Anerkennung fand, dass sie ein Jahr später auf der Internationalen Jagdausstellung in Düsseldorf wiederholt wurde. Nach diesen unerwartet erfolgreichen Ausstellungen reifte dann bei Loeffke offensichtlich die Idee für ein „Ostpreußisches Jagdmuseum“ in Lüneburg.

1956 wurde der Verein „Ostpreußisches Jagdmuseum – Wild, Wald und Pferde Ostpreußens“ gegründet. Das Symbol

des Vereins war naheliegenderweise der Elch. Dieser Verein besteht noch heute und ist als Trägerverein auch des heutigen Ostpreußischen Landesmuseums tätig.

## Neueröffnung nach einem Brand

Loeffke entwickelte eine rege Sammlertätigkeit und konnte dann – damals auch tatkräftig von der Stadt Lüneburg unterstützt – am 7. Dezember 1958 im Gebäude des

„Alten Kaufhauses“ seine Idee verwirklichen und ein Jagdmuseum eröffnen. Allerdings ging nur ein Jahr später das Museum – durch einen Serienbrandstifter angezündet – bereits wieder in Flammen auf. Unter Lebensgefahr konnte Loeffke nur wenige Exponate vor der Vernichtung retten.

Der Rückschlag führte aber bei Loeffke nicht etwa zur Resignation, sondern er packte das einmal begonnene Projekt eines „grünen“ Museums im Angedenken an und als Mahnung für die Heimat Ostpreußen erneut tatkräftig an. Von Neuem wurde er durch die Stadt Lüneburg unterstützt, und in der Salzstraße wurde dann im Oktober 1964, also fast sieben Jahre nach dem fürchterlichen Brand, ein neues Ostpreußenmuseum eröffnet. Dieses hatte im Wesentlichen den Impetus eines Gedenkforums. An wissenschaftliche Museumsarbeit wie heute im Ostpreußischen Landesmuseum war damals noch gar nicht zu denken. Es ging um Mahnung und Gedenken an Ostpreußen, eine Heimstatt für die vertriebenen Ostpreußen, die das fraglos auch so empfunden haben. 1965 wurde zur Förderung des Jagdmuseums der „Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum e.V.“ gegründet, der sich im Jahr 1989 den Zusatz „Hans-Ludwig-Loeffke-Gedächtnisvereinigung“ gab.

Ein Jahr nach Gründung des Fördererkreises kam ein weiterer Unterstützungsverein hinzu, nämlich der der „Freunde des Ostpreußischen Jagdmuseums – Wild, Wald und Pferde Ostpreußens e.V.“. Somit war ein Gerüst errichtet, das heute noch standhält und das Erbe des Gründers bewahrt.

1969 und 1974 konnte das Ostpreußenmuseum Erweiterungen erfahren. 2025 folgt mit dem „Kant-Bau“ eine weitere. Die ursprüngliche Thematik „Wild, Wald, Pferde“ war längst überschritten. Einen Monat nach der zweiten Erweiterung des Museums an der Salzstraße starb am 11. Dezember 1974 Hans-Ludwig Loeffke. Seiner Intention entsprechend erhielt sein Museum dann den erweiterten Namen „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum“. Heute heißt es „Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung“ und ist von einem „Grünen Ostpreußenmuseum“ zu einem Museum für die gesamte Kultur Ostpreußens gewachsen.

## ZEITGESCHICHTE

# Wie Kanada zu seiner Flagge kam

Vor 60 Jahren beschloss das Parlament den Wechsel von der Canadian Red Ensign zur Maple Leaf Flag

Seit der Flottenreform von 1652 verfügte die Royal Navy über drei Hauptflotten. Eine war für Europa zuständig und führte als Seekriegsflagge die White Ensign, die heutige Seekriegsflagge. Die zweite war für Westindien, also die Karibik und den Nordatlantik, zuständig und führte die Red Ensign, die heutige Handelsflagge. Und die dritte war für Ostindien, sprich den Südatlantik, den Pazifik und den Indischen Ozean, zuständig und führte die Blue Ensign, die heutige Dienstflagge zur See. Diverse britische Territorien in Übersee erhielten als Flagge die Red oder die Blue Ensign mit einem speziellen Wappen oder Erkennungszeichen an zentraler Stelle. Im Falle Kanadas war es die Red Ensign mit dem kanadischen Wappen.

Im Jahre 1921 erklärte der britische König George V. das Rot der Red Ensign, das mit dem des britischen Union Jack und des englische Georgskreuzes

identisch ist, sowie das Weiß der Bourbonen, des französischen Königshauses, zu den Nationalfarben Kanadas. Damit trug er der Zusammensetzung der kanadischen Bevölkerung aus Englisch- und Französischstämmigen und -sprachigen Rechnung.

Ebenfalls 1921 ersetzte George V. das bisherige aus Symbolen der einzelnen kanadischen Provinzen zusammengesetzte Wappen durch ein neues. Dieses unterschied sich vom britischen durch fast nur eine Besonderheit, ein zusätzliches weißes Feld mit drei Ahornblättern an einem Stengel. Ahornsirup ist bis heute ein typisch kanadisches Produkt, und das Ahornblatt (Maple Leaf) gilt seit dem 18. Jahrhundert als typisch kanadisch.

Die drei Ahornblätter hatten zuerst ein natürliches Grün. 1957 wechselten sie dann zum kanadischen Rot. Mit dem roten Ahornblatt auf weißem Grund lag

somit bereits damals ein zentrales Element der heutigen kanadischen Flagge, der Maple Leaf Flag, vor.

Ähnlich wie in Australien und Neuseeland, deren Nationalflaggen auf dem Blue Ensign beruhen, kam auch in Kanada im Zuge der Emanzipation vom ehemaligen Mutterland der Wunsch nach einer neuen Flagge ohne den Union Jack im linken oberen Eck auf. Insbesondere die starke französischstämmige und -sprachige Minderheit kritisierte den starken Bezug zu Großbritannien.

Bei der kanadischen Unterhauswahl 1963 lösten die Liberalen die Progressiv-Konservativen als stärkste Kraft ab und bildeten eine Minderheitsregierung. Während die Progressiv-Konservativen an der Canadian Red Ensign festhielten, hatte der Führer der Liberalen und neue Premier, Lester Pearson, im vorausgegangenen Wahlkampf versprochen, dass Kanada im Falle eines Sieges seiner Par-

tei innerhalb von zwei Jahren eine neue Flagge erhalte.

Entsprechend dem Staatswappen schlug er drei rote Ahornblätter auf weißem Grund vor sowie am linken und am rechten Rand je einen schmalen senkrechten blauen Streifen. Diese blauen Streifen sollten den Pazifik und den Atlantik symbolisieren, zwischen denen Kanada liegt, entsprechend dessen Landesmotto „From Sea to Sea“. Damit zeigte dieser sogenannte Pearson-Wimpel nicht nur die Farben des Union Jack, sondern auch die der ebenfalls senkrechte Streifen aufweisenden Trikolore der Französischen Republik.

Das empfanden probritische konservative Royalisten als Provokation. Die Lösung bestand schließlich in einem Kompromiss. Die blauen Streifen wurden durch rote ersetzt. Des Weiteren wurden die Seitenstreifen derart verbreitert, dass das weiße Feld dazwischen quadratisch

wurde; und auf diesem lag nun statt dreien nur noch ein einzelnes Ahornblatt.

Vor 60 Jahren, am 15. Dezember 1964 um 2.25 Uhr in der Frühe, fand der Kompromissentwurf mit 163 zu 78 Stimmen die entscheidende Mehrheit. Zwei Tage später gab der Senat seine Zustimmung. Am 28. Januar des Folgejahres verkündete Königin Elisabeth II. als Staatsoberhaupt die neue Flagge. Im selben Jahr wurde Letztere am 15. Februar, der deshalb seit 1996 als Nationalflaggentag gilt, mit dem Hissen auf dem Parliament Hill in Ottawa offiziell eingeführt.

Damit hat Kanada nun eine Flagge ohne den britischen Union Jack, aber in den auf den britischen König George V. zurückgehenden traditionellen kanadischen Nationalfarben. Und im Zentrum prangt mit dem Ahornblatt das über die Partei-, Nationalitäten- und sonstigen Lagergrenzen anerkannte Symbol des Landes.

Manuel Ruoff



VON WOLFGANG KAUFMANN

Artikel in medizinischen Fachzeitschriften entscheiden nicht selten über Leben und Tod. Werden Behandlungsverfahren, Medikamente und Impfstoffe unter Verweis auf durchgeführte Studien als sicher und wirksam bezeichnet, dann steht einer groß angelegten Verwendung kaum noch etwas im Wege. Daher sollten die Veröffentlichungen streng objektiv daherkommen und keinesfalls von der Pharmaindustrie gekauft worden sein. Doch in der Realität ist nicht selten das Gegenteil der Fall, wie zwei bemerkenswerte Aufsätze im „Journal of the American Medical Association“ („JAMA“) und „Journal of Political Economy“ („JPE“) belegen.

Im „JPE“ erschien im Oktober ein Beitrag von Tamar Oostrom von der Ohio State University in Columbus, unter dem Titel „Förderung klinischer Studien und gemeldete Arzneimittelwirksamkeit“. Darin weist die Autorin auf der Grundlage ihrer Analyse von 500 Studien über den Nutzen von Antidepressiva und Antipsychotika nach, dass von Herstellern bezahlte Studien von einer bis zu 50 Prozent höheren Wirksamkeit der Medikamente im Vergleich zu unabhängig finanzierten Testreihen berichten.

Als Beispiel nannte sie Effexor, ein Mittel gegen Depressionen von der Firma Wyeth, die inzwischen von Pfizer übernommen wurde. Bei zwölf von 14 Studien, die Wyeth sponserte, schnitt Effexor besser ab als das wichtigste Konkurrenzprodukt Prozac vom Hersteller Eli Lilly. In anderen Untersuchungen, bei denen das Geld nicht von Wyeth kam, zeigte sich Effexor hingegen nur in einem von drei Fällen Prozac überlegen.

#### Die Macht des großen Geldes

Mit Blick hierauf spricht Oostrom von einem Sponsoring-Effekt. Dieser kann aus verschiedenen Ursachen resultieren. So führen Pharmaunternehmen mehrere Studien parallel durch und veröffentlichen dann aber nur Berichte über jene Tests, welche für sie besonders positive Ergebnisse erbrachten. Zudem werden die Versuche von vornherein so geplant, dass das Resultat positiv ausfallen muss. Und schließlich besteht auch die Möglichkeit der gezielten Uminterpretation der Befunde.

Nach den Berechnungen von Oostrom würde eine Ausschaltung des Sponsoring-Effekts zu mindestens zehn Prozent weniger Medikamentenzulassungen und acht Prozent weniger Verschreibungen führen. Das hätte natürlich erhebliche finanzielle Auswirkungen auf die Pharmabranche. Immerhin ist die Nachfrage nach psychiatrischen Medikamenten riesengroß. So schlucken fast 15 Prozent aller US-Amerikaner Antidepressiva oder Antipsychotika. Dazu kommen noch Mittel gegen Angst, Unruhe und so weiter.



Zweifel an den Bewertungen in Fachzeitschriften: Pharmazeutische Produkte unter Verdacht

Foto: imago/Itas Tass

#### MEDIZIN I

## Wie Pharmafirmen Studien und Gutachter kaufen

Was als objektive Untersuchung in medizinischen Fachzeitschriften erscheint, hat in erschreckend häufigen Fällen einen zweifelhaften finanziellen Hintergrund – Kritiker schlagen Alarm

Vor diesem Hintergrund schlägt die Gesundheitsökonomin vor, alle Studien meldepflichtig zu machen, damit erkennbar wird, dass Unternehmen so lange Tests durchführen, bis ein genehmes Ergebnis herauskommt. Des Weiteren hält es Oostrom für unverzichtbar, sich in der empirischen medizinischen Forschung auf das Prinzip der Wiederholbarkeit zurückzubesinnen. Ergebnisse wissenschaftlicher Studien sollten erst dann allgemein anerkannt werden, wenn in verschiedenen Testreihen verschiedene Forscher mit unterschiedlichen Finanzierungsquellen jeweils zu dem gleichen Resultat gelangen.

Allerdings sind klinische Studien aufwendig und teuer. Die durchschnittlichen Kosten belaufen sich auf 35 Millionen US-Dollar pro Studie, weswegen in rund 70 Prozent aller Fälle eben die zumeist sehr solventen Pharmaunternehmen als Finanzier auftreten.

Noch schockierender als die Publikation von Oostrom ist der Fachartikel mit dem Titel „Zahlungen von Arzneimittel- und Medizinprodukteherstellern an US-amerikanische Gutachter der großen medizinischen Fachzeitschriften“ in der Oktoberausgabe des „JAMA“, für den sieben US-amerikanische, japanische und kanadische Mediziner um David-Dan Nguyen vom Institute of Health Policy, Management and Evaluation der Universität von Toronto verantwortlich zeichnen.

#### Ein kleiner Kreis entscheidet

Die Autoren fanden heraus, dass fast zwei Drittel der rund 2000 Gutachter, die entscheiden, welche Artikel in den Fachblättern erscheinen, Geld von der Pharmaindustrie erhalten. In der Vergangenheit beliefen sich die direkt gezahlten Summen dabei auf 180.000 US-Dollar pro Jahr. Dazu kamen Zuwendungen an die Institutionen, an denen die Gutachter

wissenschaftlich tätig waren, in Höhe von jährlich rund 330 Millionen Dollar.

Und vermutlich sind die genannten Zahlen nur die Spitze eines größeren Eisbergs, denn die Studie erfasste lediglich namentlich bekannte Gutachter – viele agieren aber im Schutze der Anonymität, welche die Zeitschriften gerne garantieren. Des Weiteren ermittelte die Gruppe um Nguyen, dass 85 Prozent der aufgedeckten Zahlungen an einen relativ kleinen Kreis von nur 400 Gutachtern bei den besonders renommierten Fachblättern gingen. Mit anderen Worten: Je stärker eine Zeitschrift die Medizinwelt beeinflusst, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit finanzieller Zuwendungen der Pharmaindustrie an die Gutachter des Journals.

Um diesen unerträglichen Zustand zu beenden, fordern die Verfasser des Artikels, dass zukünftig nicht nur die Autoren von Fachpublikationen, sondern ebenso die Gutachter alle potentiellen Inter-

senkonflikte aufgrund ihrer finanziellen und sonstigen Verbindungen zu Pharmakonzernen offenlegen. Ob es dazu kommt, ist jedoch fraglich.

Zudem werden die Gutachter keineswegs bloß von Geldgier getrieben. Vielmehr haben sie auch Angst vor einer Zerstörung ihres Ansehens durch Rufmordkampagnen im Falle eines Ausbruchs aus dem maßgeblich von der Pharmaindustrie mit vorgegebenen Meinungskorridor in der Medizin. Dergestalt äußerte sich beispielsweise der Professor für Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit an der Stanford-Universität, John Ioannidis, welcher während der Corona-Pandemie die mangelnde wissenschaftliche Grundlage der seitens der Politik verhängten Maßnahmen kritisierte und von einem „Evidenz-Fiasko“ sprach, „wie es in einem Jahrhundert nur einmal vorkommt“, was ihm in der öffentlichen Debatte äußerst schlecht bekommen ist.

#### MEDIZIN II

## Forscher entdecken massenhaft unbekannte Viren

Von der Tiefsee über die Arktis bis zum heimischen Duschkopf – Doch viele Arten sind nicht schädlich, sondern schützen uns sogar

Neue Viren aufzuspüren, ist meist recht schwierig. Die Erreger mutieren schnell und weisen eine immense genetische Vielfalt auf, was ihre Identifikation und Zuordnung erschwert. Das brachte eine 25-köpfige chinesisch-australische Forschergruppe um Xin Hou und Edward Holmes auf die Idee, mithilfe von Künstlicher Intelligenz auf die Suche nach Viren zu gehen. Dabei benutzten die Wissenschaftler eine KI namens Lucaprot zum Erkennen viralen Erbguts. Das Ergebnis ihrer Arbeit veröffentlichten sie im Oktober im Fachblatt „Cell“ unter dem Titel

„Die Dokumentierung der verborgenen RNA-Virosphäre mittels Künstlicher Intelligenz“.

Bei der Analyse zahlloser Umweltpollen von mehr als 1600 Orten der Welt von der Tiefsee bis hin zum antarktischen Eis fand Lucaprot alles in allem fast 162.000 neue Viren, womit die KI das bislang bekannte Spektrum von Viren auf der Erde mit einem Schlag um das Anderthalbfache erweiterte. Aber auch damit kratzte sie wohl nur an der Oberfläche. Hierzu meinte Holmes: „Es gibt noch Millionen weitere Viren zu ent-

decken ... Wer weiß, was noch an Überraschungen auf uns wartet.“

Eine erste Antwort auf diese Frage gaben die US-amerikanischen Mikrobiologen Stefanie Huttelmaier, Weitao Shuei, Jack Sumner und Erica Hartman. Wie die vier parallel zum Erscheinen des Artikels der Gruppe um Hou und Holmes in der Zeitschrift „Frontiers in Microbiomes“ unter dem Titel „Phagen-Gemeinschaften in Haushalts-Biofilmen in Verbindung mit bakteriellen Wirten“ berichten, stießen sie bei der Untersuchung von Duschköpfen und Zahnbürsten in den Badezim-

mern von rund 500 ganz gewöhnlichen US-Amerikanern auf mehr als 600 verschiedene Viren von beeindruckender Vielfalt: „Wir haben viele Viren gefunden, über die wir sehr wenig wissen – und viele andere, die wir noch nie zuvor gesehen haben. Es ist erstaunlich, wie viel unerschlossene Artenvielfalt überall um uns herum ist. Und man muss nicht einmal weit gehen, um sie zu finden; sie ist direkt vor unserer Nase.“

Das war aber keineswegs die einzige Entdeckung. Bei den meisten neu identifizierten Viren handelt es sich um Erreger,

die Bakterien als Wirtszellen nutzen und gerne auch Mykobakterien „fressen“. Diese wiederum sind die Verursacher solcher schwerer Infektionskrankheiten wie Leprosy und Tuberkulose. Insofern gelten die Badezimmerviren nun als Hoffnungsträger im Kampf gegen gefährliche antibiotikaresistente Keime. Daher raten die Mikrobiologen aus Chicago von einem aggressiven Vorgehen gegen die Virenpopulationen im Haushalt ab: „Mikroben sind überall und die Mehrheit von ihnen macht uns nicht krank ... Wir sollten sie einfach akzeptieren.“

W.K.



## ALLENSTEIN

# Neue Feuerwehrwache im Stadt-Süden

Modernisierungsprogramm sieht Notfallversorgung der Neubauviertel und der umliegenden Dörfer vor

VON DAWID KAZANSKI

Im kommenden Jahr wird die Zentrale der Feuerwehr- und Rettungseinheit Nr. 3 in der Witosza-Straße in Allenstein fertiggestellt. Zurzeit gibt es zwei Einheiten in dem Stadtgebiet: in der Niepodległości-Straße und in der Zientary-Malewska-Straße. Die Berufsfeuerwehr wird auch von freiwilligen Feuerwehrleuten unterstützt.

Die sich ausbreitenden südlichen Wohnsiedlungen zwingen jedoch zu Veränderungen bei den Standorten der Rettungsdienste. Deshalb wurde der Standort in der Witosza-Straße als der geeignetste ermittelt. Ende Oktober wurde der Grundstein für die Einrichtung gelegt, die sich bereits unter dem Dach des entstehenden Gebäudes befindet.

Die Anlage ist 1460 Quadratmeter groß. Sie verfügt über fünf Garagenplätze, eine Autowaschanlage, eine Werkstatt und moderne Sozialeinrichtungen. Außerdem wird sie eine Alarmzentrale, Umkleieräume, Waschräume, einen Fitnessraum, einen Schulungsraum, einen Gemeinschaftsraum und Wände für die Ausbildung eines spezialisierten Höhenrettungsteams beherbergen. Die architektonische Form des Gebäudes wird moderne Ästhetik und den zeitlosen Stil der traditionellen Bauweise miteinander verbinden.

Mariusz Feltynowski, der oberste Brandmeister der staatlichen Feuerwehr, sagte, dass es im nationalen Rettungs- und Brandbekämpfungssystem über ein halbes Tausend Berufsfeuerwehreinheiten und fünftausend Einheiten der freiwilligen Feuerwehr gebe. „Ich freue mich sehr über diese Zentrale. Ich danke für diese Investition und bin überzeugt, dass wir sie gemeinsam fertigstellen werden“. Er betonte, dass ein Drittel der Bauvorhaben aus dem Programm zur Modernisierung der uniformierten Dienste 2022 bis 2025, darunter der Bau der Feuer-



Soll im kommenden Jahr fertiggestellt werden: Die neue Feuerwache für die südlichen Stadtteile Allensteins

Foto: D.K.

wehreinheit in Allenstein, falsch eingeschätzt worden sei. „Um diese Investitionen abzuschließen, müssen zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden. Ich appelliere an die Parlamentarier, in dieser Angelegenheit angemessene Entscheidungen zu treffen“, betonte der Feuerwehrchef.

### Weitere Finanzmittel vonnöten

Der städtische Leiter der Staatlichen Feuerwehr in Allenstein, Lukasz Jasiński, erklärte während der Grundsteinlegungszeremonie, dass für den Abschluss der Arbeiten und die Ausstattung der Einheit umgerechnet noch etwa 2,1 Millionen Euro benötigt würden. Es geht um die nötigen Renovierungs- sowie Fertigstellungsarbeiten in der Garage und in den Sozialräumen. Das Geld soll höchstwahrscheinlich aus den nächsten Modernisie-

rungsprogrammen für die uniformierten Dienste bereitgestellt werden.

Die Feuerwehrleute der neuen Allensteiner Einheit werden jährlich schätzungsweise tausendmal zu verschiedenen Einsätzen gerufen und sorgen so für die Sicherheit von 60.000 Einwohnern der südlichen Stadtsiedlungen und 15.000 Einwohnern der Nachbargemeinden. Acht Feuerwehrleute werden täglich im Einsatz sein, und es werden maximal 40 Vollzeitstellen zur Verfügung stehen. Die Feuerwehr wird mit zwei Löschfahrzeugen, einer Hebebühne, Höhenrettungs- und Hilfsfahrzeugen ausgestattet sein.

Die ersten Überlegungen zum Bau einer neuen, modernen Feuerwache im südlichen Teil von Allenstein entstanden vor 15 Jahren. Damals wurden Analysen durchgeführt, die bestätigten, dass der Bau einer zusätzlichen Einheit in den sich

entwickelnden südlichen Siedlungen sowie den Nachbargemeinden notwendig sei. Vor allem handelt es sich dabei um mögliche Brandgefahr auf den Gebieten von Pieczewo, Jomendorf, Stabigotten, Groß Purden und Hohenstein.

### Pläne von 2021

Im Jahr 2021 erteilte der Stadtpräsident der Feuerwehr ein unbefristetes Nutzungsrecht und übertrug Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 6000 Quadratmetern an der Witosza-Straße für den Bau der neuen Feuerwache. Ein Jahr später wurde die Projektdokumentation erstellt. Das Bauvorhaben wurde als eine der Prioritäten des Modernisierungsprogramms für die uniformierten Dienste für den Zeitraum 2022 bis 2025 eingestuft und mit umgerechnet 2,7 Millionen Euro bezuschusst.

## MELDUNGEN

# Neue Exponate für die Burg

Insterburg – Während die Renovierungsarbeiten in den Räumlichkeiten der Museumsausstellung in der Ordensburg Insterburg weiter voranschreiten, die alle von Freiwilligen und Ehrenamtlichen durchgeführt werden, gelingt es auch, die Zahl der Exponate aufzustocken. Bei diesen handelt es sich meist um Spenden von Anwohnern. So gelangten in den vergangenen Monaten viele neue Gegenstände ins Museum. Darunter befinden sich landwirtschaftliche Geräte, Kanonenkugeln aus den napoleonischen Kriegen, alte Haushaltsgegenstände, Ofenkacheln mit dem Insterburger Brandzeichen und vieles mehr.

MRK/A.O.



Spende fürs Museum: Kanonenkugeln aus napoleonischer Zeit

Foto: A.O.

# Gedenktag für Wolfskinder

Wilna – In diesem Jahr hat das litauische Parlament erstmals den 14. September als Gedenktag für Wolfskinder in die Liste der offiziellen Gedenktage aufgenommen. an diesem Tag im Jahr 1991 hatten sich in Memel erstmals Mitglieder der Organisation „Edelweiß – Wolfskinder“ getroffen, um auf das Schicksal der ostpreußischen Kriegswaisen aufmerksam zu machen. MRK

## KOPERNIKUSHAUS ALLENSTEIN

# Kneten, belegen und probieren

Unter dem Motto „Wir backen eine Pizza“ konnten Kinder der Deutschen Minderheit ihre Sprachkenntnisse spielerisch erweitern

Mitte November verwandelte sich das Haus Kopernikus, der Sitz der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit, in eine lebhafteste Werkstatt voller kleiner Hände und großer Begeisterung. Unter dem Motto „Wir backen eine Pizza“ fand dort eine Sprach- und Kochveranstaltung statt, die 16 Kinder im Alter von sechs bis elf Jahren willkommen hieß.

Ziel des Projekts war es, den jungen Teilnehmern auf spielerische Weise die deutsche Sprache näherzubringen. Das innovative Konzept der Werkstatt kombiniert Sprachübungen mit kreativen und praktischen Aufgaben rund um das Thema „Pizza“. Dabei wurde der Zweck verfolgt, die Sprachkenntnisse der Kinder zu erweitern und ihnen neues Vokabular im Bereich Essen und Trinken zu vermitteln. Das wurde durch ein abwechslungsreiches Programm erreicht, welches auf verschiedene Lernmethoden setzte.

Der Nachmittag begann mit einer lockeren Besprechung des Workshopverlaufs. Die Kinder wurden motiviert, ihre

bisherigen Sprachkenntnisse aktiv einzubringen. Mithilfe von Zuordnungsaufgaben lernten die Jüngsten die deutschen Begriffe für Zutaten wie Mehl, Hefe,

Schinken, Tomatensoße oder Käse kennen. Danach gab es die Zeit für eine humorvolle Videowerbung des Supermarkts Edeka, die für viele Lacher sorgte

und zugleich neue Redewendungen vermittelte.

Ein eigens erlerntes Lied zum Thema „Essen und Trinken“ machte das Vokabular greifbarer und brachte die Gruppe in Bewegung. Bewegungsspiele lockerten die Werkstatt auf und stärkten die Gemeinschaft unter den Kindern. Außerdem malten die Kinder ihre eigenen Pizza-Bilder aus und schnitten verschiedene Zutaten aus Löschpapier aus, mit denen sie die Bilder belegten.

### Höhepunkt gemeinsames Essen

Der Höhepunkt des Tages war das gemeinsame Backen. Nicht nur eine Pizza wurde gebacken, sondern unter Anleitung bereiteten die Kinder insgesamt ein Dutzend Pizzen zu. Die Phasen des Pizzabackens wurden dabei geschickt in den Sprachunterricht eingebunden. Mit viel Eifer kneteten, belegten und probierten die Kinder ihre Leckerbissen aus dem Backofen. Das Ergebnis war imposant. Die selbst gebackenen Pizzen wurden mit

Stolz verzehrt und sorgten für eine ausgelassene Stimmung.

Die Sprach- und Kochwerkstatt war ein voller Erfolg. Die Kinder hatten jede Menge Spaß. Als besonders effektiv erwies sich die Verbindung von Theorie und Praxis: Durch das aktive Tun blieb der neue Wortschatz nachhaltig im Gedächtnis.

Dieses Projekt wäre ohne die Unterstützung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat sowie des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) nicht möglich gewesen. Dank dieser Förderung konnte ein weiterer wichtiger Beitrag zur Sprachförderung innerhalb der Deutschen Minderheit geleistet werden. Mit leuchtenden Augen verabschiedeten sich die kleinen Pizzabäcker aus dem Haus Kopernikus – und vielleicht probierte die ein oder andere Familie zu Hause gleich das nächste Pizzarezept aus. Im Haus Kopernikus freut man sich bereits auf weitere Workshops dieser Art, die Sprache, Kreativität und Gemeinschaft vereinen. D.K.



Hatten großen Spaß bei der Vorbereitung ihrer ersten gemeinsamen hergestellten Pizza: Kinder der Deutschen Minderheit im Kopernikushaus

Foto: D.K.

**ZUM 103. GEBURTSTAG**

**Walpuski, Heinrich**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

**ZUM 102. GEBURTSTAG**

**Kilimann, Alfred**, aus Ortelsburg, am 11. Dezember

**ZUM 101. GEBURTSTAG**

**Blumenstein, Margarete**, geb. **Polixa**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 6. Dezember  
**Kiesling, Erna**, geb. **Barkus**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember

**ZUM 100. GEBURTSTAG**

**Orzessek, Martha**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember  
**Pabsch, Gertrud**, geb. **Rinka**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember  
**Spangehl, Erhardt**, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember

**ZUM 99. GEBURTSTAG**

**Bardtke, Lilli**, geb. **Trylus**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember  
**Fricke, Christel**, aus Lyck, am 10. Dezember  
**Panneck, Willy**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 7. Dezember  
**Umlauff, Ilse**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 7. Dezember

**ZUM 98. GEBURTSTAG**

**Kamann, Alfred**, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember

**ZUM 97. GEBURTSTAG**

**Fabian, Helmut**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 11. Dezember  
**Kießling, Irmgard**, geb. **Borawski**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 11. Dezember

**ZUM 96. GEBURTSTAG**

**Eisner, Karl-Heinz**, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 8. Dezember  
**Laddach, Egon**, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 8. Dezember  
**Schneider, Anton**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 10. Dezember

**ZUM 95. GEBURTSTAG**

**Brennig, Hildegard**, geb. **Trott**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 8. Dezember  
**Dyck, Albrecht**, aus Schillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 8. Dezember

**ZUM 94. GEBURTSTAG**

**Dietz, Helga**, geb. **Tolksdorf**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember  
**Gottowski, Horst**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. Dezember  
**Gubernatis, Marianne**, geb. **Karau**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember  
**Gutt, Erwin**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 6. Dezember  
**Kerstan, Erna**, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember  
**Kruska, Horst**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember  
**Möbus, Christel**, geb. **Hufenbach**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 12. Dezember  
**Nötzl, Ruth**, geb. **Kerlies**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 7. Dezember  
**Schönherr, Hans-Georg**, aus Lötzen, am 8. Dezember

**Ziegner, Elfriede**, geb. **Dwojakowski**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 11. Dezember

**ZUM 93. GEBURTSTAG**

**Dorka, Hedwig**, geb. **Olbrisch**, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember  
**Grunau, Paul**, aus Mohrungen, am 10. Dezember  
**Kaulbach, Dora**, geb. **Bartel**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember  
**Royla, Werner**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 8. Dezember  
**Samsel, Christel**, geb. **Stobbe**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember  
**Schmidt, Ursula**, geb. **Mikat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember  
**Westphal, Hans-Joachim**, aus Adelaue, Kreis Elchniederung, am 7. Dezember

**ZUM 92. GEBURTSTAG**

**Bornemann, Walter**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember  
**Jorzick, Günter**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 6. Dezember  
**Kölling, Sigrid**, geb. **Palten**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 6. Dezember  
**Korff, Vera**, geb. **Jurschat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. Dezember  
**Kullik, Traute**, geb. **Mondry**, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 12. Dezember  
**Pradelt, Ursula**, geb. **Baltrusch**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember

**ZUM 91. GEBURTSTAG**

**Borowy, Manfred**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 12. Dezember  
**Daudert, Kurt**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember  
**Giese, Christel**, geb. **Moritz**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember  
**Herholz, Edeltraud**, geb. **Dolch**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember  
**Meyer, Loni**, geb. **Petrick**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember

**Ostpreußisches Landesmuseum**

Neue Sonderausstellung bis 2. März: „Nichts blieb als nur weißer Schnee...“ Winter in Ostpreußen.

Winter in Ostpreußen! Das bedeutete oft monatelange strenge Kälte, geschlossene Schneedecken und zugefrorene Gewässer mit den damit verbundenen Konsequenzen für Mensch und Natur. Bis heute ist der ostpreußische Winter ein Mythos und

fest im kollektiven Gedächtnis verankert. Wie haben sich die Menschen mit diesem meist beschwerlichen Jahresabschnitt arrangiert? Was den einen Last und Not war, trieb andere hinaus zur Freizeit und Sport. Zahlreiche Künstler wie Ludwig Dettmann, Eduard Bischoff und Reinhold Feussner haben in ihren Werken die kalte, zum Teil bedrohliche, zum Teil malerische Zeit festgehalten. In Interviews und typi-

schen Objekten thematisiert die Sonderausstellung das alltägliche Leben, aber auch das Vergnügen in dieser Jahreszeit sowie seine Erinnerung daran.

**Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung** Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de



Ostpreußische Winterimpressionen: „Kinderspiele auf dem Eis Herzogswalde 1945 im Januar“ von Karl Kunz aus den 1950er Jahren  
Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

ANZEIGE

**Suche ein gemaltes Bild von Erich Fritz „Treck über das Haff“**  
Maße 54 cm x 38 cm.  
Informationen an **Andreas Klose** unter **Telefon 01516/1014883**

**Zusendungen für die Ausgabe 51/52/2024**

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 51/52/2024 (Erstverkaufstag 20. Dezember) **bis spätestens Dienstag, den 10. Dezember**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: [rinsler@paz.de](mailto:rinsler@paz.de), Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

**Glückwünsche an:**

Ulrike Grodeck  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: [grodeck@paz.de](mailto:grodeck@paz.de)

**Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen**

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – [www.ostpreussen.de](http://www.ostpreussen.de) – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

**Hinweis**

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

ANZEIGE

seit 1912  
**Gehlhaar**  
**Original Königsberger Marzipan**  
Pralinen, Butter- & Marzipanstollen, Edelkuvertüren & Gebäck.  
**Reine Handarbeit. Versand in alle Welt. Garantiert ohne Konservierungsstoffe!**  
Werner Gehlhaar GmbH, Klarenthaler Straße 3  
65197 Wiesbaden; früher Königsberg/Preußen  
Telefon 06 11 / 44 28 32 · Fax 06 11 / 44 14 13 · [www.gehlhaar-marzipan.de](http://www.gehlhaar-marzipan.de)

**Schäfer, Martha**, geb. **Schwarz**, aus Blumental, Kreis Lyck, am 10. Dezember

**ZUM 85. GEBURTSTAG**

**Becker, Edelgard**, geb. **Wendt**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember  
**Böse, Erika**, geb. **Nilenski**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 7. Dezember  
**Brandt, Winfried**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 6. Dezember  
**Degreif, Klaus**, aus Treuburg, am 12. Dezember  
**Denkman, Manfred**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember  
**Dzwonek, Günter**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember  
**Gathmann, Karin**, geb. **Dembowski**, aus Lyck, am 12. Dezember  
**Grenz, Christa**, geb. **Maibaum**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 11. Dezember  
**Jankowski, Martin**, aus Trumpebau, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember  
**Pfaff, Renate**, aus Königsberg, am 10. Dezember

**Rohde, Jürgen-Ernst**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 10. Dezember

**Rohloff, Hildegard**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 12. Dezember  
**Soja, Gerhard**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 9. Dezember  
**Strasdas, Henning**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. Dezember  
**Wischniewski, Wilfried**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 11. Dezember

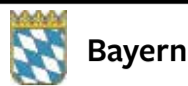
**ZUM 80. GEBURTSTAG**

**Kazperowski, Bernd**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 6. Dezember  
**Soboll, Horst**, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 9. Dezember

**ZUM 75. GEBURTSTAG**

**Ochmann, Angelika**, geb. **Raab**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 11. Dezember  
**Röder, Sieglinde**, aus Ebenrode, am 7. Dezember  
**Tiedtke-Kirchmann, Anny**, geb. **Tiedtke**, aus Seebach, Kreis Ebenrode, am 9. Dezember  
**Weber, Dietmar**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 11. Dezember

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



## Bayern

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

## Adventsfeier und Markt

**Ansbach** – Sonnabend, 7. Dezember, 15 Uhr, Orangerie: Adventsfeier. **Ansbach** – Dienstag, 10., und Mittwoch, 11. Dezember: Die Landsmannschaft wird wieder auf dem Ansbacher Weihnachtsmarkt in einer Bude vertreten sein, um mit Büchern, Kalendern, Marzipan, Bernstein und Bildern an Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Brandenburg zu erinnern und mit Besuchern zu sprechen.

## Bericht

**Ansbach** – Die Kreisgruppe Ansbach der Landsmannschaft war in den letzten Monaten sehr aktiv: Im August konnte der Vorstand mit Frau Bauer, Frau Palfner und Dr. Danowski die große Schülergruppe mit ihren Lehrkräften des Hermann-Sudermann-Gymnasiums aus Memel begrüßen. Ein Besuch des markgräflichen Hofgartens, der schönen Altstadt mit dem Denkmal für Herzog Albrecht von Brandenburg/Ansbach, übermittelte in einer kleinen geschichtlichen Exkursion, dass Preußen und so auch Memel von Ansbach aus regiert wurden.

Im September stand beim monatlichen Treffen ein Vortrag über das Attentat am 20. Juli 1944 gegen Hitler in der Wolfsschanze im Vordergrund. Danowski sprach die langen Vorbereitungen, die vielen Personen, den genauen Plan für das Attentat an. Einige Mitglieder waren schon in der Wolfsschanze, immer wieder kommt ein großes Bedauern – nachdenklich wurde danach darüber diskutiert.

Im Oktober gab es einen Film über eine Fahrt im alten VW-Käfer durch und nach Pommern, Ost-

und Westpreußen. Rainer Claaßen, 2. Landesvorsitzender der LM Bayern, fuhr 2009 über Köslin, Leba (Ostsee), Warzin (Bismarck), Hela (Halbinsel), Dirschau (noch die alte Brücke) nach Guttstadt, über Wollstein (Eisenbahn-Museum) und Lebus wieder zurück nach Franken. Heide Bauer

## Adventsnachmittag

**Hof** – Sonnabend, 14. Dezember, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Adventsnachmittag.

## Wissenswertes und Kurioses

**Hof** – Kulturwart Bernd Hüttner erinnerte am Ende des Kantjahres noch einmal an den großen Philosophen und berühmten Königsberger. Er berichtete, dass dieser auch in der DDR positiv gesehen und als Universalgelehrter dargestellt worden war. Kant wurde von Zeitgenossen als verhutztes Männlein von geringer Größe geschildert. Er war kränklich und Frauen gegenüber sehr schüchtern. Außer in der Zeit, als er in Goldap Hauslehrer war, verließ er seine Heimat nie. Er arbeitete nebenberuflich als Bibliothekar und befasste sich mit den antiken Schriftstellern, aber auch mit Kepler und Newton. Sein Motto lautete: lesen – nachdenken – kritisch betrachten. Er hegte eine große Abneigung gegen Frömmerei.

Der Tagesablauf des lärmempfindlichen Denkers war pedantisch geregelt. Um 5 Uhr ließ er sich wecken. Er bereitete seine Vorlesungen vor, die er am frühen Vormittag hielt. Die Zeit bis zum Mittagmahl widmete er dem Nachdenken. Nachmittags wurde gelesen. Jeden Abend um 19 Uhr machte er einen Spaziergang und ging um 22 Uhr zu Bett. Zu den Mahlzeiten empfing er gerne Gäste, mit denen er philosophierte und diskutierte. Als Kant im Alter von 80 Jahren starb, sollen seine letzten Worte „Es ist gut.“ gewesen sein. Zum Schluss erinnerte Bernd Hüttner an den Kernsatz der kantischen Philosophie: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch

die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde“ und verleiht der Hoffnung Ausdruck, dass dieser auch in der heutigen Zeit mehr angewendet werde. Jutta Starosta



## Brandenburg

**Vorsitzender:** Hans-Jörg Froese, Phoebeener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com **Internet:** https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

## Mitgliederversammlung

**Potsdam** – Sonnabend, 7. Dezember, 12.30 Uhr, Brandenburg Museum für Zukunft, Gegenwart und Geschichte, Seminarraum im Obergeschoss, Am Neuen Markt 9: Mitgliederversammlung von 13 bis 17 Uhr mit Vorträgen in einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der PRUSSIA-Gesellschaft sowie der Proußen-Stiftung TOLKEMITA.



## Bremen

**Vorsitzender:** Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

## Adventsfeier

**Bremen-Grolland** – Montag, 9. Dezember, 15 Uhr, Hotel Robben Grollander Krug, Emslandstraße 30: Adventsfeier mit Kaffeegedeck für 16,- Euro, telefonisch anmelden bei Dagmar Schramm (04298) 698765. Das Hotel ist zu erreichen mit den BSAG-Linien 1 und 8, Haltestelle „Norderländerstraße“. Pastor Andreas Hamburg wird die Adventsansprache halten, begleitet von Schwester Ingeborg Reibischkemit der Gitarre.



## Hamburg

**Erster Vorsitzender:** Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

## Delegiertenversammlung

**Hamburg** – Montag, 30. Dezember, 16.30 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Delegiertenversammlung.



## Hessen

**Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

## Vorweihnachtstreffen

**Darmstadt/Dieburg** – Sonnabend, 7. Dezember: Treffen zur Vorweihnachtszeit.

## Adventstreffen

**Kassel** – Sonntag, 15. Dezember, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140, Kassel-Wolfsanger: Advents- und Vorweihnachtsfeier der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel mit Dorothea Deyß und ihrem kleinen Chor.



## Mecklenburg-Vorpommern

**Vorsitzender:** Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

## Volkstrauertag

**Anklam** – Etwa 30 Personen trafen sich am Gedenkstein für Flüchtlin-



Am Anklamer Gedenkstein für Flüchtlinge und Heimatvertriebene: Gedenken und Gedanken zum Volkstrauertag Foto: Manfred Schukat

ge und Heimatvertriebene nahe dem Steintor in Anklam, um der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft vor und nach 1945 zu gedenken. Dieses Denkmal steht dort seit 1995, mithin fast 30 Jahre. Seine Gedanken zum Volkstrauertag trug der Landesgeschäftsführer der Ostpreußen in MV, Friedhelm Schülke, vor:

„Wer an alle denkt, der denkt an keinen. Wer an einen denkt, der denkt an alle. Universell kann man nur gedenken, wenn man ein Schicksal kennt, der kann alle anderen verstehen. Von Mutter Teresa stammt der Satz: ‚Die ganze Welt lieben? Versuch’s doch erst einmal mit einem Menschen.‘

Volkstrauertag müsste eigentlich Funktionärs-Trauertag heißen. Wo waren die Funktionäre, als sie noch nicht Funktionäre waren. Wo werden die Funktionäre sein, wenn sie keine Funktionäre mehr sind? Mich bewegt seit Jahren eine Bibelstelle aus dem Neuen Testament (Lukas 11, 47 ff.). Jesus hatte auch mit Funktionären zu tun, die ihn am liebsten weghaben wollten. Und er sagte zu ihnen: Weh euch! Ihr Heuchler! Ihr seid nicht besser als eure Väter. Ihr tötet die Propheten von heute und baut den Propheten von damals Denkmäler, die doch von euren eigenen Vätern getötet wurden.

Hat unsere Gesellschaft nichts gelernt, alles vergessen? Was ist,

wenn heute schon wieder zu Krieg und Waffenlieferungen aufgerufen wird? Was ist, wenn ein Herr Habeck sagt, heute würde er den Wehrdienst nicht mehr verweigern? Aber nicht er selber, sondern andere sollen den Kopf hinhalten. Was ist, wenn selbst hohe Vertreter der Landsmannschaft Waffenlieferungen und eine Beteiligung Deutschlands fordern? Sie selbst gehen natürlich nicht in den Krieg. Und ihre Kinder schicken sie auch nicht hin. Andere sollen das tun. Was ist das denn? Haben sie gar nichts gelernt? Und sind nicht die Funktionäre, wenn es hart auf hart kommt, als Erste weg? 1945 – 1989 – und heute?

Wer an alle denkt, der denkt an keinen. Wer an einen denkt, der denkt an alle. Wir waren Anfang Juli dieses Jahres im Königsberger Gebiet. Nach fünf Jahren zum ersten Mal, mit viel Herzklopfen. Das russische Volk ist nicht kriegsbegeistert. Der Krieg in der Ukraine ist ein Bruderkrieg. Man sagte uns dort: Ein Stellvertreter-Krieg! In einer ostpreußischen Kreisstadt erlebten wir zufällig die Trauerfeier für einen jungen russischen Soldaten mit, der in der Ukraine gefallen ist. Ein kleiner Sarg, trauernde Angehörige, eine Militärkapelle – aber absolut kein Heldengedenken. Wir wagten uns kaum, uns dazuzustellen. Aber niemand sah

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



# Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser  
ostpreußisches  
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)



## Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

## Vereinigte Landsmannschaft Flensburg (VLM FI) e.V.

**Flensburg** – Ewigkeitssonntag. Der Himmel brachte zwar keinen Schnee, aber er schickte Tränen ob des traurigen Anlasses. Wie in jedem Jahr war auch diesmal der Totensonntag ein Tag, an dem wir unserer verstorbenen und zum Teil in der Heimat gebliebenen Angehörigen, Freunde und Bekannten gedachten. Der treue Sven Rösch an der Orgel und „unsere“ Pastorin Silke Wierk am Altar schufen den Rahmen einer kleinen, aber nichtsdestoweniger innigen Gedenkstunde; nur auf Jens Wischmeyer und seine Bläsergruppe mussten wir diesmal krankheitsbedingt verzichten. Pastorin Wierk, obwohl schon seit vielen Jahren religiöse Gestalterin unserer Gedenkveranstaltung, findet in jedem Jahr erneut treffende Worte, ergänzt durch eigene Erlebnisse und Erzählungen aus ihrem Familienkreis; so auch diesmal. Zum Gang von der Kapelle zum Ehrenhain hatte Petrus ein Einsehen gezeigt und seine Tränen zurückgehalten, sodass wir unseren Kranz wie auch der Stellvertretende Stadtpräsident Ralf Loell als Vertreter Flensburgs den der Stadt trockenen Fußes am Gedenkstein niederlegen konnten. Loell würdigte in seiner Ansprache erneut die großen Leistungen der Vertriebenen im Zuge des Aufbaus Flensburgs nach dem Kriege. Wir schlossen mit dem kirchlichen Segen und dem Ostpreußen- wie Pommernlied. Unser Vorsitzender Hans Legies, der zu Beginn mit einfühlsamen und nachdenklich stimmenden Worten die Anwesenden in der Kapelle begrüßt hatte, dankte allen, besonders aber Pastorin Wierk und dem Stellvertretenden Stadtpräsidenten Loell, für ihre zum Teil recht persönlichen Worte.

Michael Weber

**Die PAZ  
zum Probelesen  
Vier Wochen gratis  
Telefon (040) 41400842**



## Königsberg-Stadt

**Stadtvertreter:** Klaus Weigelt, Haagestraße 3, 21335 Lüneburg.  
**Patenschaftsbüro:** Stadtgemeinschaft Königsberg, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg, Telefon (0203) 2832151, E-Mail: patenschaftsbuero@stadtgemeinschaft-koenigsberg.de

## Mitgliederversammlung

**Duisburg** – Der Vortrag „Königsbergs Spuren in der Bundeshauptstadt Berlin“ von Jörn Pekrul bildete den Auftakt zu der diesjährigen Mitgliederversammlung der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) e.V. am 26. Oktober. Im Vortragssaal des Stadtarchivs begrüßte der Vorsitzende Klaus Weigelt die Vertreterin der Patenstadt Duisburg, Bürgermeisterin Edeltraut Klabuhn, und die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste. Nach kurzer Vorstellung führte Pekrul, ausgewiesener Kenner Königsbergs und Autor zahlreicher Publikationen zur ostpreußischen Geschichte und Kultur, in seinen neuesten Vortrag ein.

Bevor er allerdings die Spuren Königsbergs in Berlin zeigte, wies er auf die Verbindungen Königs-



„Königsbergs Spuren in der Bundeshauptstadt Berlin“ bildete den Auftakt zur Königsberger Mitgliederversammlung: Jörn Pekrul bei seinem Vortrag

Foto: Jörg Naß

bergs zur Patenstadt Duisburg hin. So hatte der Deutsche Orden, der ab dem Jahre 1231 das spätere Ostpreußen eroberte und dann kultivierte und der seinen Sitz von 1457 bis 1525 in Königsberg hatte, in Duisburg schon um 1283 eine Niederlassung. Hiervon zeugen Gedenktafeln am Duisburger Rathaus und an der Alten Post. Nicht nur das Königsberger Wappen in Duisburg im Ratssaal und am Hafen kündeten von den Spuren Königsbergs, sondern auch die nach dem Königsberger Philosophen Immanuel Kant (1724-1804) benannten Straßen und der Kantpark, vor allem auch die Kanttafel im Torbogen des Rathauses.

Nach dieser Einleitung führte Pekrul das Publikum mit vielen anschaulichen Fotos und Hintergrundberichten durch die Straßen Königsbergs und Berlins. Faszinierend war, wie er die Bezüge vieler Bauwerke, Denkmäler und Straßennamen in der Bundeshauptstadt zu der einstigen ostpreußischen Provinzhauptstadt darstellte – stets mit dem Blick auf den aktuellen Bestand in der heutigen Hauptstadt der russischen Oblast Kaliningrad. Für seine Präsentation nutzte er seine reichhaltige Sammlung von Fotografien aus Vergangenheit und Gegenwart. Sein fundiertes kulturhistorisches Wissen begeisterte die Zuhörer.

Den Zuhörern mag die bis ins 16. Jahrhundert reichende Beziehung zwischen Königsberg und der brandenburgischen Residenz Berlin im Wesentlichen bekannt gewesen sein. Im Jahre 1525 begründete der aus dem Hause Brandenburg-Ansbach stammende Hochmeister des Deutschen Ordens Albrecht das protestantische Herzogtum Preußen mit der Hauptstadt Königsberg. Ab dem Jahre 1618 regierten die Kurfürsten von Brandenburg in Personalunion das ab 1773 ‚Ostpreußen‘ genannte Gebiet. So entwickelte sich naturgemäß ein intensiver Austausch zwischen den beiden Residenzen Berlin und Königsberg.

Pekruls Präsentation vermittelte den Zuhörern bisher unbekannte Spuren, die die personalen, administrativen und kulturellen Beziehungen in beiden Städten hinterlassen haben. Sie sind insbesondere in der Architektur heute noch zu erkennen. So gibt es nicht nur in Berlin ein Brandenburger Tor, sondern auch in Königsberg.

Ein schönes Zeichen der Verbundenheit Berlins mit Königsberg ist im Westen von Berlin im Stadtteil Wilmersdorf zu sehen. Das am Fehrbelliner Platz stehende Bezirksrathaus zeigt im Innenhof die

1957 angebrachten, von Professor Ludwig Peter Kowalski (1891-1967) gestalteten Wappenmosaiken von ostdeutschen Provinzen und Städten, darunter auch die Wappen von Ostpreußen und Königsberg.

In Gestalt zahlreicher berühmter Persönlichkeiten aus Politik und Kultur zeigte Pekrul die engen personalen und kulturellen Bande der beiden Städte. An zwei führenden Politikern zeigte er die Ausstrahlung des in Königsberg herrschenden liberalen und demokratischen Geistes auf die deutsche Politik. So war der in Königsberg geborene Otto Braun (1872-1955) einer der führenden sozialdemokratischen Politiker der Weimarer Republik. Er amtierte ab 1920 als preußischer Ministerpräsident in Berlin, bis ihn die nationalsozialistische Herrschaft 1933 absetzte. Der ebenfalls in Königsberg geborene Eduard von Simson (1810-1899) hat die deutsche Parlamentsgeschichte wesentlich mitgeprägt. Als Präsident der Frankfurter Nationalversammlung war er maßgeblich an der Erarbeitung der ersten demokratischen deutschen Verfassung („Paulskirchenverfassung“) von 1848 beteiligt. Von 1867 bis 1876 war er Mitglied des Reichstags, bis 1873 dessen Präsident.

Viele aus Königsberg stammende Künstler wirkten in Berlin prägend für ihre Epoche. Exemplarisch seien genannt: Lovis Corinth (1858-1925) war bedeutender Maler und Grafiker des Impressionismus. Käthe Kollwitz (1867-1945) war berühmte Bildhauerin. Ihre Kleinplastik „Pietà“ befindet sich in der Neuen Wache in Berlin, Unter den Linden, Mahnmahl für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Die Schriftstellerin Agnes Miegel (1879-1964) beschrieb Ostpreußen, seine Menschen, Sagen und Geschichte. Zu den genannten Persönlichkeiten zeigte Pekrul entsprechende Denkmäler, Skulpturen und Gemälde aus Berlin und Königsberg.

Pekrul gelang es während seiner einstündigen „Wanderung“ auf den Spuren Königsbergs in Berlin nicht nur, die geistige Aufmerksamkeit der Zuhörer zu fesseln, sondern er bot als Schlusspunkt sogar noch besondere Gaumenfreuden. Er überraschte das begeisterte Publikum mit Königsberger Marzipan-Originalrezept der bekannten Konditorei Wald in Berlin-Charlottenburg. Die Zuhörer dankten mit starkem Beifall.

Nach der Pause eröffnete Weigelt die eigentliche Mitgliederversammlung. Die Totenehrung galt Fritjof Berg, der am 29. Juni im Alter von 93 Jahren in Kiel verstor-

ben ist. Berg war von 1992 bis 1995 Stadtvorsitzender; er war Träger zahlreicher ostdeutscher Auszeichnungen.

Sodann berichtete Weigelt von der Ehrung für Jörn Pekrul. Im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg verlieh die Stadtgemeinschaft Königsberg am 2. März Pekrul die ‚Königsberger Bürgermedaille‘. Mit dieser Auszeichnung ehrte sie das außergewöhnliche Engagement Pekruls zum Erhalt des Erbes von Königsberg und Ostpreußen durch zahlreiche Publikationen und kulturhistorische Vorträge.

In ihren Berichten stellten Weigelt und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Eberhard Neumann von Meding und Dr. Wolfram Eggeling die Schwerpunkte der Aktivitäten des Vereins dar. Sie betonten, dass der Verein ausschließlich kulturhistorische und -wissenschaftliche Zwecke verfolgt, keinerlei weltanschauliche oder politische Zwecke.

Das Jahr 2024 steht ganz im Lichte des 300-jährigen Geburtstags des Königsberger Philosophen Immanuel Kant am 22. April. An diesem Tag veranstaltete die Stadtgemeinschaft eine Feierstunde unter dem Torbogen des Duisburger Rathauses vor der geschmückten Kant-Tafel mit dem berühmten Ausspruch über den „bestirnten Himmel über mir“ und das „moralische Gesetz in mir“ mit anschließendem Vortrag von Lorenz Grimoni. Die Stadtgemeinschaft brachte ihre Verehrung für den Philosophen mit einer Eigen-Sonderbriefmarke zum Ausdruck. Das Motiv beruht auf dem Schattentriss „Kant am Schreibtisch“ des

Königsberger Künstlers Heinrich Wolff (1875-1940).

Ausführlich brachten die Vorsitzenden die drei Standbeine der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) zum Ausdruck – verortet in Duisburg, Lüneburg und Königsberg. Duisburg ist seit 1951 der Sitz des Vereins. Ein Jahr später wurde die vom Rat der Stadt beschlossene Patenschaft feierlich verkündet. In Duisburg erscheint seit 1960 die halbjährliche Publikation „Königsberger Bürgerbrief“ (KBB). Der KBB erscheint in einer Auflage von über 2000 Exemplaren und geht an Adressaten in aller Welt. Mit Unterstützung der Stadt wurde hier die bedeutende Sammlung „Königsberg und Kant“ aufgebaut, sie befand sich im „Haus Königsberg“ (1968-1992) und bis 2016 im „Museum Stadt Königsberg“ in Duisburg. Die Stadt unterstützt den Betrieb des Patenschaftsbüros, das in den Räumen des Stadtarchivs nicht nur eine Bibliothek, sondern auch die mit Hilfe der Stadt aufgebaute Einwohnerkartei Königsbergs betreut. Regelmäßig nutzen Historiker und Familienforscher die Kartei mit 300.000 Namen und früheren Anschriften ehemaliger Bürger Königsbergs. Diese vielfältigen Aktivitäten des Vereins zeigen: Seit 1951 gehört Königsberg zur Stadtgeschichte Duisburgs. Der Vorsitzende Weigelt sprach der anwesenden Bürgermeisterin Klabuhn seinen Dank aus.

Mit Lüneburg ist die Stadtgemeinschaft durch das dort befindliche Ostpreußische Landesmuseum (OL) verbunden. Das OL ist der zentrale geschichtswissenschaftlich und museumskonzeptionell geführte Erinnerungsort für Ostpreußen. So war es sinnvoll, die Sammlungen zu Königsberg und Kant 2016 dorthin zu überführen. Die Exponate können im OL selbst und ab 2026 im Kant-Erweiterungsbau einem größeren Publikum gezeigt werden, als das in Duisburg möglich wäre.

Kaliningrad - diesen Namen trägt Königsberg seit 1946 - ist das Ziel vieler überlebender Königsberger und ihrer Nachkommen und vieler kulturhistorisch interessierter. Seit der Öffnung 1991 gab es einen intensiven Austausch der früheren und der jetzigen Bürger auf kultureller, wissenschaftlicher und politischer Ebene. Es ist äußerst bedauerlich, dass diese wertvollen Kontakte aufgrund des Ukrainekriegs seit 2022 ruhen. Die Stadtgemeinschaft hält es mit den Gedanken Kants vom „Ewigen

Frieden“, die mehr Kraft haben als alle Waffen dieser Erde.

Nach diesen Erläuterungen zu den drei Standbeinen setzte Weigelt in der Tagesordnung fort, die sich auf vereinsrechtliche Themen wie Kassenprüfung, Abstimmungen und künftige Vorhaben konzentrierte.

Der Vorsitzende beendete die Veranstaltung mit dem Ausblick auf das Jahr 2025, in dem sich die Gründung des Herzogtums Preußen (1525) und die Besetzung Königsbergs durch die Rote Armee (1945), zwei sehr gegensätzliche Ereignisse, jähren, und dankte allen Teilnehmern und Vortragenden.

Rudolf Junger



## Neidenburg

**Kreisvertreter:** Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de  
**Stellvertreterin:** Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

## Heimatbrief

Das Heimateffren in Lüneburg ist sicher noch allen Teilnehmern in guter Erinnerung. Unser Schriftleiter nutzte die Gelegenheit und stellte viele Infos für den neuen Weihnachtsheimatbrief. Jetzt ist er fertig und den meisten Mitgliedern, die in der Datei erfasst sind, schon zugestellt worden. Studieren Sie den Heimatbrief und geben Ihr Wissen und Ihre Gefühle an Ihre Kinder und Enkelkinder weiter. Es ist so wichtig, die nächsten Generationen auf unsere Heimat hinzuweisen. Sollten weitere Personen Interesse an Heimatbrief haben, melden Sie sich bei Wilfried Brandt, Lünenfeld 1, 22446 Selsingen, Telefon (04284) 1527. Sie bekommen dann kostenlos ein Exemplar zugeschickt.

Da wir nur durch Spenden von Ihnen überleben können, bitten wir Sie wieder, zu Weihnachten und zum Jahreswechsel an die Kreisgemeinschaft zu denken und uns in Ihren finanziellen Planungen einzubinden. Ihre Spenden sind so wichtig für den Fortbestand der Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. Allen viel Spaß beim Studieren des Heftes in einer besinnlichen und gefühlvollen Advent- und Vorweihnachtszeit.

Ulrich Pokraka

ANZEIGE

## Plidder plidder - Regenschirm

Hochwertiger  
Stockschirm  
mit  
Automatikfunktion,  
100 cm  
Durchmesser,  
Kunststoffgriff und  
Stahlstock,  
Gewicht: 340 g

Bestellung:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: groddeck@ostpreussen.de

Je  
30,- Euro  
incl. Porto und  
Verpackung

## KERNSDORFER HÖHE

## 312 Meter für ambitionierte Gipfelstürmer

Die ostpreußische Berg- und Hügellandschaft hat neben herrlichen Panoramen sogar alpine Möglichkeiten zu bieten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die heutige Landschaft Ostpreußens wurde ganz maßgeblich von der Eiszeit geformt. Nach dem Abschmelzen der gigantischen Gletscher, die sich zuvor von Norden her über die Region geschoben hatten, blieben zahllose Seen sowie Hügel aus Geröll und Schutt zurück. Letztere bilden nun unter anderem den Baltischen Landrücken und die Samländische Anhöhe. Die höchste Erhebung auf dem Gebiet Ostpreußens ist dabei die Kernsdorfer Höhe südlich von Osterode, welche bis 312 Meter über Normalnull aufragt. Nur wenig niedriger sind der Seesker Berg (309 Meter) und der Tannenbergl (308 Meter), die beide in der Nähe von Goldap liegen.

Bereits vor der Eroberung Ostpreußens durch den Deutschen Orden errichtete der baltische Volksstamm der Prußen auf den dortigen Erhebungen Fluchtburgen oder geschützte Höhensiedlungen. Dem verdanken viele Berge ihren noch heute gebräuchlichen Namen wie beispielsweise der 111 Meter hohe Galtgarben nordwestlich von Königsberg. Für die Prußen war er jedoch der „Gefrorene Berg“ (Galtinis Garbis).

**Von Zwergen und Geisterfrauen**

Nach der Ankunft der ersten deutschen Siedler entstanden dann alsbald mystische Sagen und geheimnisvolle Mythen rund um die Bergwelt Ostpreußens, die oftmals in einem leicht gespenstigen Dunst und Nebel lag. So hieß es beispielsweise, dass in den Tiefen des Goldberges (229 Meter) unweit von Neidenburg fleißige Zwerge nach dem Edelmetall graben würden. Und auf dem Goldaper Berg (272 Meter) stand früher angeblich ein verwunschenes Schloss, dessen Herrin der Legende nach alle hundert Jahre herumspektiert und sehnsüchtig auf ihre Erlösung wartet.



Skifahrer kommen in Goldap, das immerhin über fünf Pisten mit einer Gesamtlänge von rund 2,5 Kilometern verfügt ebenso auf ihre Kosten wie auf der Kernsdorfer Höhe, wo es etwas bescheidener zugeht Foto: Ermländisch-Masurische Tourismusorganisation

Gleichzeitig gab es aber auch reale Ereignisse voller Dramatik, die sich in den Bergen Ostpreußens abspielten. Im Jahre 1807 erschlugen die Bauern aus den Dörfern rund um die Kernsdorfer Höhe etliche Angehörige der napoleonischen Besatzungsarmee und warfen deren Leichen in ein Gewässer, das noch heute aufgrund der damaligen blutigen Vorkommnisse Franzosensee heißt. Daraufhin übten die Invasoren blutige Vergeltung.

Im Jahr 1914 wiederum wurde der nur 68 Meter hohe Signalberg bei Ragnit zum Schauplatz kriegerischer Handlungen. Dabei starb der deutsche Soldat Karl Wendt durch eine russische Granate. Und im März 1920 erschossen Wilderer den

Förster Gustav Napierski im Wald am Goldberg, der sie beim Schießen des Wildes auf frischer Tat ertappt hatte.

Ansonsten dienten viele Berge in Ostpreußen als Erholungsgebiet für die Bewohner der umliegenden Städte. Daraus resultierte der Bau diverser Aussichtstürme, zu denen sich ab Ende des 19. Jahrhunderts noch einige aus Stein gemauerte Bismarcktürme gesellten, darunter auf dem Signalberg, dem Galtgarben und den Kallner Bergen bei Gumbinnen.

Allerdings erlangte der Galtgarben schon mit dem Befreiungskampf gegen Napoleon besondere Bedeutung, denn er trug ein auf Initiative des Kriegsrates Johann Georg Scheffner errichtetes Gipfel-

kreuz zu Ehren der siegreichen Ostpreußischen Landwehr. In dessen Umfeld zelebrierten die Studenten der Albertus-Universität in Königsberg gemeinsam mit den Bürgern der Stadt Gedenkfeiern anlässlich des Triumphs über Frankreich. Dazu kamen später noch die sommerlichen Sonnwendfeste.

Gleichzeitig dienten etliche ostpreußische Berge als Wintersportgebiet. Bei einer mittleren Januartemperatur von fünf Grad Celsius unter Null lag auf ihnen fast jeden Winter Schnee, was sowohl die Skifahrer als auch die Rodler zu würdigen wussten. Die steilsten Abfahrten gab es dabei an der Kernsdorfer Höhe, aber der nur 111 Meter aufragende Galtgarben

taugte ebenfalls zum Wintersportparadies. Deshalb wurde hier 1920 die Ostpreußenschanze errichtet, welche Sprünge von bis zu etwa 40 Metern Weite erlaubte. Da der Galtgarben zum Ende des Zweiten Weltkrieges schwer umkämpft war, blieb kein einziges Gebäude an seinen Hängen stehen, und auch die Sprungschanze fiel schließlich dem Beschuss zum Opfer. Ebenso kam es zur Zerstörung des Bismarckturmes. Im Januar 1945 eroberten Sowjettruppen Teile des Galtgarbens und gruben sich dort ein. Allerdings drängte die Wehrmacht die Rotarmisten am 1. März 1945 zurück. Daraufhin sprengten die Flüchtenden den Turm, in dem viel Munition lagerte, per Fernzündung.

**Vom Kampf- zum Erholungsgebiet**

In den letzten Kriegstagen wurden auch die Goldberge zum Schauplatz von Kämpfen. Das Wehrmacht-Generalkommando in Königsberg stellte angesichts des feindlichen Vormarschs im Osten im Herbst 1944 mehrere Sonderdienst-Kommandos für den Partisanenkampf hinter der Front zusammen. Eines davon verfügte über mehrere Bunker im Bereich der Forstämter Kaltenborn und Hartigswalde. Hier gingen im Januar 1945 drei Mann in Stellung, nämlich der Revierförster und Kommandoführer Horst Tabert und seine beiden Unterstellten Wilhelm Szuplinski und Otto Kölsch. Diesen gelang es, sich bis zum Herbst 1945 in den Goldbergen zu verstecken und einen sowjetischen Güterzug zu sprengen. Tabert wurde dann beim Versuch, nach Westen zu gehen, von Soldaten der Roten Armee tödlich verletzt, während Szuplinski die Flucht nach Deutschland gelang. Über das Schicksal von Kölsch ist dahingegen nichts bekannt.

Heute herrscht in Ostpreußens Bergen wieder weitestgehend Ruhe, weshalb sie erneut ein Paradies für Wanderer und Skifahrer darstellen. Auf die Letzteren wartet an der Kernsdorfer Höhe nun sogar ein Skilift.

## BdV-Präsidium im Austausch mit Ministerpräsident Söder

„Respekt vor der Lebensleistung der Vertriebenen und ihrer Kultur und Identität“

Am 26. November 2024 kam das Präsidium des Bundes der Vertriebenen in der Staatskanzlei in München mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Markus Söder MdL, und dem Leiter der Staatskanzlei, Dr. Florian Herrmann MdL, zu einem Austausch zusammen. In einem gleichermaßen konstruktiven wie empathischen Gespräch wurden aktuelle Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten erörtert.

Ministerpräsident Söder betonte von Beginn an den großen Respekt Bayerns vor der Lebensleistung der Vertriebenen und der Pflege ihrer Kultur und Identität. „Durch ihre harte Arbeit und ihr großes Engagement ist Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg immer stärker geworden“, sagte Söder. Er unterstrich die besondere Schutzverpflichtung Deutschlands gegenüber den Vertriebenen, Spätaussiedlern und ihren Verbänden, ebenso wie gegenüber den heimatsverbliebenen deutschen Minderheiten. Zudem hob er hervor,

dass der verständigungspolitische Einsatz der Verbände die Grundlage für die verbesserten Beziehungen Bayerns zu Tschechien und den Staaten Südosteuropas gelegt habe.

**Bayern als Speerspitze in der Vertriebenenarbeit**

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius dankte dem Ministerpräsidenten für die anhaltende Unterstützung und Anerkennung durch den Freistaat Bayern. Diese zeige sich etwa darin, dass Söder zum Austausch auch den Leiter der Staatskanzlei, Dr. Herrmann, und die zuständige Landesbeauftragte, Dr. Petra Loibl MdL, eingeladen habe. „Bayern ist eine der Speerspitzen in der Vertriebenenarbeit in Deutschland, weil ‚Heimat‘ hier genauso selbstverständlich ist wie innerhalb unserer Personkreise und wegen der spürbaren politischen Wertschätzung. Daher fühlen sich viele Vertriebene und Spätaussiedler hier besonders gut aufgenommen und haben eine neue Heimat gefunden“, so der BdV-Präsident.



Das BdV-Präsidium nach dem Gespräch mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder: 1. Reihe v.l. Dr. Bernd Fabritius, Dr. Markus Söder, Dr. Petra Loibl, Stephan Grigat; 2. Reihe v.l. Stephan Rauhut, Steffen Hörtler, Dr. Florian Herrmann, Heiko Schmelzle; 3. Reihe v.l. Raimund Haser MdL, Johann Thießel; 4. Reihe v.l. Stephan Mayer MdB, Milan Horáček, Peter-Dietmar Leber Foto: Bayerische Staatskanzlei



# „Da nutzt man fix die Gunst der Stunde“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Empfehlenswert!“

**Peter Faethe, Bad Pyrmont**  
zum Thema: Das Tannenbergs-Denkmal (Nr. 47)



Ausgabe Nr. 47

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## EINE ABSURDE WELT

ZU: „... DIE KANZLERIN DER SPALTUNG“ (NR. 47)

Unglaublich wie wir, ein ums andere Mal, von einer Politikerkaste vorgeführt werden, die geschworen hat, Schaden vom Volk abzuwenden und seinen Nutzen zu mehren. Wo haben wir das, dass der Nutzen gemehrt wird? In Deutschland auf jeden Fall nicht.

Wir leben in Absurdistan! Die PAZ hat absolut recht, Frau Merkel als erste grüne Kanzlerin zu titulieren. Ihre Machtfülle hatte sie aber nicht aus sich heraus, die ist ihr aus dem Sumpf um sie herum erwachsen. In Sachsen wird auf einmal bemerkt, dass die Brücken alle marode und einsturzgefährdet sind, die Linke geht auf die Straße, um gegen den Sozialkahltschlag zu demonstrieren, weil kein Geld für Sanierung vorhanden ist, aber wir leisten uns Asylanten, deren Arbeitgeber das Jobcenter ist. Schlaf weiter deutscher Michel!

Markus Hauser, Dresden

## NEGATIVE FOLGEN VON MERKEL

ZU: „... DIE KANZLERIN DER SPALTUNG“ (NR. 47)

Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel war und ist immer distanziert zu ihren Mitbürgern geblieben. Die Sorgen der Menschen im geeinten Deutschland interessieren sie bis heute nicht. Zudem versteht sie bis heute nicht, warum Menschen es wagen können, sie zu kritisieren.

So sehr sie anfangs als die „richtige Frau“, zur rechten Zeit am rechten Ort schien, umso übler war die sorglose und fahrlässige Entscheidung der Verantwortlichen, allen voran Helmut Kohl, ausgerechnet Merkel in einem politisch kritischen Umfeld an die Macht zu lassen – ohne ausreichende politische Erfahrung und mit ungeklärten SED-Verbindungen, ohne Visionen und ohne Lösungen.

Die negativen Folgen dieser Fehlentscheidung haben dem Land massiv geschadet und setzten sich in der Ampel fort.

Peter Wendt, Hamburg

## EFFIZIENTER OHNE EDV

ZU: DIE GROSSE GRUNDSTEUERWUT (NR. 47)

Wer weiß noch, dass es in den deutschen Provinzen bis in die 1930er Jahre hinein gänzlich unterschiedliche Bewertungsmethoden und Bewertungsmaßstäbe für die verschiedenen Vermögensarten (Grundvermögen, land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Betriebsvermögen, sonstiges Vermögen) gab?

Das Ziel, einheitliche Steuerwerte für alle Wirtschaftsgüter, insbesondere für den Grundbesitz, zu schaffen, wurde durch das Reichsbewertungsgesetz (RBewG) vom 16. Oktober 1934 verwirklicht. Auch erlangten die auf der Grundlage des RBewG festgestellten Einheitswerte später – was seinerzeit nicht vorzusehen war – erhebliche Bedeutung als Bemessungsgrundlagen für die Schadensfeststellung im Lastenausgleich. Das RBewG erforderte – ähnlich wie heute – eine Neufeststellung aller Einheitswerte. Innerhalb weniger Monate schaffte es die Reichsfinanzverwaltung, damals ohne EDV und – vor allem – ohne dass die Erfassung auf die Bürger übertragen worden wäre, im gesamten Reichsgebiet (das seinerzeit auch die früheren deutschen Ostgebiete umfasste und das damit flächenmäßig größer war als das heutige Deutschland) die Bewertungsgrundlagen (= die Verkehrswerte) zu ermitteln.

Die Reichsfinanzverwaltung war, anders als die Finanz- und Steuerverwaltung heute, eine äußerst effektive Verwaltung.

Wilhelm Kreuzer, Unkel

## EIN PROSIT AUF JAKOB

ZU: „SUCHET DIE LILIE!“ (NR. 46)

Vielen Dank für den Artikel zum 400. Todestag von Jakob Böhme!

Zur Ergänzung sei noch gesagt, dass es außer der im Artikel ausführlich beschriebenen Sonderausstellung im Görlitzer „Schlesischen Museum“ noch weitere interessante Gedenkortorte in Görlitz gibt wie zum Beispiel den Nikolaifriedhof nebst

Kirche, die „Oberlausitzische Bibliothek der Wissenschaften“, den „Kaisertrutz“, das Denkmal Böhmes im „Park des Friedens“ sowie das „Jakob-Böhme-Haus“, das sich auf der polnischen Seite der Neiße befindet und das er 1599 als erstes Wohnhaus erwarb und bis 1610 mit seiner Familie bewohnte. Im Haus befindet sich eine kleine, aber feine Ausstellung zu seinem Leben, auch mit gegenständlichen Quellen aus der Zeit des 17. Jahrhunderts.

Am Haus ist ein Relief mit der Aufschrift „In diesem Haus wohnte Jakob Böhme von 1599 bis 1610“ angebracht. Übrigens: Neben dem Haus befindet sich eine gemütliche Kneipe (zu Deutsch: „Beim Jakob“), in der man sehr gut speisen und trinken kann.

Manfred Kristen, Freital

## EINE OFFENE ZUKUNFT

ZU: SOWOHL „NORMENSTAAT“ ALS AUCH „MASSNAHMENSTAAT“ (NR. 45)

Im 20. Jahrhundert beherrschen die ideologischen Systeme des Sozialismus/Kommunismus und Faschismus/Nationalsozialismus das politische Leben und verwirklichten sich im „Doppelstaat“, in dem der Mensch ihm ausgeliefert wird und ohne Rechte und namenlos leidet.

Die politische Geschichte Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg wurde einerseits durch die Herrschaft der vier Siegermächte über Deutschland und andererseits durch die Entstehung der beiden deutschen Staaten geschrieben. Auf diesem Hintergrund kann auch das historische Phänomen des „Doppelstaates“ betrachtet und erörtert werden. Zweifelsohne hatte sich in der DDR der „Doppelstaat“ als „Maßnahmenstaat“ durchgesetzt. In Westdeutschland „herrschte“ der „Normenstaat“, das heißt die Normen des Grundgesetzes bestimmten das politische Leben und ermöglichten jedem Bürger ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung.

Allerdings hat sich der deutsche „Normenstaat“ seit der Merkel-Herrschaft und der Ampel in Teilen zum „Maßnahmen-

staat“ entwickelt und hat seit dem 6. November keine Regierung mehr. Die Zukunft ist offen. Klaus Fleischmann, Kaarst

## GEWALT MIT GEHSTÖCKEN?

ZU: MESSERSCHARFE ERLEUCHTUNG (NR. 43)

Nennt das Problem doch endlich einfach mal beim Namen ... Uns, dem Volk/Souverän, soll eine (zuweilen durchaus mehr als berechnete) Heidenangst vor Messerangriffen eingejagt werden. Da scheint es doch nur konsequent, hart durchzugreifen und strenge Regeln aufzustellen. Gleichzeitig werden diese brutalen Angriffe und die „scharfen“ Regeln aber dazu genutzt, uns unbescholtene Bürgerinnen und Bürger mithilfe falscher Versprechen nach vermeintlicher „Sicherheit“ schlichtweg zu entwaffnen. Das hindert zumindest uns „sicher“ daran, uns in irgendeiner Situation – womöglich sogar gegen die Regierenden gerichtet – mit Waffen verteidigen zu können.

Das man mit den aktuellen Waffengesetzen und Allgemeinverfügungen ganz gewiss keine brutalen Attentate vereitelt, ist vermutlich sogar unserer – in weiten Teilen als recht beratungsresistent erscheinenden – Innenministerin Nancy Faeser hinlänglich bekannt, ist aber auch absolut zweitrangig. Ihr geht es allein darum, dass in ihrer Version der Demokratie eben nur der Staat die „Gewalt“ (gegen das Volk) haben darf und keinesfalls irgendwie andersherum oder überhaupt. Da nutzt man dann schon mal fix die Gunst der Stunde.

Durch derartige Waffenverbote entstanden im asiatischen Raum übrigens viele Kampfkünste, bei denen das Kämpfen mit Händen und Füßen und Alltagsgegenständen im Vordergrund standen und stehen. Mich würde es daher nicht wundern, wenn irgendwann Gehstöcke in orthopädischen Geschäften ausverkauft sein sollten und sich dann viele „Versehrte“ in Regionalzügen der Deutschen Bahn um die wenigen Behindertenplätze streiten werden. Heiko Mittelstaedt, Hemsbach

**Preußische Allgemeine**

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



**Abonnieren Sie die PAZ**  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

## ADVENT

# Mit Hund und Kegel im Schlösserland Sachsen

In vielen Schlössern und Burgen finden an den Adventswochenenden besondere Weihnachtsmärkte in romantischer Kulisse statt

VON HARALD TEWS

Sachsen, das seine Burgen, Gärten und Schlösser touristisch als „Schlösserland“ vermarktet, trägt mit Vorliebe Weihnachtsmärkte in mittelalterlichen Anlagen aus. Wenn dann noch alles unter Schnee liegt, lässt das romantische Erlebnis zwischen Rittern und Minnesängern bei einem heißen Punsch nichts zu wünschen übrig.

Eine Festungsweihnacht bietet an allen vier Adventswochenenden jeweils von 11 bis 19 Uhr der historisch-romantische Weihnachtsmarkt auf der Festung Königstein. Zu sehen sind traditionell gewandten Aussteller und Handwerkskunst, lebendige Tiere in der Weihnachtskrippe, unzählige Herrnhuter Sterne, Puppentheater und der längste Adventskalender Deutschlands. Eintrittskarten für den Weihnachtsmarkt gibt es nur im Online-shop unter [www.festung-koenigstein.de](http://www.festung-koenigstein.de).

Einen historischen Weihnachtsmarkt mit über 50 Ständen mit seltenem Handwerk, ausgewähltem Handel und Spielen sowie einem echten Badehaus bietet bis zum 23. Dezember die „Mittelalter-Weihnacht“ im Dresdner Stallhof. Eine aufwendige Lichtinstallation setzt den Stallhof einzigartig in Szene. Vom 27. Dezember bis 6. Januar setzt sich der Markt unter der Bezeichnung „Rauhächte“ fort. ([www.mittelalter-weihnacht.de](http://www.mittelalter-weihnacht.de))

Alljährlich lädt Schloss Burgk auch am zweiten Adventswochenende von 12 bis 20 Uhr zum Freitaler Schlossadvent ein. Der Duft von Glühwein, Kräppelchen, Pfefferkuchen, Bratwurst und anderen Leckereien zieht verführerisch durch den Schlosshof. Umrahmt von weihnachtlichen Klängen reihen sich Händler und Handwerkerstände in geschmückten Holzhütten aneinander. Für Kinder gibt es unter anderem Kinderbasteln, Bogenschießen und eine Kindereisenbahn. ([www.freital.de/museum](http://www.freital.de/museum))

Am zweiten Adventswochenende bietet Schloss Wackerbarth mit seinem „Manufakturzauber“ eine stimmungsvolle Verbindung von Handwerkskunst, Kultur und Genuss im einzigartigen Ambiente von Europas erstem Erlebnisweingut. Auf alle kleinen Gäste wartet ein buntes Programm der Landesbühnen Sachsen. ([www.schloss-wackerbarth.de](http://www.schloss-wackerbarth.de))

Am zweiten Adventswochenende findet in den Königlichen Anlagen von Bad Elster das jährliche Adventsfest rund um



Im Schlossohof fand bereits am ersten Advent ein Weihnachtsmarkt statt: Schloss Weesenstein

Foto: Thomas Uhlig

die Pyramide auf dem zentralen Badeplatz und in der KunstWandelhalle statt. Das Programm für Groß und Klein bietet abwechslungsreiche Adventsfest-Erlebnisse, und Bad Elster erstrahlt in einer einmaligen Lichterwelt Königlicher Anlagen. ([www.badelster.de](http://www.badelster.de))

Am 7. und 8. Dezember ist Schloss Colditz zum 25. Mal die Kulisse für die Märchen-Schlossweihnacht. Kultur und Handwerk tauchen dabei in das historische Ambiente ein, das in den schönsten Farben der Weihnachtszeit illuminiert ist. ([www.schloss-colditz.de](http://www.schloss-colditz.de))

Zum zehnten Mal findet am 7. Dezember im und um das Jagdschloss Graupa ein kleiner, aber feiner Weihnachtsmarkt statt. Hof und Schloss sind festlich geschmückt. Gäste werden von Handwerkern, Gastronomen und Musikanten bedient, bewirtet und unterhalten. Für die Jüngsten gibt es ein Karussell und Angebote zum Basteln, Knüppelkuchenbacken und Alpakas. ([www.wagnerstaetten.de](http://www.wagnerstaetten.de))

Das Barockschloss Rammenau lädt am 8. Dezember von 11 bis 17 Uhr zur „Nikolausmanufaktur“ ein mit traditionellem Handwerk aus der Oberlausitz. Kinder

können bei den Händlern Engel basteln, sich an der Nähmaschine versuchen, Armbänder fädeln, Tischläufer bedrucken oder Weihnachtskugeln gestalten. In der Gesindeküche ist der historische Holzbackofen angeheizt. Hier kann jedermann mit den Konditoren Butterplätzchen backen und nach Herzenslust verzieren. ([www.barockschloss-rammenau.com](http://www.barockschloss-rammenau.com))

Das Wasserschloss Klaffenbach ist am 8. Dezember von 11 bis 18 Uhr Kulisse für einen Weihnachtsmarkt mit Kunsthandwerkern und am 14. Dezember von 12 bis 18 Uhr für den Chemnitzer Hundeweihnachtsmarkt. Hier sind dann alle Zweibeiner mit ihren vierbeinigen Kläffern willkommen. ([www.c3-chemnitz.de/unsere-haeuser/wasserschloss-klaffenbach](http://www.c3-chemnitz.de/unsere-haeuser/wasserschloss-klaffenbach))



Festlich geschmückt: Das Wasserschloß Klaffenbach bietet auch Hunden Adventstage

FOTO: SEBASTIAN ROSE

## FERNSEHEN

## Das ganze Leben ist ein Witz

„Hurz!“, da kommt ein Hape Kerkeling – Das Erste ehrt den Komiker zum 60. Geburtstag mit einem Thementag

Wer im Fernsehen mit einem Thementag geehrt wird, der hat es im Leben zu etwas gebracht. Hape Kerkeling kann also zufrieden sein. Die Dokumentation „Kerkeling – Total normal“ (am 9. Dezember um 20.15 Uhr im Ersten) ist das Herzstück der Hommage zum 60. Geburtstag. Darin verneigt sich, wer im Showbetrieb Rang und Namen hat – Otto Waalkes natürlich, Günther Jauch, Anke Engelke, Campino und als enge Freundin Isabel Varell.

Was ihn von anderen Komödianten unterscheidet? In seinem Bestseller „Ich bin dann mal weg“ und vor allem in seiner Autobiographie „Der Junge muss an die frische Luft“, beides erfolgreich verfilmt, hebt der Humorist die Maske und lässt das Publikum in sein Innerstes blicken. Er beschreibt den kleinen Jungen aus Reck-

linghausen, der seine depressive Mutter mit Clownerien aufzuheitern versucht und sie doch nicht vor dem Selbstmord retten kann.

Viele Jahre später, selbst psychisch und körperlich angeschlagen, kommt er einem Burnout zuvor, indem er auf dem Jakobsweg pilgert – fünf Millionen Mal verkaufte sich sein Erfahrungsbericht „Ich bin dann mal weg“. Nur konsequent, dass ein Film über Kerkeling den Anarchisten genauso zeigt wie den Autor und Verwandlungskünstler. In rasanter Abfolge wechselt er die Dialekte, fällt vom Rheinischen ins Berlinernde, imitiert die Redakteurin von Radio Bremen, die ihm während seines Husarenstücks als Beatrix-Double, das anstelle der echten niederländischen Königin im Schloss Belle-



Jubilär Hape Kerkeling in Amsterdam

vue vorfährt, den Rücken stärkt. „Mach weiter!“ blafft die ins Telefon, als die Limousine mit dem huldvoll winkenden Hape tatsächlich durchgelassen wird.

Jede seiner Kunstfiguren lebt von der genauen Beobachtung. Ein verlässlicher Schenkelklopfer etwa ist seine Version des Lokalreporters Horst Schlämmer („Hallo Schätzlein“), der in einer Ausgabe von „Wer wird Millionär“ unversehens mit dem verblüfften Moderator Günther Jauch die Plätze tauscht.

Aber Kerkeling kann auch anders. „Er ist Humorist, aber kein Clown“, sagt Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP, die ihn als Redner in der Synagoge Düsseldorf verpflichtete. Und wenn doch mal Clown, dann im Sinne eines Eulenspiegels, der seinen Mitmenschen den

Das zwischen Chemnitz und Dresden gelegene Schloss Rochlitz bietet am 14. und 15. Dezember bei Glühwein, gebrannten Mandeln und kulinarischen Köstlichkeiten ein vielseitiges Begleitprogramm. ([www.schloss-rochlitz.de](http://www.schloss-rochlitz.de))

Im Burg & Kloster Oybin wird am 14. Dezember um 14 Uhr der Weihnachtsmarkt am Fuße des Bergs Oybin durch den Dorfschulzen mit seinem Gefolge eröffnet. Am Abend gibt es eine Feuershow am Teich hinter dem Haus des Gastes. ([www.burgundkloster-oybin.com](http://www.burgundkloster-oybin.com))

Einen besinnlichen dritten Advent kann man an der Weinbergkirche Pillnitz genießen. Am 14. Dezember gibt es um 11 Uhr einen musikalischen Adventsgottesdienst mit dem Elbhahn-Posaunenchor, ab 12 Uhr einen Weihnachtsmarkt an der Kirche mit Markttreiben und Glühwein, um 15 Uhr Weihnachtsgeschichten sowie Bläsermusik des Posaunenchores Graupa. ([www.weinbergkirche.de](http://www.weinbergkirche.de))

Im Barockgarten von Zabeltitz findet am 15. Dezember von 11 bis 18 Uhr ein kleiner heimlicher Weihnachtsmarkt mit sächsischer Handwerkstradition statt. ([www.grossenhain.de/barockgarten-zabeltitz.html](http://www.grossenhain.de/barockgarten-zabeltitz.html))

Weihnachten erleben wie in der Gründerzeit im ausgehenden 19. Jahrhundert – das ist das Motto der Historischen Schlossweihnacht auf Schloss Voigtsberg an den drei Wochenendtagen des vierten Advents. Den Besucher erwartet hier kein Weihnachtsmarkt im herkömmlichen Sinne, vielmehr steht die Zeit der 1880er und 1890er Jahre im Vordergrund. Sie war geprägt von der Industrialisierung, dem Kaiserreich und erstarkenden Bürgertum. Neben Handwerk wie Geigenmacherei oder Schmiedekunst, Bürstenmacherei und Ledergerberei darf dabei auch das Barbier-Studio oder die Lebkücherei nicht fehlen. Das Antiquariat oder auch der Spielzeugladen mit historischem Blechspielzeug runden das Erlebnis ab. ([www.schloss-voigtsberg.de](http://www.schloss-voigtsberg.de))

Am 21. und 22. Dezember lädt Schloss Rochsburg nördlich von Chemnitz zu einem romantischen Adventsmarkt ein. ([www.schloss-rochsburg.de](http://www.schloss-rochsburg.de))

Noch bis zum 12. Januar funkelt der festlich illuminierte Schlosspark Pillnitz bei der „Christmas Garden Dresden“. Auf einem zwei Kilometer langen Rundweg verwandelt sich der Park für Besucher in eine magische Wintermärchenwelt. ([www.christmas-garden.de/dresden](http://www.christmas-garden.de/dresden))

Spiegel vorhält. Wie Kerkeling als Künstler verkleidet sehr ernsthafte Bildungsbürger mit avantgardistischem Klavierglimmer und unvermittelten „Hurz!“-Rufen narnt, ist längst Kult. Genauso wie sein Hit „Das ganze Leben ist ein Quiz, und wir sind nur die Kandidaten“.

Wer jahrzehntelang im Fernsehen erfolgreich war und Millionen Bücher verkauft hat, kann es ruhig angehen lassen. Genau das macht Kerkeling. „Gebt mir etwas Zeit“, heißt sein kürzlich erschienenes Buch, in dem er sich den eigenen Verfahren widmet. Weiteres ist nicht geplant. „Sehr schade“, bedauert Judy Winter, die in der von Hape konzipierten Serie „Club Las Piranhas“ als ewig angeschickerte Hoteldirektorin auftrat: „Die Figuren, die er erfunden hat, waren genial.“ Anne Martin



● FÜR SIE GELESEN

## Kurzweiliges im Advent

Zwei außergewöhnliche Kartenspiele für die Adventszeit sind im riva Verlag erschienen. Bei „Pass auf, was du sagst“ handelt es sich um ein Konzentrationsspiel, bei dem auf Fragen wie „Hast du schon mal einen Schneengel gemacht?“ nicht mit „ja“, „nein“ oder „vielleicht“ geantwortet werden darf. Gespielt werden kann es mit zwei oder mehr Spielern ab sechs Jahren. Da die Fragen sich rund um Weihnachten drehen, und so gestellt werden, dass man spontan mit „ja“ oder „nein“ antworten würde, wenn es denn erlaubt wäre, dürfte das Spiel ein Spaß für die ganze Familie sein.

Etwas anspruchsvoller geht es beim Spiel „School of Talents“ zu. Die Karten sind von eins bis 24 durchnummeriert. Für jeden Tag im Advent gibt es eine Aufgabe – entweder eine Bastelanleitung beispielsweise für einen Meisenring, Rezepte für Weihnachtsg Gebäck mit entsprechender Anleitung, Zaubertricks oder Ideen für Spiele mit Musik. Die Kartensammlung richtet sich an Schulkinder ab acht Jahren. Mit so vielfältigen Vorschlägen dürfte die Zeit bis Weihnachten wie im Flug vergehen.

MRK



„Pass auf, was du sagst. Die Weihnachtsedition“, riva Verlag, München 2024, 64 Karten, 9 Euro



Silke Schellhammer: „School of Talents. Adventskarten“, riva Verlag, München 2024, 48 Karten, 8 Euro

## Spannend, aber oberflächlich

Der einäugige 13-jährige Joseph, der wegen seiner Augenklappe Patch genannt wird, ist Zeuge einer versuchten Vergewaltigung einer Mitschülerin, der er zur Hilfe eilt. Dabei wird er selbst verletzt und entführt. Seine beste Freundin Staint ist untröstlich und sucht weiter nach ihrem Freund, als der Sheriff die Suche schon aufgegeben hat. Mehrere Mädchen aus der Gegend verschwinden ebenfalls. Staint macht sich allein auf die Suche nach dem Täter und bringt sich dabei in Lebensgefahr.

Chris Whitakers Roman „In den Farben des Dunkels“, der in den 70er Jahren in Missouri beginnt, ist in einfachen kurzen Sätzen geschrieben. Er erzählt ausführlich die seelische Verfassung der Kinder und deren familiäre Situation. Die Geschichte ist teilweise spannend geschrieben, bleibt aber oft oberflächlich.

Der Autor war Finanzhändler, bevor er mit dem Schreiben begann. Sein Buch „Von hier bis zum Anfang“ war ein Bestseller.

Angela Selke



Chris Whitaker: „In den Farben des Dunkels“, Piper Verlag, München 2024, gebunden, 589 Seiten, 24 Euro

KALENDER DER WOCHE



## Gotteshäuser der Backsteingotik

Martin Poley gelingt es, die Kirchenkunst Norddeutschlands in einem Jahreskalender mit abwechslungsreichen Bildern einzufangen

Seit 20 Jahren erscheint in der Reihe „Straße der Backsteingotik“ ein Bildkalender. Martin Poley brach 2024 zu einer Reise zu den mittelalterlichen Backsteinkirchen entlang der Ostsee auf und hielt die Besonder-

heiten der Gotteshäuser in beeindruckenden Außen- und Innenaufnahmen fest. Unter anderem besuchte er auch den St.-Stephan Dom (im Bild) in der Kaiser- und Hansestadt Tangermünde.

MRK



Martin Poley: „Straße der Backsteingotik 2025: Bildkalender für das Jahr 2025“, Ludwig Verlag, Kiel 2024, Spiralbindung, 15 Seiten, 22,90 Euro

GESELLSCHAFT

## Entzivilisierung von Macht

Der Psychologieprofessor Rainer Mausfeld zeichnet die Entwicklung der Demokratie von der Antike bis in die Gegenwart nach

VON WOLFGANG KAUFMANN

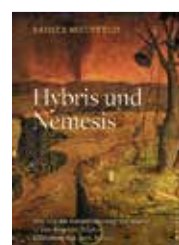
Grenzenlose Macht führt zu grenzenlosem Machtmissbrauch. Das hat die Geschichte schon oft gezeigt. Deshalb entwickelten die Menschen vielfältige soziale Mechanismen zur Einhegung der Macht. Als besonders wirksam erwies sich bereits in der Antike die egalitäre Leitidee der Demokratie. Allerdings wurde Letztere in den vergangenen Jahrzehnten immer stärker ihrer ursprünglichen Bedeutung beraubt. Deswegen ist die heutige Gesellschaft durch eine besonders starke Entzivilisierung von Macht gekennzeichnet, die zunehmend in den Abgrund führt. Hierüber berichtet der emeritierte Psychologieprofessor Rainer Mausfeld in seiner brillanten Schrift „Hybris und Nemesis“, welche die Entwicklung des Ideals der Demokratie in den vergangenen 5000 Jahren wie auch der tatsächlichen Machtverhältnisse von der Frühgeschichte bis in die Gegenwart rekonstruiert.

Die wichtigste und aktuell relevanteste These des Buches ist, dass Monopolkapitalismus und Demokratie grundsätzlich unvereinbar seien: Die derzeitige Demokratie stelle eine reine Scheindemokratie dar, die von Großkonzernen und der globalen Finanzelite sowie deren willigen Handlangern in Politik und Medienlandschaft dergestalt gemanagt werde, dass jede Form von Gleichheit zur Illusion gerate. Das ist erst das Thema im dritten und brisantesten Teil des Werkes, in dem Mausfeld zeigt, wie tiefgreifende und ge-

zielte Angriffe auf das menschliche Bewusstsein beziehungsweise kollektive Gedächtnis die Agenda der Mächtigen unter dem Deckmantel der Demokratie vorantreiben sollen.

Dem geht ein erster Teil voraus, in dem der Autor anhand vieler Beispiele schildert, dass der Macht schon immer die Tendenz innewohnt, sich zu festigen und zu erweitern. Darauf folgt der zweite Teil, der beschreibt, wie parasitäre machtausübende Eliten zu allen Zeiten versuchten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden oder gar vollends zu zerstören. Vermutlich wird Mausfeld wie auch schon im Fall seiner vorausgegangenen Publikationen „Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören“ sowie „Angst und Macht – Herrschaftstechniken der Angsterzeugung in kapitalistischen Demokratien“ der Vorwurf gemacht werden, er argumentiere „populistisch“ und „verschwörungstheoretisch“. Aber jeder mündige Leser weiß inzwischen, dass solche Bezeichnungen eher ein Qualitätssiegel sind.

Rainer Mausfeld: „Hybris und Nemesis. Wie uns die Entzivilisierung von Macht in den Abgrund führt. Einsichten aus 5000 Jahren“, Westend Verlag, Neu-Isenburg 2023, gebunden, 510 Seiten, 36 Euro



POLITIK

## Ursachen des neuen Ost-West-Konflikts

Der Historiker Andreas Rödder zeigt auf, wie es zur Verhärtung der internationalen Beziehungen in den letzten Jahren kommen konnte

VON DIRK KLOSE

Es waren kurze Flitterwochen, als sich nach der politischen Wende von 1989/90 die Gegensätze zwischen Ost und West auflösten und liberale Ordnungsvorstellungen sich weltweit durchzusetzen schienen. Heute mutet das wie eine ferne Zeit an, denn längst befindet sich die Welt, wie der Historiker Andreas Rödder konstatiert, in einem neuen Ost-West-Konflikt. Und dieser sei fast noch gefährlicher als der frühere; statt damals zwei großer Kontrahenten stünden heute mehrere aggressiv-autoritäre Länder wie Russland, China oder der Iran gegen den Westen.

Rödder beschreibt in „Der verlorene Frieden“ die historischen Ursachen dieses Wandels und nennt Möglichkeiten, diesem angemessen zu begegnen. Wenn er zeigt, wie die Verhärtung der internationalen Beziehungen vor allem durch Wladimir Putin provoziert wurde, hält er auch dem Westen Versäumnisse vor.

Die glücklichen Jahre nach der „Wende“ dauerten nur kurz. Wetterleuten waren schon in den 1990er Jahren die Irakkriege. Zum Kipppunkt wurde die Zeit zwischen 2001 und 2008: Nine-Eleven in den USA, die Bekämpfung der Taliban, Russlands Krieg gegen Georgien, Putins „Wutrede“ 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz und die nur halbherzig dementierte Absicht, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, was Russland vollends zur Konfrontation trieb.

Die Finanzkrise 2008 ließ den Westen schwächeln, was Russland und das zur zweitstärksten Wirtschaftsmacht aufgestiegene China zu Fehlschlüssen verleite, vor allem was den Krieg gegen die Ukraine und Chinas Spiel mit dem Feuer um Taiwan betrifft. Der Krieg in Nahost führte zu einer Konfrontation mit dem Iran.

Das Buch endet mit einem Kapitel über „wertebasierte Realpolitik“, was für den Autor bedeutet: historische, auch vorausschauende Fantasie in der Politik (woran es gerade dem Westen mangle); Politik mittelfristig anlegen, also nicht so sehr kurzfristige Effekte berücksichtigen und dabei auf eintretende Veränderungen reagieren; glaubwürdig und konsequent handeln und dabei nicht – oft ein Fehler des Westens – überheblich sein. Für Europa hieße das: Festigkeit nach außen und innen, solidarisch handeln mit den USA, wozu in Europa eine deutsche Führungsverantwortung gehöre.

Rödder, der an der Universität in Mainz lehrt, schreibt angenehm nüchtern und gut lesbar, bringt viele Überlegungen zur Politik und sieht den Westen kritisch, aber nicht mutlos. Eine lesenswerte Analyse zur heutigen Lage der Welt.



Andreas Rödder: „Der verlorene Frieden. Vom Fall der Mauer zum neuen Ost-West-Konflikt“, C.H. Beck Verlag, München 2024, gebunden, 250 Seiten, 26 Euro



## „Macht hoch die Tür ..“

Eines der schönsten deutschen Adventslieder war mit seiner über 400 Jahr alten Botschaft nie aktueller als heute

VON JENS EICHLER

**E**in echter Klassiker unter den Advents- und Weihnachtsliedern, der einfach gern gesungen wird. Zum einen, weil die Musik eine wunderbare Mischung aus Melodik, gefälliger Tonlage und eingehender Melodie besitzt, und zum anderen, weil der festlich-tragende Charme nicht zu schwer daherkommt. Alles Zutaten, die ein Lied besonders machen, weil es ins Herz geht. Doch „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit“ besticht noch durch einen anderen Faktor: Dieses schöne, beliebte Adventslied ist über 400 Jahre alt und dennoch zeitlos. Seine Botschaft stimmt, kommt an und hat seither nichts an Berechtigung eingebüßt.

Besagt der Text im Grunde genommen doch nichts anders, als dass man sein Herz öffnen möge und seine inneren Tore ebenfalls, um für gute Botschaften empfänglich zu sein, und zeitgleich anderen Menschen gegenüber das eigene Herz öffnen soll. In Zeiten wie diesen wohl eine Kunde, die an Brisanz wie auch an Notwendigkeit, seit sie erdacht wurde, nichts an Bedeutung verloren hat.

Dabei kann „Macht hoch die Tür“ gleich auf zwei Entstehungsgeschichten zurückblicken. Welche stimmt, oder ob es eine Symbiose aus gar beiden ist – nach über 400 Jahren ist dies schwer zu sagen und zu entscheiden. Schön sind beide Erzählungen, herzerwärmend ebenso, und sie sind wunderschön zu erzählen. Wichtig ist dabei der Ursprung: das ostpreussische Königsberg im kalten Winter. Allein die Vorstellung birgt schon eine gewisse Romantik in sich, eine heimelige Gemütlichkeit und diese gewisse Prise Weihnachtszauber, die es eben nur in dieser Jahreszeit gibt.

### Die gute Tat im Winter

Die erste Erzählung spielt dann auch mitten in der Adventszeit, an einem Sonntag. Draußen schneit es. Es ist klirrend kalt in der wunderschönen Stadt am Pregel. Die



Licht und Wärme sind gerade in der kalten Winterszeit ein Magnet Foto: Pixabay.com

Sterne strahlen vom klaren, dunkelblauen Nachthimmel. Nicht jeder sitzt im eigenen Haus am wärmenden Feuer. Weil nämlich viele Menschen gar kein warmes Zuhause haben. Also suchen diese Leute

dort Schutz, wo sie hoffen, auf offene Herzen und Türen zu treffen: in der Kirche. Ein Küster öffnet daher auf Geheiß seines Pfarrers, Pastor Georg Weissel (1590–1635), die Tore, um den Ärmsten der Ar-

men Schutz vor Kälte und Dunkelheit zu gewähren. Diesen Akt kommentiert der Priester mit den Worten gegenüber dem Kirchendiener: „Was du gemacht hast, die Türen auf für die, die Wärme brauchen, das war eine gute Predigt, denn du hast gezeigt, was Nächstenliebe ist!“

Nur wenige Tage später setzt sich der selbe Pfarrer hin und komponiert das Lied, das bis heute in den christlichen Kirchen gesungen wird, ein Zeugnis von wahrer Nächstenliebe ist und somit auch den Weg für Jesus in die Herzen öffnen soll. Das nämlich bedeutet die Zeile, „die Tor macht weit“, die für ein weites, offenes Herz steht.

Nicht umsonst ist das Lied im evangelischen Kirchengesangbuch an erster Stelle unter der Nummer 1 zu finden. Im katholischen Gotteslob findet der Adventsklassiker ebenfalls seinen Niederschlag. Hier muss der Kirchenbesucher allerdings etwas länger blättern, denn das Lied ist erst an Nummer 218 zu finden, Melodie und Text sind aber identisch. Ein wunderbarer Beweis gelebter Ökumene.

Und dann wäre da ja noch die zweite Überlieferung, die man sich über die Entstehung von „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit“ erzählt. Etwas weniger heroisch und etwas weniger dramatisch, aber dafür nicht weniger schön, erzählenswert sowie überaus nachvollziehbar. So heißt es, dass besagter Pfarrer Weissel dieses schöne Lied zur Einweihung einer Kirche im Königsberger Stadtteil Altroßgarten komponiert haben soll. Dass er damit einen zeitlosen Klassiker unter den kirchlichen Weihnachtsliedern kreierte, war ihm damals weder bewusst noch war es seine Absicht.

Der evangelische Geistliche soll damals 33 Jahre jung gewesen sein und erfüllt von der Sehnsucht, nicht nur Gutes zu predigen und gute Worte in die Königsberger Welt zu senden. Er wollte vielmehr gute Taten sprechen lassen. Und so geschah es angeblich am 2. Advent im Jahr 1623, dass die neu gebaute Kirche festlich-feierlich eingeweiht werden soll-

te. Was passt da besser, als aus diesem Anlass ein neues Lied zu komponieren, um dem Festakt einen würdigen Rahmen zu schenken. Weissel ist dafür genau der Richtige. Denn er ist nicht nur Priester seiner Kirche, sondern zudem auch noch Kirchenliederdichter und -komponist. Für einen Theologen der damaligen Zeit nichts Ungewöhnliches, widmeten sich viele Geistliche doch früher mehreren Tätigkeiten neben der reinen Seelsorge. Und so erschuf der junge Mann ein Lied aus gegebenem Anlass, das die Menschen in die lutherische Kirche strömen lassen sollte, wobei gleichzeitig Gottes Segen durch die offenen Tore in die Herzen der Besucher strömen möge.

### Vorlage war ein Psalm

Als Grundlage für seinen Text, der heute immer noch vielen Menschen bekannt ist, diente allerdings eine Vorlage. So beruht der volkstümliche Choral auf den Jubelruf aus dem biblischen Psalm 24, in welchem es heißt: „Machet die Tore weit und die Türen in der Welt hoch, dass der König der Ehre einziehe!“

Für Weissel war damit klar: Das ist die richtige Botschaft in der Adventszeit, die auch für eine Kircheneinweihung passender nicht sein kann. Erwarten alle Christen in dieser Zeit doch die Ankunft des Sohnes Gottes in der Welt und drücken damit den Wunsch, nein, die Sehnsucht nach Frieden auf Erden aus. Kann ein Lied mit diesen Zeilen daher heutzutage aktueller sein? Wohl kaum.



Die Altroßgarter Kirche Foto: Wikipedia



UNBEDINGT AUSPROBIEREN



## Hohenzollernküchlein – ein fast vergessenes Weihnachtsgebäck

Ein etwa 500 Jahre altes Rezept, das original nach Ostpreußen schmeckt

Oft in Vergessenheit gerät, dass das Adelsgeschlecht der Hohenzollern nicht nur prägend für Preußen war, sondern ebenso viel mit Ostpreußen zu tun hat. Während die Geschichte des Hauses Hohenzollern etwa im Jahre 1061 beginnt, orientiert sich ein Zweig Richtung Osten, genauer gesagt Richtung Ostpreußen, wo die Hohenzollern ab 1525 das Herzogtum Preußen regieren, und erst im Jahr 1618 fällt dieses dann an den brandenburgischen Teil des Hohenzollernhauses. In den rund 100 Jahren entstand die eine oder andere Hinterlassenschaft, die in der Weihnachtszeit und insbesondere in der Weihnachtsbäckerei ihre Spuren hat.

Fast in Vergessenheit geraten ist eine ganz besondere Spezialität, deren Duft an den Festtagen so manches Haus in Ostpreußen erfüllt hat. Die Rede ist von den delikaten Hohenzollernküchlein. Ein Gebäck, von dem man einfach nicht genug bekommen kann, wenn man erst mal davon probiert hat. Achtung! Herrlich süßwürziger Suchtfaktor! Die PAZ hat daher das über 400 Jahre alte Rezept recherchiert und stellt die leckere Weihnachtsnascherei mit Rezept exklusiv vor:



Auch wenn die Küchlein ein großartiges Geschenk sein könnten, so sind sie aber wiederum so lecker, dass man sie lieber selbst vernascht Foto: Bukechi

Was macht dieses braune, herrlich duftende und weiche Gebäck so besonders? Es ist die raffinierte Gewürzmischung, die einerseits sehr charakteristisch, aber andererseits eben nicht zu dominierend ist. Die wichtigste Zutat aber ist der braune Zucker. Denn er gibt zum

einen eher malzige Süße ab und bewirkt, dass das Gebäck weich bleibt. Würde man weißen Zucker zum Backen benutzen, würden die Küchlein nicht nur härter, knackiger, sondern auch kompakter ausfallen, was wiederum das Geschmackserlebnis schmälern würde.

Die gute Nachricht vorweg: Die Hohenzollernküchlein sind kein Hexenwerk und somit eher leicht herzustellen. Und das brauchen Sie dazu:

### ZUTATEN:

- 500 g Weizenmehl – Type 405 oder 550
- 400 g brauner Zucker
- 4 frische Eier, Größe M
- 200 g Mandeln, nicht zu fein gehackt
- 1 TL Backpulver
- 50 g dunkle Schokolade (50 Prozent Kakaoanteil), gerieben
- 50 g Zitronat, fein gehackt
- 1/2 Vanilleschote, Mark
- 1 Prise Muskat, gemahlen

### ZUBEREITUNG:

1. Zunächst einmal die Mandeln in heißes Wasser geben, ziehen lassen und dann die Haut abpellen.
2. Die Mandeln nicht zu fein hacken. Es soll kein Mandelsand oder gar Mandelmehl entstehen.
3. Mit einem spitzen Messer Mark einer halben Vanilleschote auskratzen.

4. Eine Rührschüssel nehmen und alle aufgeführten Zutaten zugeben. Wer mag, kann diese nun wie in den guten alten Zeiten mit den Händen zu einem Teig verkneten. Wem das zu anstrengend ist, der nimmt ein Handrührgerät mit Knethaken und mixt die Zutaten zusammen. Das funktioniert natürlich erst recht mit einer Küchenmaschine. Alles so lange kneten oder rühren, bis der entstehende Teig hält und eine homogene Konsistenz aufweist.

5. Den Backofen auf 180° C Ober- und Unterhitze vorheizen.

6. Ein Backblech mit Backpapier auslegen.

7. Den Teig aus der Rührschüssel nehmen und mehrere gut daumendicke Rollen formen. Diese dann etwas flachdrücken und mit einem Teigmesser etwa zehn Zentimeter lange Stück abtrennen.

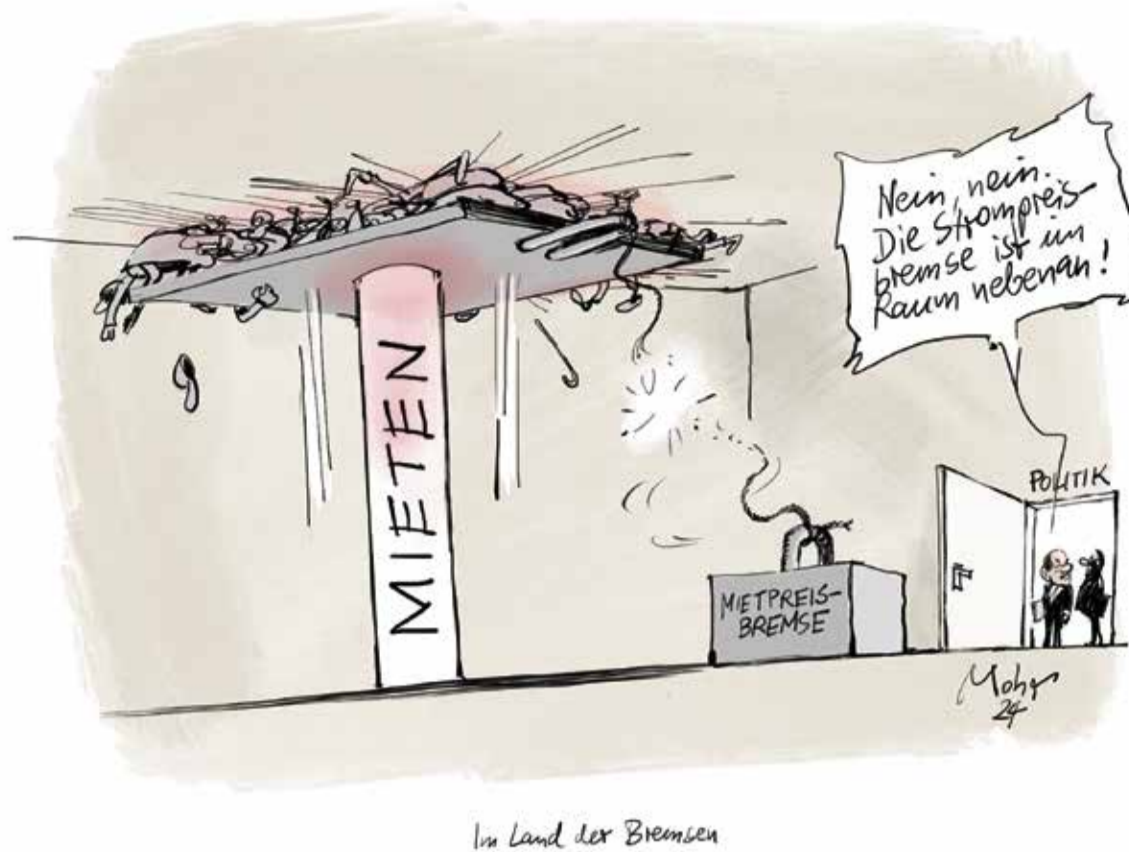
8. Diese dann mit etwas Abstand aufs Blech legen und die Küchlein rund 10 bis 14 Minuten in den Backofen schieben.

9. Auskühlen lassen und dann einfach nur noch genießen.

Die Hohenzollernküchlein sind etwa 30 Tage lang in einem geschlossenen Gefäß haltbar. So schmeckt Weihnachten!

## ● AUFGESCHNAPPT

Ende November schlugen die Medien Alarm: Inhaber des Deutschlandtickets, welche die Abokarte bei der Deutschen Bahn gekauft hätten, müssten der Erhöhung des Preises zum 1. Januar (in der Regel von 49 auf 58 Euro monatlich) aktiv zustimmen. Sonst erlöse das Abonnement automatisch. Merkwürdig ist, dass bei anderen Anbietern, etwa großen regionalen Verkehrsverbänden, das Abonnement einfach weiterläuft, ohne dass der Kunde aktiv werden muss. Dort funktioniert es wie bei anderen Abos auch, etwa denen von Zeitungen: Bei Preiserhöhungen passt der Anbieter die Abbuchungen entsprechend an, ohne dass der Kunde irgendetwas zu unternehmen braucht. Die Deutsche Bahn aber verwandelt diesen einfachen Vorgang in einen millionenfachen bürokratischen Akt, für den es ausweislich der Praxis der anderen Anbieter keinerlei Notwendigkeit gibt. Ein kleines, aber anschauliches Beispiel dafür, wie unnötige Bürokratie die Deutschen in Atem hält und so selbst simpelste Prozesse kompliziert macht. H.H.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Chef des erfolgreichen Billigfliegers Ryanair, Michael O'Leary, erklärte vor Journalisten in Dublin, Deutschland sei „am Arsch“. „Tichys Einblick“ (30. November) zitiert aus den Einlassungen des Unternehmers:

„Deutschland befindet sich in einem gravierenden Niedergang. Die deutsche Regierung hat keine Ahnung. Es ist höchste Zeit für Neuwahlen. Ich bin mir allerdings auch nicht so sicher, ob es die nächste Regierung besser machen wird. In Deutschland werden wir so lange nicht wachsen, bis man eine nicht-grüne Regierung wählt.“

Gunnar Schupelius kritisiert in der „B.Z.“ (28. November), mit welcher Kaltschnäuzigkeit der Berliner Senat die Bedenken der eigenen Bürger beiseiteschiebt, wenn es um die Einrichtung immer neuer Unterkünfte für Asylsucher in deren Nachbarschaft geht:

„Der Senat eröffnet immer mehr Großunterkünfte für Flüchtlinge und Migranten in Wohngebieten. Die Bedenken der Anwohner werden dabei eiskalt ignoriert ... In einer Stadt, in der jede Kröte gefragt wird, ob sie vor einem Wohnungsbau umgesiedelt werden wolle, ist es nicht vermittelbar, dass der Protest der Anwohner übergangen wird. Der Regierende Bürgermeister Wegner (CDU) versprach jedem, der in diese Stadt kommt, ein Dach über dem Kopf. Versprechen, die man nicht halten kann, sollte man nicht geben.“

Der Energiemanager Pieter Wasmuth schlägt gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“ (2. Dezember) die Hände über dem Kopf zusammen angesichts der deutschen Energie- und Standortpolitik:

„Absurd ist, dass wir Österreich dafür mitunter bezahlen, unseren Überschuss an Sonnen- und Windstrom abzunehmen. Dann nutzen sie den Strom, um die Pumpspeicherkraftwerke in Gang zu setzen – und verkaufen später den Strom an Deutschland zurück ... Die Politik hat noch immer nicht erkannt, auf welchem Holzweg sie ist.“

Gegenüber der „Berliner Zeitung“ (2. Dezember) plädiert der bekannte Ökonom und frühere Ifo-Chef Hans-Werner Sinn leidenschaftlich für die Rückkehr zur Kernkraft:

„Wir müssen die Atomkraftwerke wieder anmachen. Die stehen ja zum Glück noch größtenteils ... Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass es da eine Kehrtwende geben wird. Es geht ja nicht anders. Die nackte Not zwingt uns zu einer Änderung des Kurses. Auch wenn das viele Menschen noch nicht eingesehen haben.“

## ● WORT DER WOCHE

„Wieso dürfen Millionen Menschen unkontrolliert ins Land kommen – und gleichzeitig muss man seinen Ausweis da vorzeigen, wo ihn in der Vergangenheit niemand sehen wollte?“

Marc Sierzputowski ärgert sich bei „Nius.de“ am 2. Dezember über die zunehmenden Personenkontrollen an Krankenhäusern, Weihnachtsmärkten und anderen, einst unkontrolliert zugänglichen Orten

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Wenn zwei das Gleiche ...

Warum sich nur die FDP nicht aufs Ampel-Aus vorbereiten durfte, und wer ruhig lügen darf

VON HANS HECKEL

Wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe – wie wahr, wie wahr! Wir erinnern uns an die Wutrede des Nochkanzlers, mit der er am 6. November die FDP-Minister zur Tür rausjagte und die Ampel platzen ließ. Ganz spontan sollte das wirken, so die sichtbare Absicht von Scholz. Dann kam aber sehr schnell ans Licht, dass die Rede minutiös vorbereitet war. Die Spontaneität war also nichts als Inszenierung, die Wut gespielt.

Und? Rief einer „Skandal“? Oder gar „Lüge“? Nein. Warum auch? Schließlich hatten sich die drei Ampelpartner schon seit Jahresbeginn dermaßen gegenseitig an den Haaren gezogen, dass wir längst ungeduldig mit den Fingern auf die Tischplatte klopfen und jeden Moment das große „Peng“ erwarteten, mit dem der Laden auseinanderfliegt. So lag es doch auf der Hand, dass sich die Koalitionäre etwas zurechtlegen für den großen Tag.

Oder? Kommt drauf an. Denn, wie eingangs erwähnt: Dass wir der SPD zugestehen, ihr Propaganda-Arsenal vorsorglich für den Tag X zu bestücken, heißt ja noch lange nicht, dass wir dies auch der FDP gestatten. Daher jaulten alle auf, als herauskam, dass in den Unterabteilungen des liberalen Parteiapparats ebenfalls ein Szenario für das Ampel-Aus ausgeknobelt worden war.

„Solch ein verantwortungsloses Handeln zerstört das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Institutionen“, schäumte SPD-Generalsekretär Matthias Miersch und forderte eine Entschuldigung von FDP-Chef Lindner. In dem Ton prasselte es von allen Seiten.

Wobei den routiniert Empörten allerdings klar war, dass man ihnen auf die Schliche kommen könnte. Der unbedarfte Deutsche könnte ja frech fragen: Wieso ist es denn verdammungswürdig, wenn sich bei den Liberalen welche vorbereiten, wie es die SPD mit Scholz offenkundig auch getan hat?

Darauf benötige man eine Antwort. Die gewieften Strategen besannen sich auf einen Trick, der besonders in Deutschland immer zieht und für den die lieben Franzosen sogar den Begriff „Querelle d'Allemand“ geprägt haben, also in etwa „Streit nach deutscher Art“. Wie es heißt, ist das Wort in der frühen Neuzeit entstanden. Damals hielt sich Frankreich (nicht zu Unrecht) für den mächtigsten

Staat auf dem europäischen Kontinent und blickte voller Süffisanz darauf, wie sich die Hunderten Teilstaaten des römisch-deutschen Reichs in kleinkariertesten Streitereien verzettelten, während sich das große Frankreich ein Häppchen nach dem anderen vom östlichen Nachbarn einverleiben konnte.

Als stehende Wendung steht „Querelle d'Allemand“ heute für die Übung, vom eigentlichen Kern einer Auseinandersetzung auf irgendein nachrangiges Detail auszuweichen, um diesen Fitzel dann maßlos aufzubauschen. Sehr beliebt dafür sind Formulierungsfragen: Man redet nicht mehr über die Sache selbst, sondern darüber, wie jemand dies oder das etikettiert hat.

Wie das in der Praxis geht? Schauen wir den Profis bei der Arbeit zu: Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann zeigte sich entsetzt über die „Wortwahl“ in dem FDP-Papier und schimpfte deshalb über die Partei: „Sie sollte keine Verantwortung in diesem Land tragen für Entscheidungen hier im Deutschen Bundestag. Sie ist nicht regierungsfähig.“

## Auftritt ist alles, Substanz ist egal

Wortwahl? Ja, die fleißigen Parteibienen der Liberalen hatten das Wort „D-Day“ in ihr Papier geflochten. Darauf konnte man sich nun stürzen, um die Parallelen zum Scholzschen Rede-Theater vergessen zu machen. Und plötzlich konnte sich offenbar auch die Mehrheit der Deutschen nicht mehr an den Kniff des Kanzlers erinnern und stellte die Gelben ganz allein an den Pranger. Tja, heißt eben nicht umsonst „Querelle d'Allemand“.

Zugeben müssen wir indes, dass die Inszenierung niemals so glatt gelaufen wäre, wenn die FDP-Spitze nicht so herrlich mitgespielt hätte: Erst tritt der Generalsekretär Bijan Djir-Sarai zurück, und dann gehen auch noch jede Menge parteieigene Heckenschützen in Stellung wie Marie-Agnes Strack-Zimmermann oder die Chefin der Jungen Liberalen, Franziska Brandmann, und nehmen den eigenen Laden unter Feuer. Wahrscheinlich in der feigen Hoffnung, als „mutiger Aufklärer“ selbst dem Kugelhagel zu entgehen. Es sind halt nicht immer die Helden, die Geschichte schreiben.

Weil er nach eigenen Worten von dem Papier nichts gewusst habe und der Öffentlichkeit daher etwas Falsches erzählt hat, ist der Generalsekretär also gegangen. Mit anderen Worten: Grund ist sein schiefgelaufener Auftritt. Das scheint mittlerweile der einzige

—  
Wer vom Kern der Sache ablenken will, stürzt sich bevorzugt auf Fragen der Formulierung. Daher streiten wir alle so gern über das Wort „D-Day“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)